

2013

 **esisuisse**

Einlagensicherung der Banken und Effektenhändler
Garantie des dépôts des banques et négociants en valeurs mobilières
Garanzia dei depositi delle banche e dei commercianti di valori mobiliari
Deposit Protection of Banks and Securities Dealers









INHALT

| | |
|--|-----|
| Vorwort | 13 |
| Die esisuisse Geschäftsstelle | 14 |
| Der esisuisse Vorstand | 15 |
| Die Funktionsweise der esisuisse | 16 |
| Von aussen betrachtet | 18 |
| Das Mediengespräch | 21 |
| Nationale Entwicklungen | 23 |
| Europäische Entwicklungen | 25 |
| Internationale Entwicklungen | 26 |
| Der interne und externe Kommunikationsauftritt der esisuisse | 28 |
| Die Kommunikation in der Ausnahmesituation | 31 |
| Berichte / Reports | 93 |
| Bilanz | 95 |
| Betriebsrechnung | 97 |
| Pendente Anwendungsfälle | 99 |
| Ernst&Young Report | 100 |
| Photo Index | 104 |



SOMMAIRE

| | |
|--|-----|
| Avant-propos | 33 |
| Le Secrétariat d'esisuisse | 34 |
| Le Comité directeur d'esisuisse | 35 |
| Le fonctionnement d'esisuisse | 36 |
| Point de vue extérieur | 38 |
| Entretien avec la presse | 41 |
| Actualités nationales | 43 |
| Actualités européennes | 45 |
| Actualités internationales | 46 |
| Communication interne et externe d'esisuisse | 48 |
| Communiquer en situation d'urgence | 51 |
| Balance Sheet | 95 |
| Income Statement | 97 |
| Pending cases | 99 |
| Ernst&Young Report | 103 |
| Photo Index | 104 |



CONTENUTO

| | |
|--|-----|
| Prefazione | 53 |
| Il Segretariato di esisuisse | 54 |
| Il Consiglio direttivo di esisuisse | 55 |
| Il funzionamento di esisuisse | 56 |
| Uno sguardo dall'esterno | 58 |
| Incontro con i media | 61 |
| Sviluppi a livello nazionale | 63 |
| Sviluppi a livello europeo | 65 |
| Sviluppi sul piano internazionale | 66 |
| Comunicazione interna e esterna di esisuisse | 68 |
| La comunicazione nelle situazioni di emergenza | 71 |
| Balance Sheet | 95 |
| Income Statement | 97 |
| Pending cases | 99 |
| Ernst&Young Report | 103 |
| Photo Index | 104 |



CONTENTS

| | |
|---|-----|
| Foreword | 73 |
| The esisuisse office | 74 |
| The esisuisse Board of Directors | 75 |
| How esisuisse works | 76 |
| An outsider's view | 78 |
| Meeting the media | 81 |
| National developments | 83 |
| European developments | 85 |
| International developments | 86 |
| Internal and external communications by esisuisse | 88 |
| Communication in emergencies | 91 |
| Balance Sheet | 95 |
| Income Statement | 97 |
| Pending cases | 99 |
| Ernst&Young Report | 103 |
| Photo Index | 104 |



VORWORT



Sehr geehrte Damen und Herren

Das Jahr 2013 war geprägt durch die Diskussionen über die Lehren, welche aus der gegenwärtigen Finanzkrise gezogen werden müssen. Viele Regulierungsprojekte wurden in diesem Jahr finalisiert oder entscheidend vorangetrieben. Auch die Einlagensicherung in der Schweiz wurde in diesem Zusammenhang thematisiert. So war esisuisse, respektive die Gesetzgebung zum Thema Einlagensicherung, Gegenstand des Financial Sector Assessment Program (FSAP) des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Das Grundvertrauen in den Schweizer Finanzplatz hat Bestand und hierzu trägt auch das System der esisuisse bei. Ihr Jahresbericht steht für das Jahr 2013 ganz im Zeichen von Sicherheit und Nachhaltigkeit. Funktioniert sie doch wie ein Reservoir, das im Ernstfall aktiviert wird. Wird Liquidität in einem Konkursfall benötigt, so kann diese durch die eingerichteten «Kanäle» der esisuisse rasch fliessen und zu den betroffenen Einlegern gelangen. Der Aufbau eines solchen esisuisse Reservoirs ist sehr wirtschaftlich und gleichzeitig betriebssicher. Kommt es zu einem Anwendungsfall, so kann das Reservoir innert kürzester Zeit «geflutet» und optimal genutzt werden. Das System der esisuisse ist im Aufbau ebenfalls nachhaltig, doch vielen geht dieser Aufbau nicht weit genug. Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet allerdings, die eigenen Bedürfnisse zu stillen, ohne dabei die Bedürfnisbefriedigung zukünftiger Generationen zu gefährden. Auch die esisuisse wirtschaftet nach dieser Maxime, denn liegt kein Ernstfall vor, verbleibt die Liquidität bei den esisuisse Mitgliedern.

Die Kommunikation der esisuisse dient dem Zweck, das System allen Kunden der Schweizer Banken und Effektenhändler verständlich näherzubringen und «sichtbar» zu machen. Hierfür wurde auch die visuelle Gestaltung des Jahresberichts genutzt. Den meisten wird die Form und Ästhetik der Wasserreservoirs wohl gänzlich unbekannt sein. Die Bilder lassen nicht auf den ersten Blick erkennen, was sie zeigen. Sie regen zum Weiterdenken an und versuchen dem Betrachter diese verborgene Welt anschaulich und in stimmungsvollen Bildern darzustellen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme und interessante Lektüre des Jahresberichts.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Patrik Gisel', written in a cursive style.

Dr. Patrik Gisel, Präsident

GUT EINGESPIELT UND WELTWEIT VERNETZT

In der Geschäftsstelle in Basel laufen alle Fäden zusammen: Hier werden sämtliche laufenden Geschäfte betreut und Anwendungsfälle bearbeitet, Projekte des Vereins koordiniert sowie Sitzungen des Vorstands und Mitgliederversammlungen vorbereitet. Die jeweils an den Vorstandssitzungen gefassten Beschlüsse werden durch die Geschäftsstelle vollzogen und sie verwaltet auch das Vermögen des Vereins. Gemäss den Statuten kommuniziert die Geschäftsstelle mit ihren Mitgliedern, den Behörden, den Bankkunden sowie dem breiten Publikum im In- und Ausland. Ziel der esisuisse ist dabei, die Funktionsweise der Einlagensicherung in der Schweiz bekannter zu machen und das Vertrauen in die Sicherheit des Schweizer Banksystems zu stärken. Auch an den Vorbereitungen von Erlassen beteiligt sich die Geschäftsstelle aktiv. Ein aktuelles Beispiel ist die Eingabe der esisuisse zur Revision der Bankenverordnung. In die Vorbereitung von weiteren Erlassen, Verordnungen und Gesetzen ist die Geschäftsstelle ebenfalls involviert. Die esisuisse bringt sich zudem in

internationale Organisationen ein (z.B. European Forum of Deposit Insurers (EFDI), International Association of Deposit Insurers (IADI)), die sich mit Fragen zur Einlagensicherung und zur Finanzstabilität befassen. Der Geschäftsführer der esisuisse vertritt die Schweizerische Bankiervereinigung in zwei Arbeitsgruppen der Europäischen Banken Vereinigung (EBF) und ist Mitglied sowohl im Vorstand des EFDI als auch im IADI Exekutivkomitee. Der stellvertretende Geschäftsführer ist für die IADI als Examiner in Prüfungsprogrammen des IWF tätig, die Kommunikationsleiterin ist Mitglied der Kommunikations-Arbeitsgruppe des EFDI.

Die esisuisse Geschäftsstelle steht unter der Leitung von Geschäftsführer Patrick Loeb und Lucas Metzger, dem stellvertretenden Geschäftsführer. Für die Kommunikation ist Isabelle Rösch verantwortlich und Christine Blumer ist seit November 2013 als neue Mitarbeiterin für das Sekretariat der Geschäftsstelle tätig.



V.l.n.r.: Patrick Loeb, Isabelle Rösch, Christine Blumer und Lucas Metzger

VON ALLEN SEITEN ZUM GEMEINSAMEN ZIEL

Die esisuisse wurde am 24. August 2005 als Verein «Einlagensicherung der Schweizer Banken und Effekthändler» mit Sitz in Basel gegründet. Der im Handelsregister eingetragene Verein hat die Aufgabe, die im Bankengesetz nach Art. 37h festgelegte Selbstregulierung wahrzunehmen und im Anwendungsfall zu vollziehen. Er ist gesetzlich beauftragt,

die Absicherung von Kundenvermögen bei den Bankinstituten der Schweiz zu gewährleisten. Die Organe des Vereins esisuisse sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und die Prüfstelle.

Der Vorstand der esisuisse setzt sich aus den folgenden Mitgliedern zusammen:



Dr. Patrik Gisel
Raiffeisen Schweiz Genossenschaft, Präsident



Barend Fruithof
Credit Suisse AG
Vizepräsident



Dr. Hannes Glaus
Schweizer Verband unabhängiger Effekthändler



Heinz Hofer
Cembra Money Bank AG



Heinz Kunz
Zürcher Kantonalbank



Lucas Metzger
Schweizerische Bankiervereinigung



Brunello Perucchi
Banca Popolare di Sondrio (Suisse) SA (bis 31.12.2013)



Christian Torriani
Cornèr Banca SA (seit 6.5.2013)



Christine Novakovic
UBS AG



Pius C. Schwegler
RBA-Holding AG



Alessandro Seralvo
Cornèr Banca SA (bis 30.4.2013)



Thomas M. Steinebrunner
Rahn & Bodmer Co.

UNSER RESERVOIR GARANTIERT SICHERHEIT

Die Schweiz zählt zu den sichersten Finanzplätzen der Welt. Einer von vielen Gründen dafür ist esisuisse, die Einlagensicherung der Schweizer Banken und Effekthändler. Das Bankengesetz vom Jahr 2005 schreibt allen schweizerischen Geschäftsstellen von Banken und Effekthändlern die Sicherung der privilegierten Einlagen durch den Einlagensicherungsverein esisuisse vor. Wird eine Bank oder ein Effekthändler in der Schweiz zahlungsunfähig, stellen die anderen Mitglieder von esisuisse umgehend die benötigten Gelder bereit. Das solidarische System stellt sicher, dass die Kunden der zahlungsunfähigen Bank ihre gesicherten Einlagen innerhalb eines Monats ausbezahlt erhalten. Einlagen im Gesamtwert von maximal CHF 100'000 pro Einleger sind gesichert.

Sollte ein Institut zahlungsunfähig werden, so verhängt die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA Schutzmassnahmen. Die FINMA setzt einen Konkursliquidator ein. Dieser untersucht, wie viel Liquidität das Institut noch zur Verfügung hat und wie viel Geld den Spar- und Anlagekunden, Mitarbeitern, Lieferanten und anderen geschuldet wird.

Wie funktioniert die Sicherung durch esisuisse?

Die Einlagensicherung funktioniert in der Schweiz wie ein Sicherungsfonds. Alle Banken und Effekthändler in der Schweiz sind per Gesetz dem Verein esisuisse angeschlossen. Die Mitglieder der esisuisse haben zusammen CHF 3 Mrd. in Form von Sonderliquidität zugunsten der esisuisse zu halten. Die Einhaltung dieses Erfordernisses wird von der FINMA periodisch überprüft. Wird eine Bank oder ein Effekthändler in der Schweiz zahlungsunfähig, stellen alle anderen Banken und Effekthändler esisuisse umgehend die benötigten Gelder zur Verfügung. Durch dieses solidarische Sicherungssystem können die gesicherten Einlagen einer zahlungsunfähigen Bank rasch an die Kunden ausbezahlt werden. Die Finanzinstitute erhalten ihre einbezahlten Anteile später bei der Liquidation der zahlungsunfähigen Bank zurückerstattet, sofern genügend Mittel für die Befriedigung der Gläubiger der 2. Konkursklasse zur Verfügung stehen. Die 125% Regel, die Liquiditätsbestimmungen und viele andere regulatorische Anordnungen sorgen für eine ausreichende Sicherheitsreserve. Die Einhaltung dieser Bestimmungen wird von der FINMA überwacht.

Gläubigerklassen

Jeder, der Geld zugute hat, wird als Gläubiger bezeichnet. Bei der Liquidation eines Instituts werden die Gläubiger in drei Gruppen aufgeteilt, sogenannte Gläubigerklassen. Diese Gläubigerklassen definieren, wer bei der Liquidation prioritär berücksichtigt wird, wer in zweiter und wer in dritter Priorität. Die erste Gläubigerklasse umfasst beispielsweise die Mitarbeiter des Instituts, die ihren Lohn noch nicht erhalten haben. Die zweite Gläubigerklasse umfasst unter anderem alle privilegierten Bankeinlagen bis zu einem Betrag von maximal CHF 100'000 pro Einleger und Institut. Der grösste Teil der Forderungen ist normalerweise der dritten Gläubigerklasse zugeordnet.

Einlage ist nicht gleich Einlage

Generell versteht man unter Einlagen Guthaben, die ein Kunde bei einem Institut hat. Dies können zum Beispiel Guthaben von Privatpersonen, Unternehmen und Organisationen sein. Zwei Arten von Einlagen haben eine besondere Stellung: Einerseits die konkursrechtlich «privilegierten» und andererseits die «privilegierten und gesicherten» Einlagen. Für esisuisse sind nur die Letzteren ausschlaggebend. Daher auch die Bezeichnung «Einlagensicherung». Zu den «privilegierten und gesicherten» Einlagen zählen Guthaben, die auf einem

- Privatkonto
- Sparkonto
- Anlagekonto
- Lohnkonto
- Nummernkonto
- Depositionskonto
- Kontokorrent

angelegt sind. Auch Kassenobligationen im Namen des Kunden, die bei der ausgebenden Bank deponiert sind, gehören dazu.

Die Funktionsweise der esisuisse

Privilegierte Einlagen

Die lediglich als «privilegiert» bezeichneten Einlagen sind, wie bereits erwähnt, nicht durch die esisuisse gesichert. Solche Einlagen sind zum Beispiel Guthaben von einem Freizügigkeitskonto oder von einem Altersvorsorgekonto der dritten Säule. Die Bezeichnung «privilegiert» bedeutet hier, dass eine bevorzugte Auszahlung von CHF 100'000 als Teil der 2. Gläubigerklasse nur dann erfolgen kann, wenn nach der Liquidation des insolventen Institutes genügend Mittel zur Befriedigung dieser Gläubigerklasse zur Verfügung stehen.

Die Besonderheit in der Schweiz

Wird in der Schweiz ein Institut zahlungsunfähig und ist ein Konkursverfahren unumgänglich, verhängt die FINMA eine Schutzmassnahme und setzt einen Liquidator ein. Er ermittelt, ob das Institut die Einleger selbst entschädigen kann, oder ob die esisuisse einspringt. Dabei sind drei Situationen möglich:

a) Das insolvente Institut verfügt über genügend Liquidität, um die «privilegierten und gesicherten» Einlagen abzudecken. Diejenigen Einleger, die über «privilegierte und gesicherte» Einlagen verfügen, werden entschädigt. Jeder dieser Einleger erhält seine Einlagen ausbezahlt, bis zu einem Maximalbetrag von CHF 100'000. Verfügt man z.B. über CHF 150'000 an gesicherten Einlagen, so erhält man CHF 100'000 und die restlichen CHF 50'000 werden der dritten Gläubigerklasse zugeordnet. Sobald das Konkursverfahren beendet ist, erhalten die Gläubiger der dritten Gläubigerklasse eine Konkursdividende. In diesem Szenario muss die esisuisse nicht einspringen.

b) Die Liquidität des insolventen Instituts reicht aus, um sowohl die «privilegierten und gesicherten» als auch die lediglich «privilegierten» Einlagen der Kunden abzudecken. Diese lediglich privilegierten Gelder werden allerdings erst nach Abschluss der Liquidation ausbezahlt. Hat man beispielsweise bei seiner Bank Einlagen auf Lohn- und Anlagekonten und zudem ein Vorsorgekonto 3a, so erhält man zum einen maximal CHF 100'000 aus den Lohn- und Anlagekonten und zum anderen maximal CHF 100'000 vom Vorsorgekonto. In diesem Szenario muss die esisuisse ebenfalls nicht einspringen.

c) Das insolvente Institut verfügt über zu wenig Liquidität, um die «privilegierten und gesicherten» Einlagen auszubezahlen. In einem solchen Fall springt die esisuisse ein und sorgt für eine Liquiditätsbevorschussung. Sie stellt sicher, dass die Einleger diese Einlagen bis zum Maximalbetrag von CHF 100'000 pro Einleger möglichst schnell erhalten.

Die 125% Regel

Eine im Bankengesetz verankerte Regel schreibt vor, dass alle privilegierten Einlagen mit in der Schweiz gehaltenen Aktiven hinterlegt werden müssen. Dadurch entsteht eine gewisse Reserve, die im Konkursfall zur Deckung der Ansprüche aller Gläubiger der ersten und zweiten Konkursklasse ausreichen sollte. Das bedeutet, dass im Normalfall der Sicherungsfonds der esisuisse nicht benötigt wird. Zudem sorgt die 125% Regel dafür, dass die Vermögenswerte aller Kunden eines Institutes in der Schweiz verbleiben.

«EINE BEREICHERUNG FÜR DIE EINLAGENSICHERUNGS- LANDSCHAFT IN EUROPA»

Ein erster Blick auf die Schweizer Einlagensicherung überrascht! Es sticht einem sofort die einfache gesetzliche Ausgestaltung ins Auge. Zentrale Grundsätze werden zwar im Gesetz kodifiziert, der überwiegende Teil wird aber der Selbstregulierung durch die Finanzindustrie überlassen. Ein solcher Ansatz beeindruckt durch seine Einfachheit, denn im restlichen Europa – der EU/EWR aber auch in den vielen EU-Beitrittskandidaten und Nachbarländern – werden die Sicherungssysteme durch die nunmehr umfangreiche EU-Einlagensicherungsrichtlinie geregelt. Gab die erste Richtlinie 94/19/EG hier den Mitgliedsstaaten noch viel Spielraum bei der nationalen Umsetzung, wird durch die politisch bereits verabschiedete neue EU-Richtlinie ab 2015 eine fast vollständige Vollharmonisierung der nationalen Systeme geschaffen werden. Ob dies immer effiziente Strukturen fördert und nationale Gegebenheiten ausreichend Berücksichtigung finden, sei hier dahingestellt. Allerdings wirft ein schlanker Regelungsrahmen wie das «Schweizer Modell» die Frage nach der Funktionsfähigkeit auf.

Um die Antwort vorwegzunehmen: Ja, es funktioniert und sogar sehr gut. Manche Aspekte laden sogar dazu ein, in der einen oder anderen Form auch im Ausland implementiert zu werden. Die Erfahrungen, welche in der Schweiz zum Beispiel mit der vorrangigen (prioritären) Auszahlung der verfügbaren liquiden Mittel an die geschützten Einleger gemacht wurden, sind beeindruckend und ersparen den «Umweg» der Finanzie-

rung über das Einlagensicherungssystem. Es ist richtig, dass zunächst die Mittel des insolventen Instituts für die Deckung der Kundenguthaben dienen. Durch diese Regelung wird nicht nur die Effizienz der Einlagensicherung verstärkt. In vielen Fällen können Banken ohne den Einsatz von Geldern der Einlagensicherung abgewickelt werden.

Zwingende Voraussetzung für dieses Vorrecht ist das im Schweizer Recht verankerte Insolvenzvorrecht für durch die esisuisse geschützte Einlagen. Ein Grundsatz, den die EU erst jetzt als unmittelbare Lehre aus der Zypernkrisis in ihr Rechtssystem implementieren wird. Die Priorisierung der privilegierten Einlagen hat zur Folge, dass das solidarische System der Einlagensicherung nicht überstrapaziert wird, weil Einlagen zumeist mit 100 % im Insolvenzverfahren bedient werden. Auch ist dies liquiditätsschonender für die esisuisse, denn die aufgebrachten Mittel fließen rascher wieder zurück und eine Belastung mit sinnlosen Zinsausfällen findet nicht statt. Als Resultat ist die Einlagensicherung für zukünftige Abwicklungsfälle schneller wieder gewappnet. Auch können durch die Nutzung der vorhandenen Liquidität Fälle grösserer Dimension so unproblematisch gestemmt werden.

Die gesetzlich verankerte 125%-Regel, wonach geschützte Einlagen mit Aktiva in der Schweiz im Umfang von 125% unterlegt werden müssen, ist ein weiterer interessanter Aspekt der esisuisse. Man kann hier durchaus von einer «*lesson learned*» im Zuge der isländischen Bankenkrise sprechen. Für die Schweiz ist dies sicher ein probates Mittel, um genügend Haftungsmasse im Land zu wissen aus denen Einlegerforderungen bedient werden können, sollte ein Institut liquidiert werden müssen. Es bleibt abzuwarten, ob in einer der nächsten Überarbeitungen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie diese Idee Einzug halten wird – sofern sie mit EU-Recht vereinbar ist.

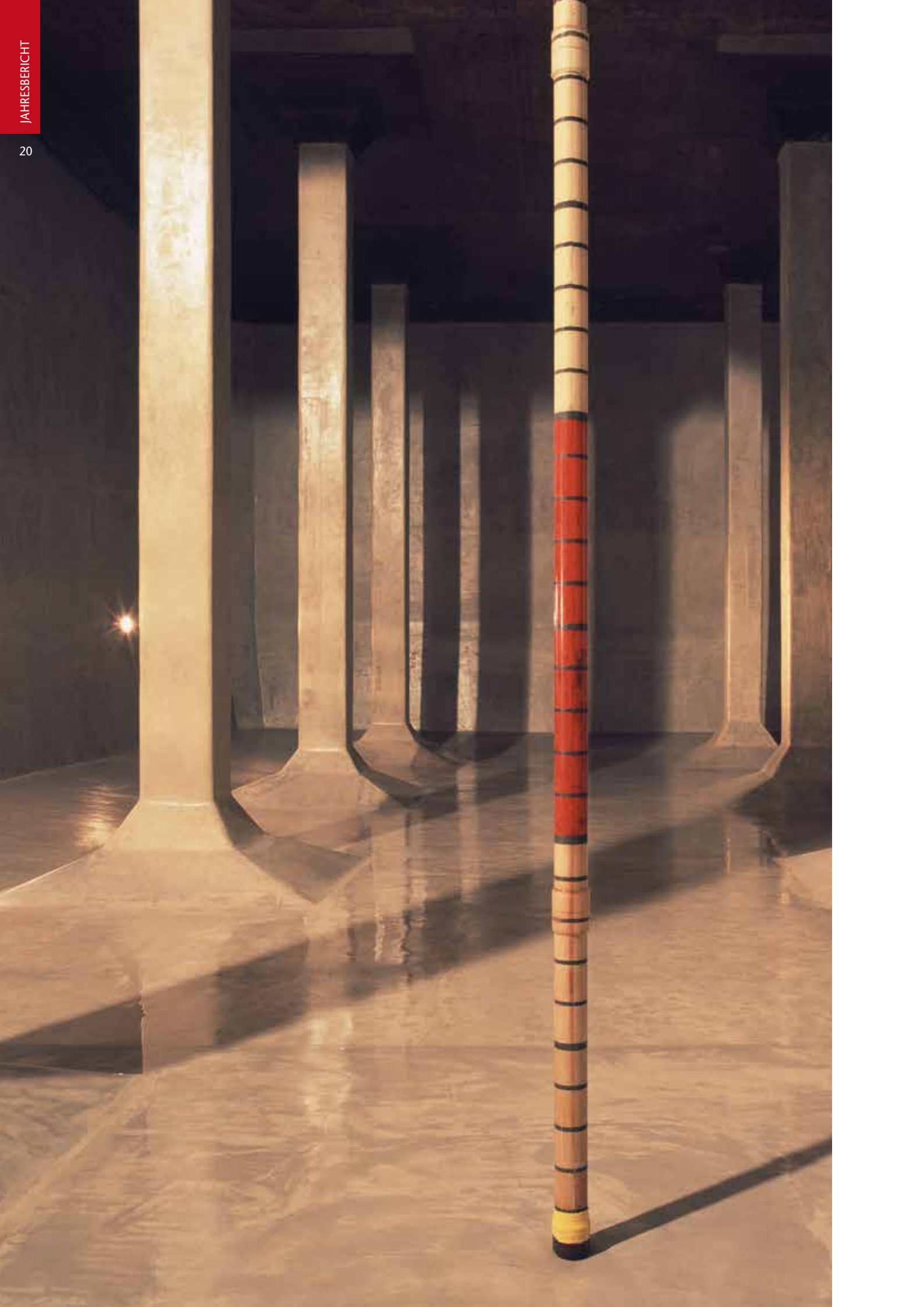
Nur solche Grundprinzipien des Schweizer Systems rechtfertigen es vor dem Hintergrund der Vorgaben der Core Principles zur Einlagensicherung des Basler Ausschusses und der IADI weiterhin eine ex post-Finanzierung der Einlagensicherung beizubehalten. Diese Form der Finanzierung muss sich auf die Dauer als tragfähig beweisen. Der internationale Trend geht hin zu einer ex ante-Finanzierung, bei der die Gelder für eine Entschädigung vorab durch jährliche Beiträge der Mitgliedsbanken gesammelt werden. Die 125%-Regel sowie die Privilegierung der Einlagen im Insolvenzverfahren und deren Rückzahlung im Rahmen der prioritären Verwendung der verfügbaren liquiden Mittel führen aber zu einer Risikominimierung der Inanspruchnahme der Einlagensicherung. Zudem sieht die Schweiz eine klar geregelte und überwachte Sonderliquidität bei den Banken vor. Die Mitglieder der esisuisse halten in ihren Büchern stets eine Sonderliquidität zu Gunsten der Einlagensicherung. Da-

durch können jederzeit 3 Mrd. Schweizer Franken im Entschädigungsfall kurzfristig zur Verfügung stehen. Vielleicht hatte der EU-Gesetzgeber dieses Modell vor Augen, als er in der neuen EU-Richtlinie als Teil der Einlagensicherungsfonds sogenannte unwiderrufliche «*payment commitments*» der Banken vorsah.

Nicht alle Ausgestaltungen der Schweizer Einlagensicherung mögen in Europa ihre Nachahmer finden. Viele Ausprägungen eines Einlagensicherungssystems unterliegen den nationalen Gegebenheiten und sind das Ergebnis von politischen Entscheidungen (ob zu Hause oder bereits in Brüssel). Gleichwohl bietet der Ansatz der esisuisse – ebenso wie viele sonstige Benchmarks des Schweizer Finanzplatzes – eine stets willkommene Anregung, um das eigene System kritisch zu überprüfen und etwaige Verbesserungsmöglichkeiten zu überdenken. Die esisuisse und ihr nicht ganz alltägliches System sind daher eine Bereicherung für die Einlagensicherungslandschaft in Europa und die Diskussionen zur Einlagensicherung.



Dirk Cupei
Bereichsleiter Finanzmarktstabilität, Bundesverband deutscher Banken; Geschäftsführer, Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH



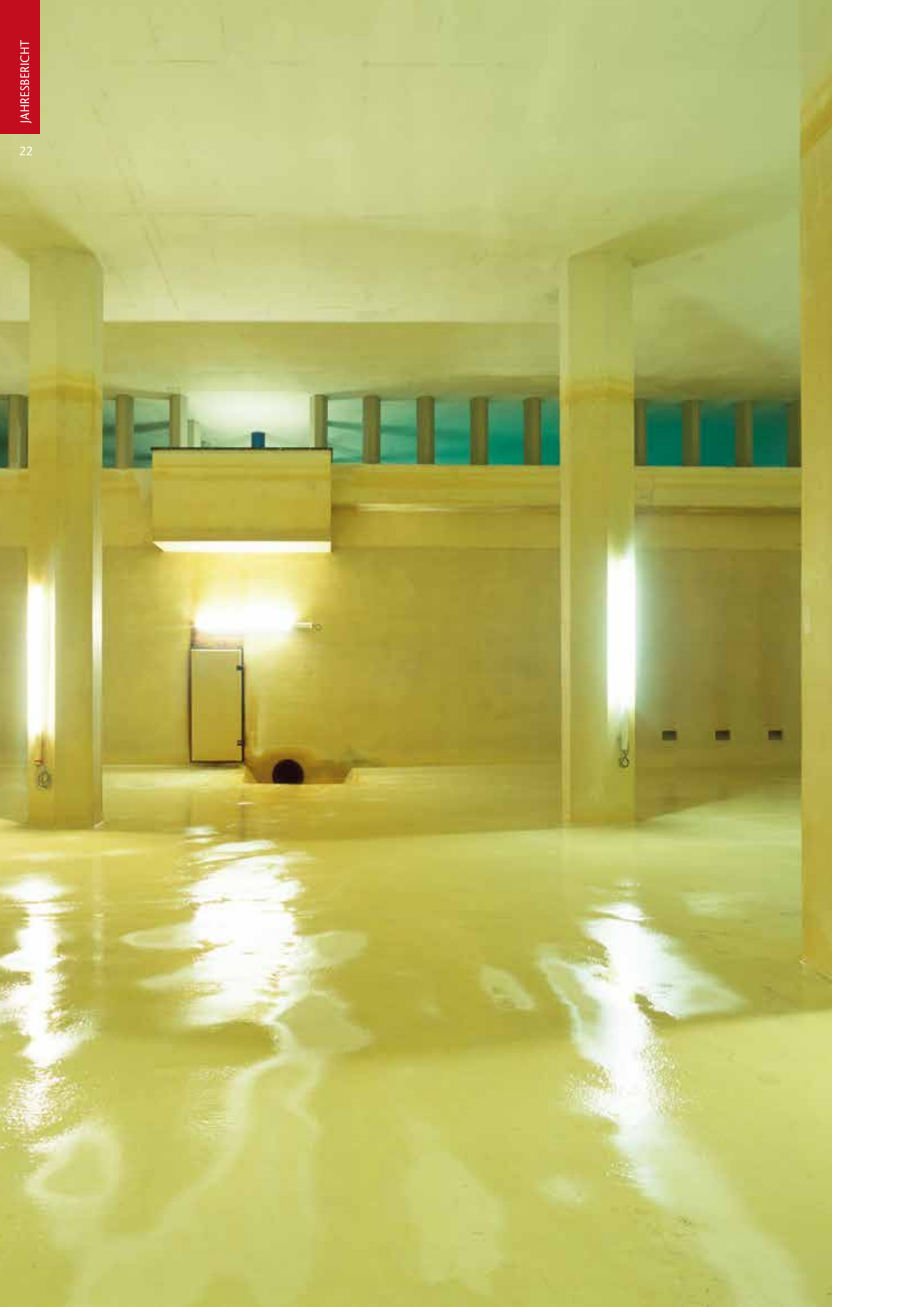
PR IST DIE BESTE WERBUNG FÜR ESISUISSE

In Zürich organisierte die esisuisse Geschäftsstelle am 27. August 2013 ein Mediengespräch. Patrick Loeb (Geschäftsführer esisuisse) informierte die Medienvertreter über alle bedeutenden Elemente und Merkmale der Schweizer Einlagensicherung. Er machte deutlich, warum das Schweizer Einlagensicherungssystem in seiner Form einzigartig und daher nicht eins zu eins mit anderen ausländischen Systemen vergleichbar ist.

Die in der Schweiz vertretenen Banken und Effektenhändler sorgen als Mitglieder der esisuisse für die Sicherung der privilegierten Einlagen. Das Gespräch mit den Medienvertretern war eine gute Gelegenheit, die Aufgaben und den Aufbau von esisuisse zu erläutern und auf konkrete Fragen einzugehen. Die anwesenden Journalisten schätzten es sehr, dass die Unterschiede zu den im europäischen Ausland vorherrschenden Systemen einleuchtend erklärt und diskutiert wurden. Ein Themenschwerpunkt der Präsentation war die Überarbeitung der EU-Richtlinie über die Einlagensicherung. Dabei wurde insbesondere die Frage der ex ante Finanzierung rege diskutiert. Patrick Loeb erklärte, dass sowohl die EU als auch die Schweiz im Grunde genommen auf hybriden Systemen aufbauen. In der Schweiz bildet das Prinzip der Sonderliquidität letztlich, ähnlich wie in der EU, einen Fonds. Dieser wird allerdings nicht direkt von der Einlagensicherung verwaltet. Auch sieht die EU ein hybrides Element vor. Nach dem Vorschlag der Kommission kann der Fonds nicht nur durch Cash-Beiträge, sondern auch mit verpfändeten Wertschriften geöffnert werden. Es ist zu erwarten, dass die EU eine Fondshöhe im Bereich von ca. 1% der gesicherten Einlagen vorsieht. Mit der definierten Deckungsgrenze von CHF 6 Mrd. entspricht der Vergleichswert für die Schweiz ca. 1,4%. Patrick Loeb zeigte sich skeptisch, ob ein direkt verwalteter Fonds, wie von der EU angestrebt, besser funktioniert. Im Schweizer Modell können CHF 3 Mrd. innerhalb kürzester Zeit abgerufen werden. Durch die entsprechende Überprüfung dieser Bilanzsumme durch die FINMA ist auch gewährleistet, dass die Banken diese Forderung erfüllen können. Ein Fonds, der die Gelder selbst verwaltet, ist letztlich darauf angewiesen, dass der Markt die erforderlichen raschen Veräusserungen

der gehaltenen Wertschriften auch trägt. Selbstverständlich kann eine Finanzierung der Ausschüttungen durch Verpfändung solcher Wertschriften an eine Zentralbank unerwünschte Markteffekte weitgehend verhindern. Dies ist aber bereits wieder eine Einschränkung der «reinen Lehre». Auch die Systemobergrenze von CHF 6 Mrd. wurde besprochen. Zunächst wies Patrick Loeb darauf hin, dass diese Summe keineswegs in Stein gemeisselt sei. Sie wurde im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte von CHF 1 Mrd. über CHF 4 Mrd. auf die gegenwärtigen CHF 6 Mrd. angehoben. Am Grundprinzip einer definierten Obergrenze muss aber, gemäss Patrick Loeb, unbedingt festgehalten werden. Sie zeigt an, bei welchem Punkt die Interventionen zugunsten der Kunden einzelner Banken die Finanzstabilität des gesamten Marktes tangieren. Schliesslich, so Patrick Loeb, sei die Einlagensicherung nicht eine Absicherung des Finanzmarktes, sondern eine Einrichtung, die im Konkursfall den Bankkunden zur Seite stehe. Diese Argumentation wurde sehr gut aufgenommen und fand Eingang in die Berichterstattung. Die Journalisten wünschten einen weiteren Austausch mit esisuisse. Auch aus Sicht der Geschäftsstelle ist es wünschenswert, dass sich Medien zukünftig mehr für die Thematik der Einlagensicherung interessieren.

Das Gespräch zwischen esisuisse und den Medienvertretern war das erste seiner Art. Die daraus resultierende Berichterstattung erwies sich als gute PR. Da esisuisse kein aktives Marketing betreibt – auch nicht durch ihre Mitglieder – ist der Dialog mit den Medien in Form eines Gesprächs essentiell. Denn die Medien vermitteln den Konsumenten, also den Bankkunden, Informationen und prägen über ihre Berichterstattung ganz direkt das Image von esisuisse.



DIE VERNEHMLASSUNG BANKENVERORDNUNG (BANKV)

Die Bankenverordnung (BankV) präzisiert die Bestimmungen des Bankgesetzes. Sie ist eine eigenständige Rechtsquelle und im Hinblick auf die Bestimmungen bezüglich der Einlagensicherung von hoher Relevanz, wenn es darum geht Prinzipien festzulegen, welche für sich genommen keinen Gesetzescharakter haben. Die BankV wurde 2013 durch das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) gänzlich neu geordnet und vollständig überarbeitet, es handelt sich also um eine sogenannte Totalrevision. Im Zuge dieser Arbeiten konnten die politischen Parteien und die interessierten Kreise zu den Vorschlägen des EFD Stellung nehmen und auch eigene Vorschläge einbringen. esisuisse hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und wie üblich wurde dabei die Eingabe auf den Bereich der Einlagensicherung beschränkt. Im Wesentlichen hat esisuisse zwei Vorschläge unterbreitet:

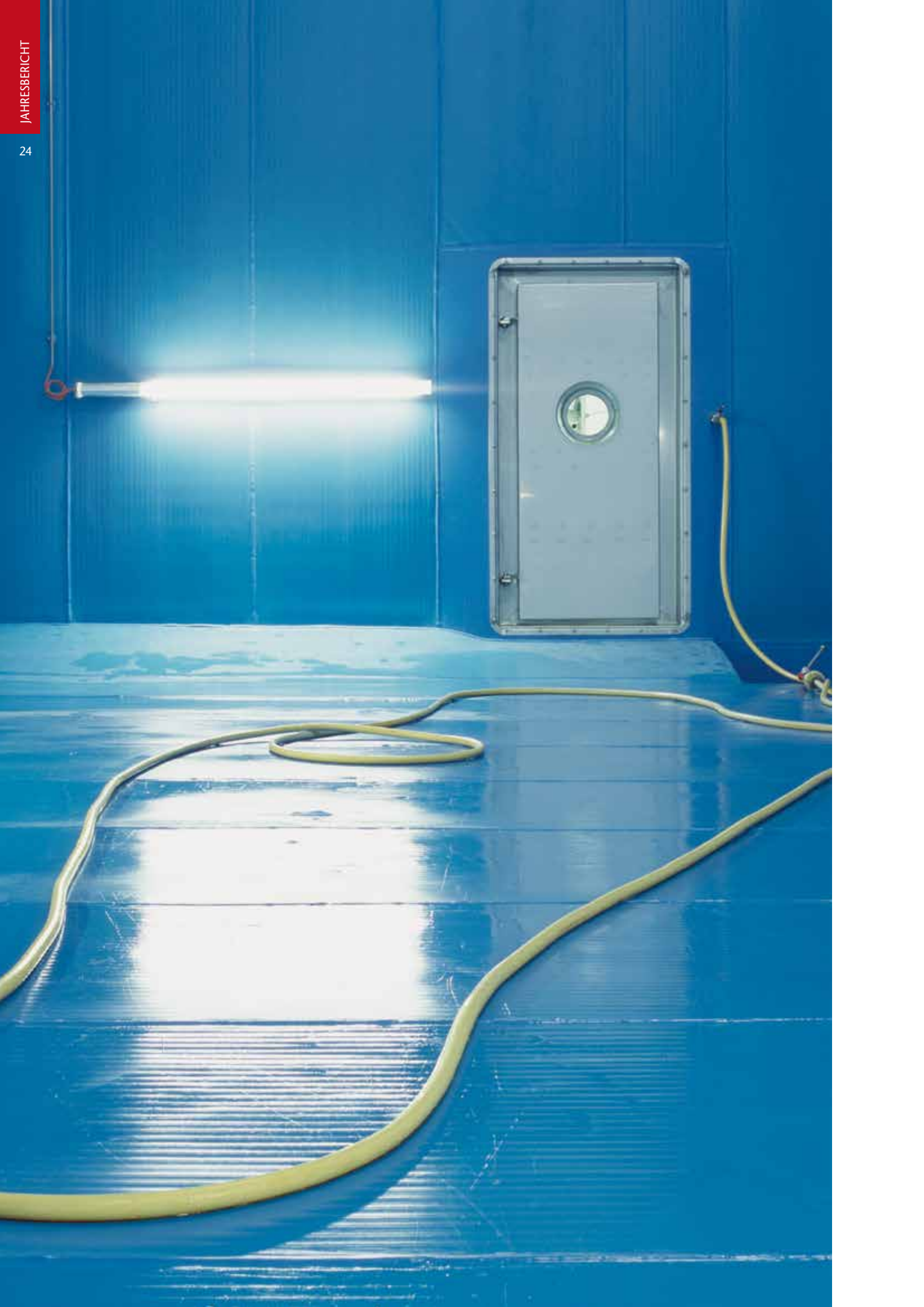
1. Die Einführung einer klar definierten Auszahlungsfrist und
2. eine Beweislastumkehr, sofern Hinweise auf Manipulationen der Bücher im Zusammenhang mit einem Bankenkonzurs vorliegen.

Die klar definierte Auszahlungsfrist ist eine Forderung, die auf den entsprechenden internationalen Bestimmungen basiert, wie z.B. die von allen relevanten internationalen Organisationen anerkannten «Core Principles» (CP) der IADI. Gemäss CP 17 ist es von zentraler Bedeutung, dass die Auszahlung nicht nur rasch erfolgt, sondern dass den Einlegern auch klar kommuniziert werden kann, binnen welcher Frist die Auszahlung erfolgt. Dieser Vorschlag wurde nicht im Wortlaut umgesetzt. Die BankV lautet in der ab 1. Januar 2015 gültigen Fassung aber nun wie folgt:

Der Beauftragte zahlt den Einlegerinnen und Einlegern gestützt auf den Auszahlungsplan die gesicherten Einlagen aus, sobald er den Betrag erhalten hat, den ihm der Träger der Einlagensicherung nach Artikel 37i Absatz 2 des Gesetzes überweist (Art. 44 Abs. 1 BankV).

De facto entspricht dies einer maximalen Auszahlungsfrist von 21 Arbeitstagen, da die esisuisse gemäss Art. 37h Abs. 3 des Bankgesetzes (BankG) binnen 20 Arbeitstagen die Summe der gesicherten Einlagen an den FINMA-Beauftragten auszahlen muss. In diesem Zusammenhang ist auch auf die «Vereinbarung der Schweizer Banken und Effekthändler über die Einlagensicherung» (Vereinbarung) hinzuweisen. In dieser Vereinbarung verpflichteten sich die Mitglieder, die erforderlichen Beiträge innert einer Frist von 5 Bankwerktagen zu leisten (Art. 5 Abs. 5 Selbstregulierung). Durch diese kurze Frist wird sichergestellt, dass die gesetzliche Auszahlungsfrist gewährleistet werden kann. Es wurde also keine ausdrückliche Frist in die BankV aufgenommen. Allerdings lässt sich eine solche Frist wie dargestellt einfach herleiten.

Bis anhin war es nur möglich, «offensichtlich unberechtigte Forderungen» im Zusammenhang mit den Leistungen der Einlagensicherung abzulehnen. Diese Formulierung macht es erfahrungsgemäss sehr schwer eine Forderung abzuweisen, da hier von Beginn weg klar sein muss, dass die aus den Büchern ersichtlichen Forderungen nicht bestehen. Wie sollte man nun in Fällen vorgehen, in welchen nur eine begründete Vermutung besteht, dass eine Forderung ganz oder teilweise unberechtigt ist? Denkbar ist, dass nur einzelne Gutschriften auf einer Bankbeziehung unkorrekt sind, die Bankbeziehung als solche aber existent ist und ein grundsätzlicher Anspruch auf Leistungen der Einlagensicherung besteht. Es stellte sich überdies die Frage, ob im Verdachtsfall auf strafbare Handlungen im Zusammenhang mit einem Bankenkonzurs (Bsp. Betrug, Urkundenfälschung, etc.) nicht eine Umkehr der Regel angewandt werden sollte und nur offensichtlich berechtigte Ansprüche sofort zur Auszahlung gelangen sollten. Diese Anregung der esisuisse wurde aufgenommen und die BankV um Art. 43 Abs. 3 ergänzt. Demnach kann in solchen Fällen von den Einlegern ein Nachweis für die geltend gemachten Forderungen verlangt werden. Aus Sicht von esisuisse ist dies eine wichtige Voraussetzung um allfälligen Missbräuchen Einhalt zu gebieten.



EINLAGENSICHERUNG IN EUROPA

In der EU ist die Überarbeitung der Richtlinie zur Einlagensicherung weiter vorangekommen. Nach Abschluss der technischen Beratungen haben die Mitgliedstaaten und die EU-Gremien (insbesondere das EU-Parlament) in politischen Diskussionen die erforderlichen Kompromisse gesucht und auch gefunden. Unbestritten war dabei, dass die EU nur noch ex ante finanzierte Fonds gelten lässt. Lediglich über die Höhe des jeweils zu äuffnenden Fonds gingen die Meinungen auseinander. Schliesslich einigte man sich auf 0,8% der gesicherten Einlagen. Das ist aus Schweizer Sicht bemerkenswert, entspricht dieser Wert doch gerade etwa der hierzulande erforderlichen Sonderliquidität oder eben 50% der Systemobergrenze von CHF 6 Mrd. Die Richtlinie sieht ebenso eine Möglichkeit vor, dass bis zu 30% des Fonds mittels verpfändeter Wertschriften beigebracht werden können. Diese Möglichkeit entspricht einem hybriden Finanzierungsmodell.

Die Auszahlungsfrist an die Einleger muss bis zum Jahr 2024 auf 7 Tage reduziert werden. Obwohl die Richtlinie einige Zwischenschritte bis zu dieser Zielvorgabe vorsieht, werden viele EU-Mitgliedstaaten diese Auszahlungsfrist von Beginn weg in nationales Recht überführen. Damit wird in Europa im Hinblick auf die Auszahlungsfrist ein neuer Standard gesetzt. Standardisiert wird auch die Informationspflicht. So schreibt die Richtlinie genau vor, welche Hinweise auf den jeweiligen Bankauszügen angebracht werden müssen und in welcher Form die Bankkunden bei Kontoeröffnung auf die Einlagensicherung hingewiesen werden müssen.

Weiter wurde intensiv darüber verhandelt, ob die jeweiligen EU-Einlagensicherungen eine gegenseitige, solidarisch ausgestaltete Beistandspflicht beinhalten sollten. Diese Idee wurde im Zuge der Verhandlungen fallengelassen. Grundsätzlich sind aber weitere Harmonisierungsschritte – bis hin zu einer einzigen, die gesamte EU abdeckenden Einlagensicherung – in Zukunft denkbar. Die Richtlinie fordert denn auch, dass diese Frage 5 Jahre nach in Kraft treten der neuen Richtlinie erneut geprüft werden muss. Diese Forderung ist insbesondere vor dem Hintergrund der Bankenunion für die Euro-Zone zu sehen.

Die ursprünglich vorgesehene Verwendung der Fondsmittel zum Zweck einer Bankensanierung wurde nicht mehr diskutiert. Der nationale Gesetzgeber kann diese Möglichkeit aber vorsehen. In einem solchen Fall muss allerdings das «least cost» Prinzip eingehalten werden: Eine Bankensanierung soll die Einlagensicherung weniger kosten als eine Auszahlung der gesicherten Einlagen.

European Forum of Deposit Insurers (EFDI)

Innerhalb des EFDI wurde eine Strukturkommission einberufen, in welcher auch esisuisse vertreten ist. Ziel ist es, dem EFDI eine effizientere Struktur zu verleihen, welche auch ein professionelles Sekretariat umfassen könnte. Das EFDI wurde ursprünglich als Netzwerk gegründet, ist aber heute ein wichtiger Partner der europäischen Institutionen. Diese Entwicklung wird weiter gehen und strukturelle Anpassungen bedingen. Dabei werden unter anderem die Stellung der EU-Einlagensicherungen und diejenige der Einlagensicherer aus Nicht-EU Ländern diskutiert werden. Darüber hinaus sind auch Eigenheiten der Mitglieder des EFDI zu beachten, handelt es sich doch um Organisationen verschiedenster Art, wie zum Beispiel Nationalbanken, Ministerialabteilungen, staatliche und private Institutionen.

DAS FINANCIAL SECTOR ASSESSMENT PROGRAM (FSAP)

Im Herbst 2013 wurde die Schweiz vom sogenannten Financial Sector Assessment Program (FSAP) des IWF unter die Lupe genommen. Dabei wird der gesamte Finanzsektor eines Landes untersucht. Im Fall der Schweiz findet diese Untersuchung periodisch alle 5 Jahre statt, da der Finanzmarkt der Schweiz als systemrelevant gilt. Unter anderem wurde geprüft, ob die Einlagensicherung ihre Funktion tatsächlich wahrnehmen kann. Die esisuisse wurde aufgefordert, alle relevanten Dokumente einzureichen und den Prüfern für Fragen zur Verfügung zu stehen. Die Geschäftsleitung der esisuisse wurde in der Folge mehrmals mündlich und schriftlich befragt.

Die Gespräche mit den IWF-Prüfern waren in vielerlei Hinsicht sehr aufschlussreich. Unter anderem wiesen die Experten darauf hin, dass einige Elemente des Schweizer Systems, beispielsweise die 125% Regel, nur schwer verständlich seien. Gerade solche Eigenheiten des Schweizer Systems wurden mit grossem Interesse begutachtet. Viele Aspekte wurden von den Prüfern als bemerkenswert bezeichnet. Beanstandet wurde lediglich die Verständlichkeit des Systems. Positiv bewertet wurde hingegen, dass esisuisse versucht die komplexen Zusammenhänge einfach darzustellen. Insbesondere die Gestaltung der Website und der erklärenden Zeichentrickfilme wurden in diesem Zusammenhang lobend erwähnt. Abschliessend fasste der IWF zusammen, dass hybride Finanzierungsmodelle wie die esisuisse zwar durchaus ihren Zweck erfüllen, jedoch für den Bankkonsumenten schwer nachvollziehbar sind. Die Publikation des Berichts ist für das Frühjahr 2014 vorgesehen.



INTERNATIONAL ASSOCIATION OF DEPOSIT INSURERS (IADI)

Die IADI ist unter anderem verantwortlich für die internationalen Standards im Bereich der Einlagensicherung. Die IADI Core Principles (CP) werden zurzeit mit aktiver Beteiligung der esisuisse überarbeitet. Es besteht das Bedürfnis diese Grundsätze weiter zu verfeinern und die neuste Entwicklung sowie die Erfahrungen aus der Finanzkrise abzubilden. esisuisse vertritt hierbei die Meinung, dass eine Überregulierung zu verhindern sei und die Grundsätze so abgefasst werden müssten, dass Gestaltungsspielraum erhalten bleibt. Auch unterstützt esisuisse das Bestreben der Vereinigung, die Lehren aus der Finanzkrise in die IADI Grundsätze einfließen zu lassen. Die CP sind integraler Bestandteil des FSAP des IWF und der Weltbank (WB). IADI ist heute in jeder Hinsicht ein aktiver Teil der internationalen Finanzmarktregulierung und esisuisse beteiligt sich aktiv an diesen Arbeiten. Der stellvertretende Geschäftsführer der esisuisse ist einer der vom IWF anerkannten FSAP-Prüfer.

esisuisse wird regelmässig von ausländischen Einlagensicherern um Unterstützung angefragt. Hierbei interessieren die Eigenheiten des schweizerischen Systems als Sicherungseinrichtung eines wichtigen, globalen Finanzmarktes. Solche Anfragen werden im Rahmen der Möglichkeiten einer kleinen Geschäftsstelle bearbeitet. Die Geschäftsleitung legt aber auch Wert darauf, dass die Schweizer Behörden, welche auf anderer Stufe Ansprechpartner bei Fragen der Finanzmarktregulierung ausländischer Organisationen und Ministerien sind, über fundierte Kenntnisse der Einlagensicherung in der Schweiz verfügen. Es ist Aufgabe der Geschäftsleitung, die

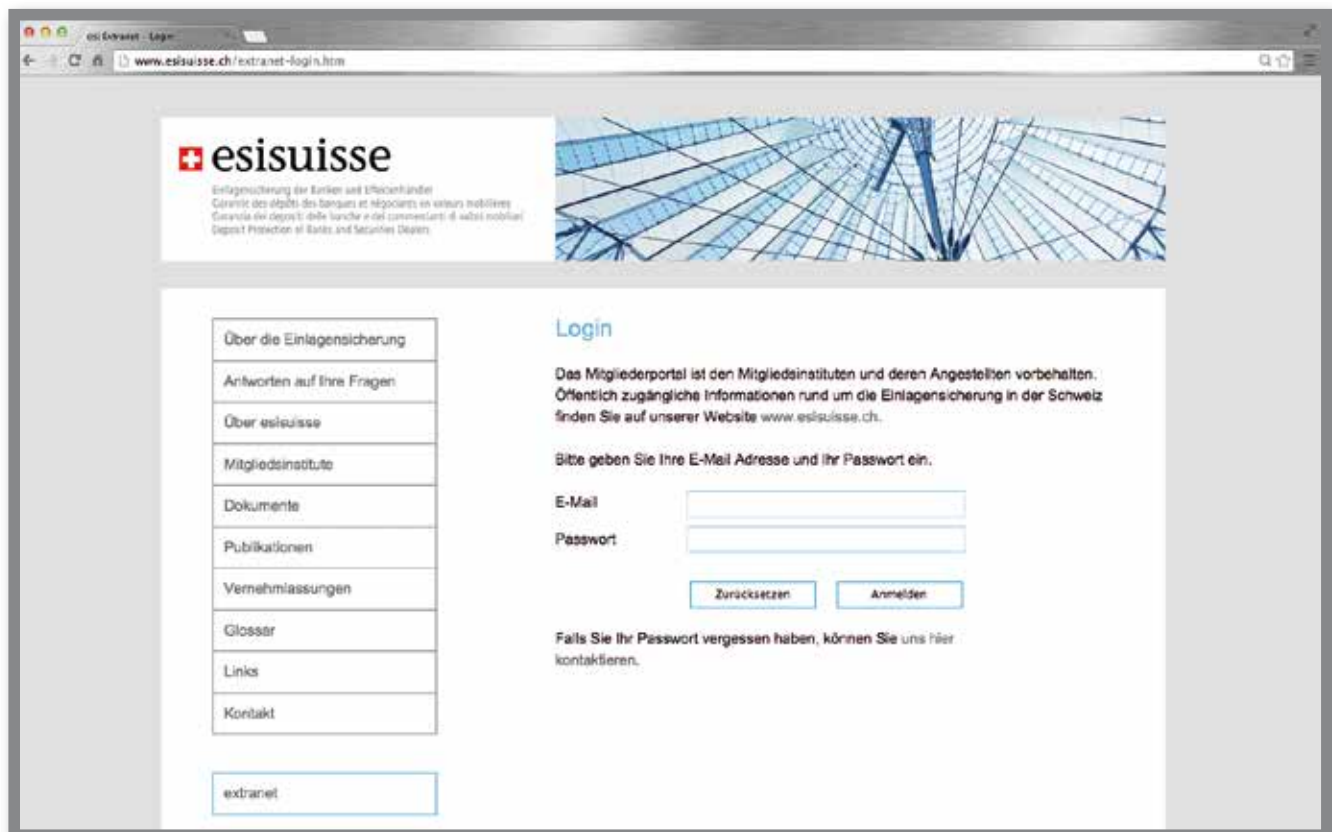


Geschäftsstelle als entsprechende Ansprechpartnerin bekannt zu machen. Die esisuisse Geschäftsleitung pflegt deshalb den Kontakt mit den entsprechenden Verantwortlichen, beispielsweise beim Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), beim Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Die Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) ist sehr eng und schliesst selbstredend auch internationale Kooperationen mit ein.

DAS EXTRANET DER ESISUISSE

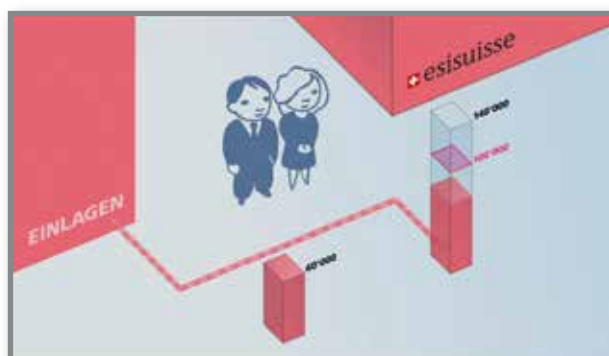
Im März 2013 wurde das esisuisse extranet eingeführt. Dadurch erhielt die Geschäftsstelle die Möglichkeit, mit den Mitgliedern der esisuisse über ein geschütztes Portal effizient und direkt zu kommunizieren. Sobald neue Inhalte zum Thema Einlagensicherung abrufbar sind, werden die Mitglieder per E-Mail durch die Geschäftsstelle darauf aufmerksam gemacht und können die betreffenden Informationen, Mitteilungen sowie Dokumente einfach und umgehend abrufen. Eine elektro-

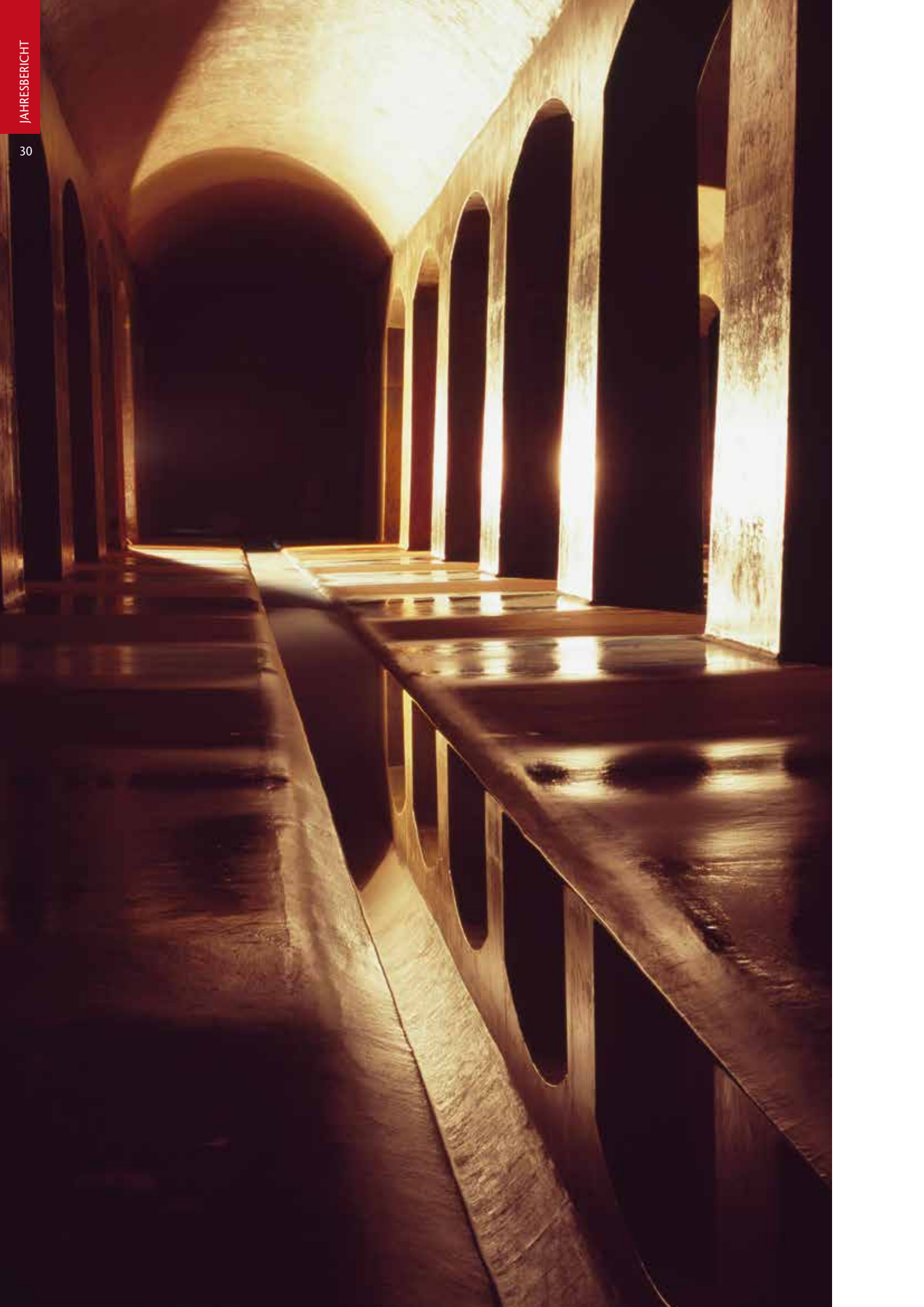
nische Kommunikationsplattform, über welche Inhalte schnell zur Verfügung gestellt werden können, ist aus heutiger Sicht unabdingbar. Gerade weil die esisuisse im Schweizer Finanzgefüge eine entscheidende Rolle einnimmt, ist eine effiziente und schnelle Kommunikation unerlässlich.



DIE WEBSITE UND KURZFILME DER ESISUISSE

Die esisuisse verfolgt seit 2012 konsequent das Ziel, eingängig und einfach nach aussen zu kommunizieren. Wichtig ist dabei vor allem eine verständliche Sprache ohne unnötige Fremdwörter und komplizierte Formulierungen. Entsprechend wurde bei der Umsetzung der Website www.esisuisse.ch grössten Wert auf die klare, unkomplizierte Beantwortung aller Fragen rund um die Einlagensicherung gelegt. Die Inhalte sind umfassend zusammengestellt und leicht abrufbar. Sowohl Bankkunden wie auch Finanzdienstleister finden auf der esisuisse Website schnell und präzise die gesuchten Informationen. Die übersichtliche visuelle Darstellung unterstützt die strukturierten Inhalte. Um das Verständnis für und das Vertrauen in das System der Einlagensicherung zusätzlich zu fördern und die komplexen Zusammenhänge besser zu veranschaulichen, hat die esisuisse 2013 drei kurze Animationsfilme veröffentlicht. Unter den Titeln «Was ist Einlagensicherung?», «Beispiele Einlagensicherung» und «Wie funktioniert die Einlagensicherung?» wird das System plakativ und sympathisch demonstriert. Der erste Film zeigt die Aufgabe und Funktionsweise der esisuisse. Der zweite macht anhand dreier Beispiele deutlich, wie die Auszahlung von gesicherten Einlagen erfolgt. Der dritte Film widmet sich dem solidarischen System innerhalb des Schweizer Finanzgefüges. In den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch sowie Englisch können die Filme über die esisuisse Homepage oder direkt auf der Unterseite www.esisuisse.ch/publikationen/filme.htm angeschaut werden. Auch auf youtube sind die Filme zu finden.





IN DER KRISE ZEIGT SICH DIE WAHRE STÄRKE

In der Schweiz steht die Finanzbranche auf einem sehr soliden Fundament. Der Schweizer Finanzplatz genießt international einen ausgezeichneten Ruf und gilt als sicherer Ort für Einlagen. Einleger aus der ganzen Welt legen ihr Geld bei einem Institut in der Schweiz an und vertrauen auf die Schweizer Banken und Effekthändler. Rund die Hälfte der Kunden von esisuisse Mitgliedsinstituten leben nicht in der Schweiz.

Dass aber kein Finanzplatz der Welt gegen Krisen gefeit ist, zeigen die anhaltenden Diskussionen und Debatten, wie sie seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 geführt werden. Es gibt zahlreiche Ideen und Vorschläge, wie ein starkes und noch sichereres Finanzgefüge auszusehen hat. Auch in der Schweiz werden die neuen Anforderungen und Voraussetzungen an einen robusten Finanzplatz diskutiert und sind teilweise bereits umgesetzt. So wurden beispielsweise im Zusammenhang der Thematik «too big to fail» (TBTF) neue Regelungen für die Anforderungen zu Eigenkapital, Liquidität, Risikoverteilung und Organisation der systemrelevanten Banken eingeführt. Nebst diesen neuen Regelungen ist auch Basel III oder die Einführung des antizyklischen Kapitalpuffers im Hypothekengeschäft zu erwähnen. Doch zur Schaffung von Vertrauen, das auch im Krisenfall Bestand hat, benötigt der Finanzplatz Schweiz aber vor allem eines: ein starkes Sicherungssystem.

Mit der Einlagensicherung esisuisse verfügt die Schweiz über ein weltweit einzigartiges System: ein selbstreguliertes und solidarisches Modell, das seine Funktionsfähigkeit seit 2007 mehrfach unter Beweis gestellt hat.

In einer Ausnahmesituation ist aber nicht nur die schnelle Auszahlung an die Einleger entscheidend, sondern ebenso die Kommunikation. Haben Einleger und die Öffentlichkeit zum Beispiel Fragen zur Auszahlung oder zur Einlagensicherung im Allgemeinen, so gilt es klare Antworten zu geben und ein verlässlicher Ansprechpartner zu sein.

Vorbereitung der Krisenkommunikation

Eine Krise ist nur bedingt vorhersehbar. Sie tritt zu einem unbekanntem Zeitpunkt ein, die Dauer und der Verlauf kennen keinen Regelfall. Daher sind die nötigen Prozesse und Abläufe vorab sorgfältig vorzubereiten und zu planen. Dabei ist auch die Vorbereitung der Krisenkommunikation zentral. Sollte es zu einem Krisenfall kommen, ist die esisuisse in der Lage, mit den gängigen Kommunikationskanälen unmittelbar, umfassend und verständlich zu informieren.

Website und Hotline im Krisenfall

Im Anwendungsfall greift die esisuisse auf zwei zentrale Kommunikationskanäle zurück, die eigens für den Krisenfall eingerichtet wurden: die Website und Hotline der esisuisse. In einem Krisenfall gilt es, umgehend und zielgerichtet zu informieren sowie vollständige Informationen zur Sachlage zur Verfügung zu stellen. Um dies gewährleisten zu können, wird im Krisenfall einerseits die reguläre Website der esisuisse mit einer neuen Startseite versehen. Auf dieser Startseite werden alle verfügbaren Informationen und Fakten kommuniziert. Die zwischenzeitliche Startseite wird im Krisenfall wie gewohnt unter www.esisuisse.ch aufgerufen. Andererseits wird die esisuisse zukünftig auf einen weiteren Kommunikationskanal in der Krise setzen: eine eigens eingerichtete Hotline, unter welcher Fragen zum Ereignisfall beantwortet werden. So haben Interessierte die Möglichkeit sich mit ihrem Anliegen im Krisenfall direkt an die esisuisse zu wenden. Die esisuisse ist davon überzeugt, dass Kommunikation heutzutage für die Erfüllung von Kundenbedürfnissen und eine ausgeprägte Kundenorientierung essentiell ist und zudem auch das Vertrauen in das System der Einlagensicherung sowie in den gesamten Schweizer Finanzplatz stärkt.



AVANT-PROPOS



Mesdames, Messieurs,

L'année 2013 a été marquée par les débats sur les leçons à tirer de la crise financière actuelle. De nombreux projets de régulation ont été finalisés ou résolument poursuivis au cours de cette année. Dans ce contexte, la garantie des dépôts en Suisse a également été thématifiée. esisuisse et la législation en matière de garantie des dépôts ont ainsi fait l'objet du Financial Sector Assessment Program (FSAP) du Fonds monétaire international (FMI).

La confiance dans la place financière suisse demeure intacte, ce à quoi le système d'esisuisse contribue également. Aussi l'édition 2013 de son rapport annuel est-elle entièrement placée sous le signe de la sécurité et de la durabilité. esisuisse fonctionne en effet comme un réservoir qui est utilisé en cas d'urgence. Lors d'une faillite, esisuisse peut, si besoin est, mobiliser rapidement les liquidités requises au travers des «canaux» prévus à cet effet et les acheminer aux clients concernés. Ce principe du réservoir est à la fois très économique et fiable sur le plan opérationnel. En cas de nécessité, le réservoir peut être «alimenté» dans les plus brefs délais et utilisé de manière optimale. Le dispositif d'esisuisse est également pérenne dans sa conception, même si beaucoup estiment qu'il ne va pas assez loin. Toutefois, gérer durablement signifie qu'il faut satisfaire les besoins d'aujourd'hui sans pour autant mettre en péril la capacité de répondre aux besoins des générations futures. Une maxime qu'esisuisse met également en pratique puisque la liquidité reste aux mains de nos membres tant qu'aucune situation de crise ne se présente.

La communication d'esisuisse vise à présenter le système de façon compréhensible et transparente à tous les clients des banques et négociants en valeurs mobilières suisses. Elle s'appuie aussi pour ce faire sur le visuel du rapport annuel. Peu de nos lecteurs, sans doute, sont familiarisés avec la forme et l'aspect d'un réservoir d'eau. Les photos ne permettent pas d'identifier au premier coup d'œil ce qu'elles montrent. Elles invitent à la réflexion et tentent de faire découvrir ce monde particulier à l'observateur au fil d'images évocatrices et fascinantes.

Je vous souhaite une lecture aussi agréable qu'intéressante de notre rapport annuel.

A handwritten signature in blue ink, consisting of several fluid, connected strokes.

Dr Patrik Gisel, Président

UNE ÉQUIPE BIEN RODÉE ET UN RÉSEAU INTERNATIONAL

Situé à Bâle, le Secrétariat constitue le point de convergence de toutes nos activités: il suit l'ensemble des affaires en cours, traite les dossiers, coordonne les projets de l'association et prépare les réunions du Comité directeur et de l'Assemblée générale. Il exécute les décisions prises aux réunions du Comité directeur et gère également les fonds de l'association. Conformément aux statuts, le Secrétariat assure la communication avec les membres d'esisuisse, les autorités, les clients des banques et le grand public dans notre pays comme à l'étranger en vue de faire connaître davantage le fonctionnement de la garantie des dépôts en Suisse et de renforcer la confiance dans la sécurité du système bancaire suisse. Par ailleurs, le Secrétariat participe activement à la préparation des textes législatifs. Exemple actuel: la demande de révision de l'ordonnance sur les banques déposée par esisuisse. Le Secrétariat s'implique en outre dans des projets de lois, de décrets ou d'ordonnances. esisuisse s'investit aussi dans des

organisations internationales (telles que l'European Forum of Deposit Insurers (EFDI) et l'International Association of Deposit Insurers (IADI)) traitant de questions relatives à la garantie des dépôts et à la stabilité financière. Le Directeur d'esisuisse représente l'Association suisse des banquiers au sein de deux groupes de travail de la Fédération bancaire européenne (FBE) et siège au Comité directeur de l'EFDI ainsi qu'au Comité exécutif de l'IADI. Le Directeur adjoint intervient en tant qu'expert pour l'IADI dans le cadre des programmes d'évaluation du FMI, tandis que la Responsable de communication prend part au groupe de travail Communication de l'EFDI.

Le Secrétariat d'esisuisse est placé sous l'autorité de Patrick Loeb, Directeur, et de Lucas Metzger, Directeur adjoint. Isabelle Rösch est chargée de la communication. Depuis novembre 2013, le Secrétariat compte une nouvelle collaboratrice en la personne de Christine Blumer.



De g.à.dr.: Patrick Loeb, Isabelle Rösch, Christine Blumer et Lucas Metzger

TOUS ENSEMBLE VERS UN OBJECTIF COMMUN

esisuisse est une association qui a été fondée le 24 août 2005 à Bâle sous le nom «Garantie des dépôts des banques et négociants en valeurs mobilières suisses». Cette association inscrite au registre du commerce a pour mission, conformément à l'art. 37h de la loi sur les banques, d'adhérer au système d'autorégulation prévu et de le mettre en œuvre en cas

d'application. Elle est chargée par la loi de garantir les avoirs déposés par les clients auprès des établissements bancaires en Suisse. Ses organes sont l'Assemblée générale, le Comité directeur et l'organe de révision.

Le Comité directeur d'esisuisse se compose des membres suivants:



Dr Patrik Gisel
Raiffeisen Suisse société
coopérative, Président



Barend Fruithof
Credit Suisse AG
Vice-président



Dr Hannes Glaus
Schweizer Verband unabhängiger
Effekthändler



Heinz Hofer
Cembra Money Bank AG



Heinz Kunz
Zürcher Kantonalbank



Lucas Metzger
Association suisse des
banquiers



Brunello Perucchi
Banca Popolare di Sondrio
(Suisse) SA, (jusqu'au
31 décembre 2013)



Christian Torriani
Cornèr Banca SA
(depuis le 6 mai 2013)



Christine Novakovic
UBS AG



Pius C. Schwegler
RBA-Holding AG



Alessandro Seralvo
Cornèr Banca SA
(jusqu'au 30 avril 2013)



Thomas M. Steinebrunner
Rahn & Bodmer Co.

NOTRE RÉSERVOIR, UNE GARANTIE DE SÉCURITÉ

La Suisse compte parmi les places financières les plus sûres au monde, grâce notamment à son système de garantie des dépôts des banques et négociants en valeurs mobilières, «esisuisse». La loi sur les banques de 2005 contraint toutes les succursales suisses de banques et négociants en valeurs mobilières à garantir les dépôts privilégiés par l'entremise de l'association esisuisse. Si, en Suisse, une banque ou un négociant en valeurs mobilières vient à être insolvable, les autres membres d'esisuisse mettent immédiatement la liquidité requise à disposition. Ce système de contribution solidaire assure aux clients de l'établissement concerné de se voir rembourser leurs dépôts garantis dans un délai d'un mois. Les dépôts sont garantis à concurrence de 100 000 francs par déposant.

En cas de défaillance d'un établissement, l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (FINMA) ordonne des mesures de protection. Elle désigne un liquidateur de la faillite qui détermine le niveau de liquidité encore détenu par l'établissement ainsi que les sommes dues aux épargnants, déposants, collaborateurs, fournisseurs et autres tiers.

Comment fonctionne la garantie des dépôts?

La garantie des dépôts fonctionne en Suisse comme un fonds de garantie. Toutes les banques et tous les négociants en valeurs mobilières du pays sont, de par la loi, affiliés à l'association esisuisse. Les membres de l'association doivent détenir conjointement 3 milliards de francs à titre de liquidité légale auprès d'esisuisse. La FINMA vérifie périodiquement le respect de cette exigence. En cas de défaut d'une banque ou d'un négociant en valeurs mobilières en Suisse, les autres banques et négociants en valeurs mobilières d'esisuisse mettent immédiatement à disposition les fonds requis. Ce système de garantie solidaire permet un remboursement rapide des dépôts garantis aux clients de la banque insolvable. Les contributions des établissements financiers leur sont restituées ultérieurement lors de la liquidation de la banque insolvable, à condition qu'il y ait suffisamment de fonds disponibles pour satisfaire les créanciers de la deuxième classe de faillite. La règle des 125%, les prescriptions en matière de liquidités ainsi que toute une série d'autres exigences réglementaires assurent une marge de sécurité suffisante. C'est à la FINMA qu'il incombe de veiller au respect de ces dispositions.

Classes de créanciers

Est qualifiée de créancier toute personne à qui une banque doit de l'argent. Lors de la liquidation d'un établissement, les créanciers sont répartis en trois catégories ou classes de créanciers. Ces classes définissent l'ordre de priorité de remboursement des créanciers au moment de la liquidation. La première classe de créanciers comprend par exemple les collaborateurs de l'établissement qui n'ont pas encore perçu leur salaire. La deuxième classe englobe notamment tous les dépôts bancaires privilégiés à concurrence de 100 000 francs par déposant et par établissement. La troisième classe, enfin, regroupe normalement la plus grosse part des créances.

Distinction entre les dépôts

D'une manière générale, on entend par «dépôt» tout avoir détenu par un client auprès d'un établissement bancaire. Ces avoirs peuvent être détenus par des particuliers, des entreprises, des organismes, etc. Deux types de dépôts revêtent un statut particulier: d'une part, les dépôts «privilégiés» au sens du droit de la faillite et, d'autre part, les dépôts «privilégiés et garantis». Seuls ces derniers entrent en ligne de compte pour esisuisse, d'où l'appellation «système de garantie des dépôts». Figurent au nombre des dépôts «privilégiés et garantis» les avoirs détenus sur un

- compte privé
- compte d'épargne
- compte de placement
- compte salaire
- compte numérique
- compte de dépôt
- compte courant

Les obligations de caisse libellées au nom du client et déposées auprès de la banque émettrice en font également partie.

Dépôts privilégiés

Comme déjà mentionné, les dépôts simplement dits «privilégiés» ne sont pas garantis par esisuisse. Ces dépôts englobent par exemple les avoirs en compte de libre passage ou encore ceux de troisième pilier. Le terme «privilégié» signifie en l'occurrence que ces dépôts, attribués à la deuxième classe de créanciers, ne font l'objet d'un traitement privilégié et ne sont remboursés à hauteur de 100 000 francs que s'il reste suffisamment de fonds après la liquidation de l'établissement insolvable pour satisfaire cette catégorie de créanciers.

Spécificité de la Suisse

Lorsque, en Suisse, un établissement devient insolvable et que sa mise en faillite est inéluctable, la FINMA ordonne des mesures de protection et désigne un liquidateur. Celui-ci vérifie si l'établissement est en mesure de rembourser lui-même les déposants ou si l'intervention d'esisuisse s'impose. Trois scénarios sont alors possibles:

a) L'établissement insolvable dispose de la liquidité nécessaire pour rembourser les dépôts «privilégiés et garantis». Les déposants concernés sont indemnisés en conséquence. Chacun d'entre eux se voit restituer ses dépôts à concurrence d'un montant de 100 000 francs. Un déposant détenant, par exemple, 150 000 francs de dépôts garantis reçoit donc 100 000 francs tandis que les 50 000 francs restants sont affectés à la troisième classe de créanciers. Dès la fin de la procédure de faillite, les créanciers de la troisième classe perçoivent un dividende de liquidation. L'intervention d'esisuisse n'est pas nécessaire dans ce cas de figure.

b) La liquidité de l'établissement insolvable est suffisante pour rembourser aussi bien les dépôts «privilégiés et garantis» que les dépôts simplement «privilégiés» des clients. Ces derniers ne sont toutefois remboursés qu'à l'issue de la liquidation. Un déposant détenant par exemple des comptes de salaire et de placement ainsi qu'un compte de prévoyance 3a touchera ainsi un maximum de 100 000 francs sur les premiers comptes et un maximum de 100 000 francs sur le compte de prévoyance. Dans ce cas de figure, esisuisse n'a pas non plus besoin d'intervenir.

c) L'établissement insolvable détient trop peu de liquidités pour rembourser les dépôts «privilégiés et garantis». C'est dans ce cas qu'esisuisse intervient avec une avance de liquidité et assure que ces dépôts soient remboursés au plus vite aux déposants dans une limite de 100 000 francs par déposant.

Règle des 125%

Une règle ancrée dans la loi sur les banques stipule que tous les dépôts privilégiés doivent être garantis par des actifs détenus en Suisse. Cela permet de constituer une certaine réserve qui, en cas de faillite, doit suffire à satisfaire tous les créanciers des première et deuxième classes. En d'autres termes, le fonds de garantie d'esisuisse n'a normalement pas besoin d'être sollicité. La règle des 125% assure de surcroît que les actifs de l'ensemble des clients d'un établissement demeurent en Suisse.

«UN ENRICHISSEMENT POUR LE SYSTÈME DE GARANTIE DES DÉPÔTS EN EUROPE»

A première vue, le système suisse de garantie des dépôts est surprenant. Sa simplicité sur le plan légal saute immédiatement aux yeux. Bien que ses grands principes soient fixés par la loi, il relève en grande partie de l'autorégulation du secteur financier. Une telle approche impressionne par sa simplicité, alors que dans le reste de l'Europe (l'UE/EEE mais aussi les nombreux candidats à l'adhésion à l'Union européenne et les pays voisins), les dispositifs de sécurité sont régis par une directive européenne désormais étoffée sur les systèmes de garantie des dépôts. Si la première directive 94/19/CE accordait encore une grande latitude d'action aux Etats membres pour la transposition en droit national, la nouvelle directive européenne, déjà adoptée au niveau politique, prévoit une harmonisation quasi-totale des systèmes nationaux dès 2015. On peut se demander si cette démarche favorise systématiquement l'efficacité des structures et tient suffisamment compte des spécificités nationales. D'autre part, la souplesse réglementaire offerte par le «modèle suisse» amène à s'interroger sur sa capacité de fonctionnement.

Pour répondre d'emblée à cette question: oui, cela fonctionne – et même très bien. Bien des aspects mériteraient même d'être repris sous une forme ou sous une autre à l'étranger. Les expériences faites en Suisse, par exemple avec le versement prioritaire des liquidités disponibles aux déposants protégés, sont remarquables et elles permettent d'éviter le financement par le biais du système de garantie des dépôts. Puiser en premier lieu dans les fonds de l'établissement insolvable pour rembourser les avoirs des clients, est une chose sensée. Cette règle permet non seulement de renforcer l'efficacité de la garantie des dépôts mais donne aussi, dans bien des cas, la possibilité de liquider une banque sans engager les fonds de ladite garantie.

Ce privilège doit s'appuyer sur le droit de priorité, ancré dans le droit suisse, dont bénéficient les dépôts garantis par esisuisse en cas de faillite – un principe que l'UE, tirant les leçons de la crise chypriote, va enfin introduire dans son système juridique. Le fait de prioriser les dépôts privilégiés évite de solliciter exagérément le dispositif solidaire de la garantie des dépôts puisque, la plupart du temps, les dépôts sont remboursés à 100% dans le cadre de la procédure de faillite. Par ailleurs, comme la restitution des fonds mobilisés a lieu plus rapidement, la liquidité d'esuisse est moins entamée et l'on prévient les pertes d'intérêts. Résultat: la garantie des dépôts est plus vite reconstituée pour des cas de défaut futurs. En outre, le recours à la liquidité disponible permet de faire face sans difficulté à des faillites de plus grande ampleur.

Point de vue extérieur

La règle des 125%, ancrée dans la loi et obligeant les établissements bancaires à détenir en Suisse des avoirs à hauteur de 125% des dépôts garantis, constitue un autre aspect intéressant d'esisuisse. On peut vraiment affirmer que la leçon de la crise bancaire islandaise a porté ses fruits. Pour la Suisse, il s'agit à coup sûr d'un moyen probant pour s'assurer que le capital détenu dans le pays suffit à honorer les créances des déposants au cas où un établissement viendrait à être liquidé. Il reste à savoir si cette idée, pour autant qu'elle soit compatible avec le droit européen, fera son chemin dans l'une des prochaines refontes de la directive européenne relative aux systèmes de garantie des dépôts.

Seuls ces principes fondamentaux du système suisse justifient, au regard des Core Principles édictés par le Comité de Bâle et l'IADI en matière de garantie des dépôts, de conserver un mode de financement ex post pour la garantie des dépôts. Cette forme de financement doit prouver sa viabilité à long terme. Au niveau international, la tendance s'oriente vers un financement ex ante consistant à collecter préalablement les fonds de garantie par le biais des cotisations annuelles des banques adhérentes. Néanmoins, la règle des 125%, tout comme la priorisation des dépôts lors d'une procédure de faillite et leur remboursement prioritaire sur les liquidités disponibles, permettent de minimiser le risque de devoir recourir à la garantie des dépôts. De surcroît, la liquidité légale à détenir par les banques fait l'objet en Suisse d'une réglementation et d'un contrôle bien définis. Les membres d'esisuisse détiennent donc constamment dans leurs livres une liquidité légale en faveur de la garantie des dépôts, ce qui permet, à tout moment, de mobiliser sans attendre 3 milliards de francs en cas d'indemnisation. Peut-être le législateur européen avait-il ce modèle en vue lorsqu'il a prévu, dans la nouvelle directive européenne, d'incorporer les engagements de paiement irrévocables des banques aux fonds de garantie des dépôts.

Tous les aspects de la garantie des dépôts suisse ne sont pas voués à faire recette en Europe. A bien des égards, chaque système de garantie des dépôts doit répondre aux particularités nationales et est le résultat de décisions politiques (que ce soit dans le pays même ou à Bruxelles). L'approche d'esisuisse (tout comme bien d'autres référentiels de la place financière suisse) offre néanmoins une opportunité toujours bienvenue de soumettre son propre système à un examen critique et de réfléchir à d'éventuelles possibilités de l'optimiser. esisuisse et son mécanisme quelque peu particulier représentent donc un enrichissement pour le système européen de garantie des dépôts et pour les débats autour de ce thème.



Dirk Cupei
Responsable du service Stabilité des marchés financiers,
Bundesverband deutscher Banken, Directeur de l'Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH



ESISUISSE SOIGNE SES RELATIONS PUBLIQUES

Lors d'un entretien avec la presse organisé le 27 août 2013 par le Secrétariat d'esisuisse, Patrick Loeb (Directeur d'esisuisse) a informé les représentants des médias sur les principaux éléments et caractéristiques du système de garantie des dépôts suisse. Il a expliqué pourquoi ce système est unique en son genre et ne peut être comparé directement aux autres systèmes étrangers.

Les banques et négociants en valeurs mobilières représentés en Suisse assurent, en tant que membres d'esisuisse, la garantie des dépôts privilégiés. Cette entrevue avec les représentants des médias a été une bonne occasion de préciser les missions et la structure d'esisuisse et de répondre aux questions posées. Les journalistes présents ont beaucoup apprécié le fait que les différences avec les systèmes en vigueur dans les autres pays européens soient clairement exposées et mises au débat. L'un des temps forts de la présentation a été la refonte de la directive européenne relative aux systèmes de garantie des dépôts. Ce sujet, en particulier la question du financement ex ante, a donné lieu à des échanges animés. Sur le fond, a expliqué Patrick Loeb, l'UE et la Suisse recourent l'une comme l'autre à des systèmes hybrides. En Suisse, le principe de la liquidité légale débouche (similairement à l'UE) sur la constitution d'un fonds. Néanmoins, celui-ci n'est pas directement géré par le système de garantie des dépôts. L'UE prévoit également un élément hybride. Conformément à la proposition de la Commission, le fonds peut être alimenté aussi bien par des contributions en liquide que par des titres nantis. Il faut s'attendre à ce que l'UE fixe le montant de ce fonds à environ 1% des dépôts garantis. A raison d'une garantie maximale de 6 milliards de francs, le taux comparatif avoisine 1,4% pour la Suisse. Patrick Loeb mettait en doute qu'un fonds directement géré, tel que l'UE le

souhaite, soit plus performant. Le modèle suisse permet de mobiliser 3 milliards de francs en un temps record. Le contrôle de ce bilan total par la FINMA garantit en outre que les banques sont en mesure de fournir cette somme. Un fonds administrant lui-même les ressources est, au bout du compte, tributaire de la réaction du marché aux rapides et nécessaires cessions des titres détenus. On peut, bien entendu, se prémunir dans une large mesure des effets de marché indésirables en finançant les versements via le nantissement de ces titres auprès d'une banque centrale; néanmoins, il s'agit à nouveau d'une procédure peu orthodoxe. Le plafond de 6 milliards de francs a été également discuté. Patrick Loeb a tout d'abord observé que ce montant n'est pas gravé dans le marbre puisqu'il a été, ces vingt dernières années, relevé de 1 milliard à 4 milliards de francs avant d'être porté à son niveau actuel de 6 milliards de francs. Il faut toutefois, a insisté Patrick Loeb, s'en tenir strictement au principe du plafond fixé. Celui-ci indique en effet à partir de quel point les interventions réalisées en faveur des clients des banques influent sur la stabilité financière du marché dans son ensemble. Car en définitive, explique Patrick Loeb, la garantie des dépôts n'est pas un mécanisme de protection des marchés financiers mais une institution qui soutient les clients des banques en cas de faillite de ces dernières. Ces arguments ont été très bien perçus et repris dans les comptes-rendus. Les journalistes ont émis le souhait de nouveaux échanges avec esisuisse. De son côté, le Secrétariat considère aussi souhaitable que les médias prêtent, à l'avenir, un plus grand intérêt à la thématique de la garantie des dépôts.

Cet entretien entre esisuisse et les représentants des médias était le premier en son genre. Le compte-rendu qui en a résulté s'est avéré bénéfique en termes de relations publiques. esisuisse n'effectuant aucune publicité active (même par l'entremise de ses adhérents), dialoguer avec les médias sous forme d'entretien apparaît essentiel. En effet, les médias relaient l'information aux consommateurs (c'est-à-dire aux clients des banques) et valorisent directement l'image d'esisuisse à travers leurs articles.



CONSULTATION RELATIVE À LA RÉVISION DE L'ORDONNANCE SUR LES BANQUES (OB)

L'ordonnance sur les banques (OB) précise les dispositions de la loi sur les banques. Source de droit à part entière, elle revêt une haute importance dans le cadre des dispositions relatives à la garantie des dépôts dès lors qu'il s'agit de fixer des principes n'ayant pas à proprement parler de caractère légal. L'OB a été entièrement remaniée et reformulée en 2013 par le Département fédéral des finances (DFF), faisant par conséquent l'objet d'une révision totale. Ces travaux ont permis aux partis politiques et aux cercles intéressés de donner leur avis sur les propositions du DFF mais aussi de faire eux-mêmes des propositions. esisuisse a usé de cette possibilité en limitant comme d'habitude sa contribution au thème de la garantie des dépôts. esisuisse a émis essentiellement deux propositions:

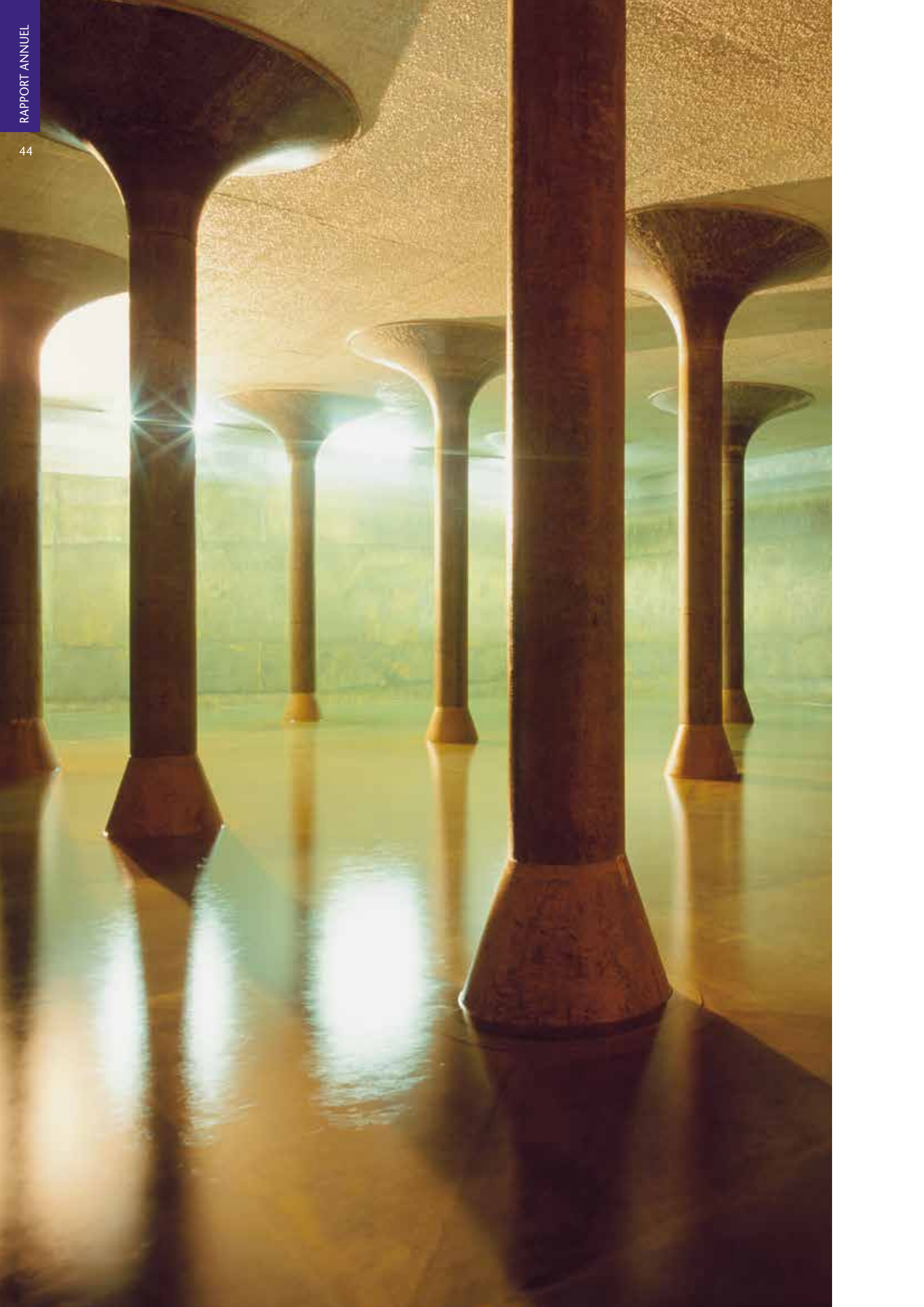
1. fixer un délai de remboursement bien défini, et
2. renverser la charge de la preuve en présence d'indices de manipulation des livres dans le contexte d'une faillite bancaire.

L'instauration d'un délai de remboursement bien défini est une requête reposant sur les dispositions internationales afférentes telles que les «Cores Principles» (CP) de l'IADI, reconnus par l'ensemble des organisations internationales concernées. Comme stipulé par le CP 17, il est non seulement capital que le remboursement intervienne dans les plus brefs délais, mais aussi que ce délai soit clairement communiqué aux déposants. Bien que cette proposition n'ait pas été transposée dans le libellé, l'OB stipule désormais ce qui suit dans sa version en vigueur à compter du 1er janvier 2015:

Le mandataire rembourse les dépôts garantis aux déposants conformément au plan de remboursement dès qu'il a reçu le montant que l'organisme de garantie lui a versé selon l'art. 37i, al. 2, LB (art. 44 al. 1 OB).

Cela correspond de facto à un délai de remboursement maximal de 21 jours ouvrés puisqu'esisuisse est tenu par l'art. 37h, al. 3 de la loi sur les banques (LB) de verser le montant des dépôts garantis sous 20 jours au mandataire de la FINMA. Il est également renvoyé en l'espèce à la «Convention des banques et négociants en valeurs mobilières suisses relative à la garantie des dépôts» qui engage les adhérents à verser les sommes requises dans un délai de cinq jours ouvrables bancaires (art. 5, al. 5 de la Convention). Ce bref laps de temps garantit le respect du délai légal de remboursement. Par conséquent, même si l'OB n'indique pas expressément de délai, on peut facilement le déduire de ce qui précède.

Jusqu'alors, seules les «créances manifestement injustifiées» pouvaient être rejetées dans le cadre des prestations de la garantie des dépôts. Par expérience, cette formulation rend très difficile le rejet d'une créance car il faut avoir d'emblée la certitude que les créances apparaissant dans les livres n'existent pas. Comment procéder alors dans les cas où il y a seulement présomption fondée du caractère complètement ou partiellement illégitime d'une créance? Il est en effet concevable que seules certaines écritures créditées sur un compte soient incorrectes, sans que cela remette en cause l'existence de la relation bancaire en tant que telle ou le droit de principe aux prestations de la garantie des dépôts. Se pose en outre la question de savoir si, en cas de soupçon d'infractions liées à une faillite bancaire (p. ex. fraude, titres falsifiés), il ne conviendrait pas d'inverser la règle et de ne rembourser immédiatement que les créances manifestement justifiées. Cette suggestion d'esisuisse a été retenue et l'OB complétée par l'art. 43, al. 3 qui donne, dans de tels cas, la possibilité d'exiger des déposants une preuve de l'existence des créances revendiquées. Aux yeux d'esisuisse, il s'agit d'une condition essentielle pour prévenir d'éventuels abus.



GARANTIE DES DÉPÔTS EN EUROPE

La révision de la directive européenne relative aux systèmes de garantie des dépôts se poursuit. A l'issue des consultations techniques, les Etats membres et les instances de l'UE (en particulier le Parlement européen) ont recherché et trouvé les compromis nécessaires dans le dialogue politique. Le fait que le système de financement de l'UE soit désormais exclusivement basé sur des fonds ex ante n'a suscité aucune objection. Les avis étaient seulement partagés quant au montant du fonds à alimenter. Pour finir, les parties prenantes se sont mises d'accord sur une somme égale à 0,8% des dépôts garantis – un chiffre frappant aux yeux de la Suisse puisqu'il équivaut pratiquement à la liquidité légale exigée dans notre pays, soit 50% du plafond de 6 milliards de francs prévu par notre système. La directive prévoit également une possibilité de doter jusqu'à 30% du fonds avec des titres nantis. Cette possibilité s'inscrit dans le cadre d'un modèle de financement hybride.

Le délai de remboursement des déposants devra être réduit à 7 jours d'ici à 2024. Bien que la directive prévoit plusieurs étapes intermédiaires jusqu'à cet objectif, de nombreux Etats membres vont transposer d'emblée ce délai de remboursement en droit national. Un nouveau standard sera ainsi établi en Europe pour ce qui concerne le délai de remboursement. L'obligation d'information va être également standardisée. En effet, la directive fixe précisément les mentions à indiquer sur les relevés bancaires correspondants ainsi que la forme sous laquelle la garantie des dépôts devra être notifiée aux clients des banques à l'ouverture du compte.

Par ailleurs, la question de savoir si les mécanismes européens de garantie des dépôts devraient intégrer une obligation d'assistance mutuelle et solidaire, a été intensivement débattue. Même si cette idée a été abandonnée au fil des négociations, de nouveaux pas vers l'harmonisation (aboutissant à un système unique de garantie des dépôts au niveau européen) sont tout à fait envisageables à l'avenir – surtout dans la mesure où la directive exige également que cette question soit remise sur la table 5 ans après l'entrée en vigueur de la nouvelle directive. Cette exigence doit être considérée en particulier dans le contexte de l'Union bancaire au sein de la zone euro.

L'affectation initialement prévue des ressources du fonds à l'assainissement d'une banque n'a plus été discutée. Le législateur national peut, toutefois, prévoir cette possibilité. En ce cas, il faut néanmoins respecter le principe du moindre coût: l'assainissement d'une banque doit coûter moins cher au système de garantie des dépôts que le remboursement des dépôts garantis.

European Forum of Deposit Insurers (EFDI)

Il a été constitué, au sein de l'EFDI, une commission structurelle à laquelle participe également esuisse. Objectif: doter l'EFDI d'une structure plus efficace qui pourrait aussi englober un secrétariat professionnel. Au départ simple réseau, l'EFDI est devenu aujourd'hui un partenaire important des institutions européennes. Cette évolution va se poursuivre, d'où la nécessité de procéder à des ajustements structurels. Sont notamment à l'étude le statut des systèmes de garantie des dépôts européens et celui des systèmes des pays hors UE. Il convient par ailleurs de prendre en compte les spécificités des membres de l'EFDI qui sont des organisations de toute nature, telles que banques nationales, services ministériels, institutions gouvernementales et privées.

FINANCIAL SECTOR ASSESSMENT PROGRAM (FSAP)

A l'automne 2013, la Suisse a été soumise à un examen approfondi par le Financial Sector Assessment Program (FSAP) du FMI. Cet examen consiste en une analyse complète du secteur financier d'un pays. Dans le cas de la Suisse, l'évaluation a lieu tous les 5 ans en raison de l'importance systémique du marché financier helvétique. A été notamment vérifiée l'aptitude effective du mécanisme de garantie des dépôts à assumer sa fonction. esisuisse a été prié de transmettre tous les documents nécessaires et de se tenir prêt à répondre aux questions des auditeurs. La Direction générale d'esisuisse a été ainsi interrogée à plusieurs reprises par oral et par écrit.

Les entretiens avec les auditeurs du FMI se sont avérés très instructifs à maints égards. Les experts ont notamment signalé que certains éléments du système suisse, comme la règle des 125% par exemple, sont difficilement compréhensibles. En même temps, ces particularités du système suisse ont retenu tout leur intérêt. De nombreux aspects ont été qualifiés de «remarquables» par les auditeurs. Seul le manque de clarté du système a été critiqué. Les experts ont en revanche salué le fait qu'esisuisse s'efforce de présenter simplement des thématiques complexes. Ils ont en particulier loué la structure du site web et les vidéos d'animation explicatives. Le FMI a abouti à la conclusion que les modèles de financement hybrides comme celui d'esisuisse remplissent parfaitement leur objectif même s'ils sont difficiles à appréhender pour les clients des banques. La publication du rapport est prévue pour le printemps 2014.



INTERNATIONAL ASSOCIATION OF DEPOSIT INSURERS (IADI)

L'IADI a notamment pour mission d'établir des standards internationaux en matière de garantie des dépôts. Ses «Core Principles» (CP) sont actuellement en cours de révision avec la participation active d'esisuisse. Le besoin se fait en effet sentir d'affiner encore ces principes et de prendre en compte les récentes évolutions ainsi que les expériences tirées de la crise financière. esisuisse estime en l'occurrence qu'il faut éviter une régulation excessive et que les principes devraient être formulés de manière à préserver une certaine marge de manœuvre. Par ailleurs, esisuisse soutient l'association dans ses efforts pour intégrer les enseignements de la crise financière dans les principes de l'IADI. Les CP font partie intégrante du FSAP du FMI et de la Banque mondiale (BM). L'IADI est aujourd'hui, à tous égards, un acteur actif de la régulation des marchés financiers internationaux. esisuisse s'implique aussi activement dans ces travaux, son Directeur adjoint étant l'un des experts du FSAP agréés par le FMI.

L'appui d'esisuisse est régulièrement sollicité par des systèmes de garantie des dépôts étrangers qui s'intéressent aux spécificités du système suisse en tant que fonds de garantie d'un important marché financier international. Ces demandes sont traitées dans la mesure des moyens de notre petit Secrétariat. Mais notre Direction veille aussi à ce que les autorités suisses, qui jouent à un autre niveau le rôle d'interlocuteur avec les organisations et ministères étrangers pour les questions touchant à la régulation des marchés financiers, aient une solide connaissance du système de garantie des

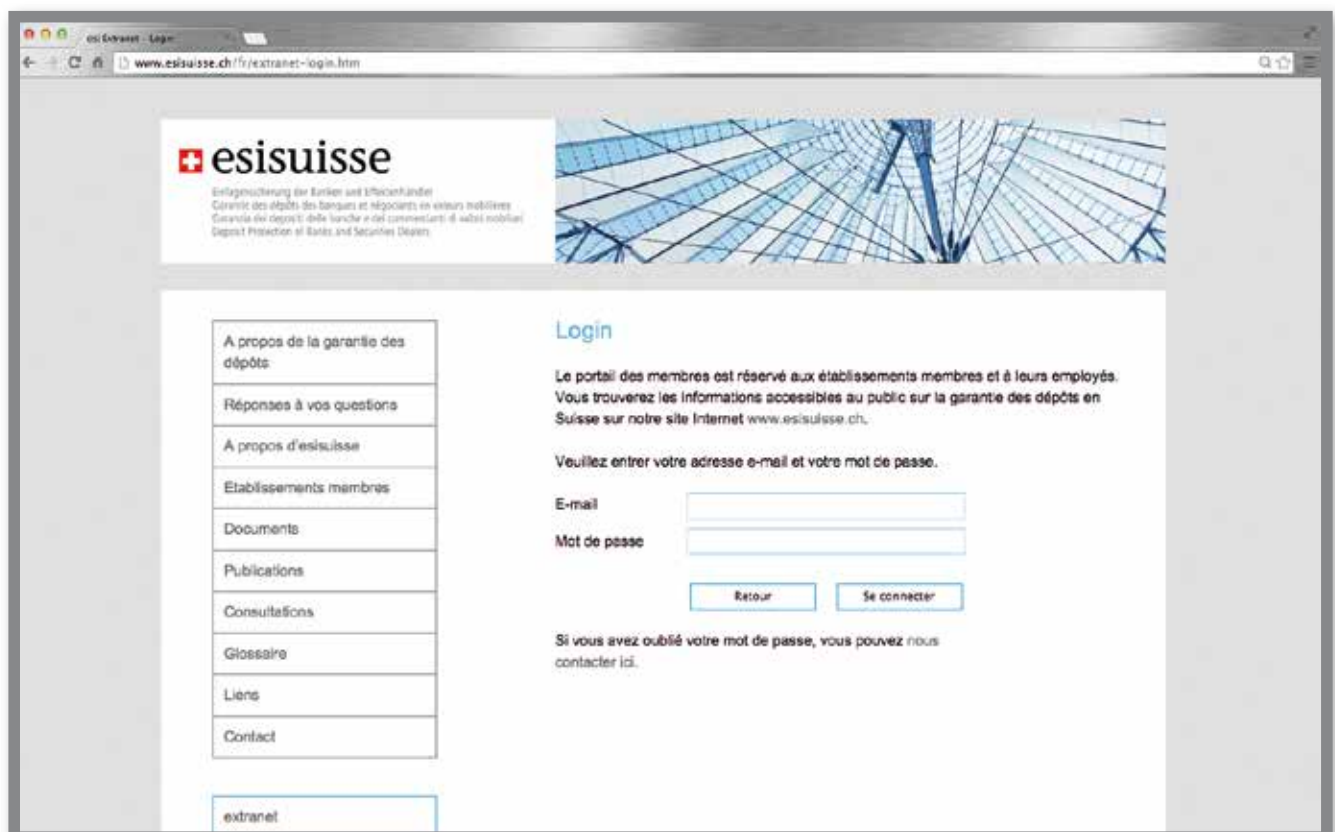


dépôts dans notre pays. Il incombe à la Direction de faire connaître le Secrétariat comme interlocuteur compétent. Aussi soigne-t-elle le contact avec les responsables concernés, par exemple auprès du Secrétariat d'Etat aux questions financières internationales (SFI), du Secrétariat d'Etat à l'économie (SECO) et de la Banque nationale suisse (BNS). Le partenariat avec l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (FINMA), très étroit, s'étend bien entendu aux coopérations internationales.

L'EXTRANET D'ESISUISSE

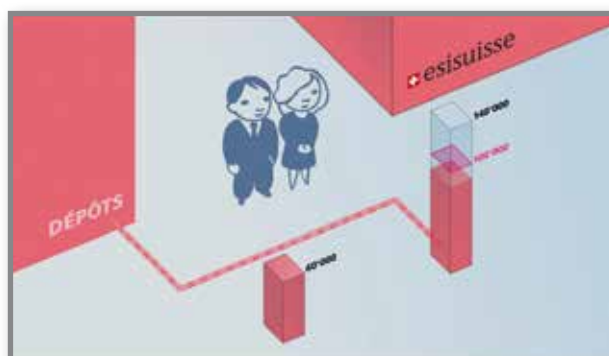
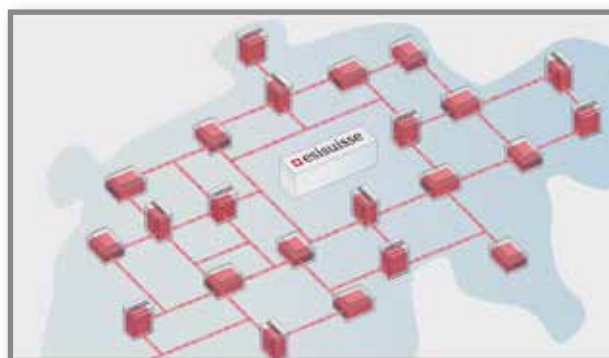
L'extranet d'esisuisse a été lancé en mars 2013. Il permet au Secrétariat de communiquer directement et efficacement avec les membres d'esisuisse par le biais d'un portail protégé. Dès la publication de nouveaux contenus concernant la garantie des dépôts, les membres sont avertis par un courriel du Secrétariat et peuvent immédiatement consulter ces informations, communiqués et autres documents en toute simplicité. De nos

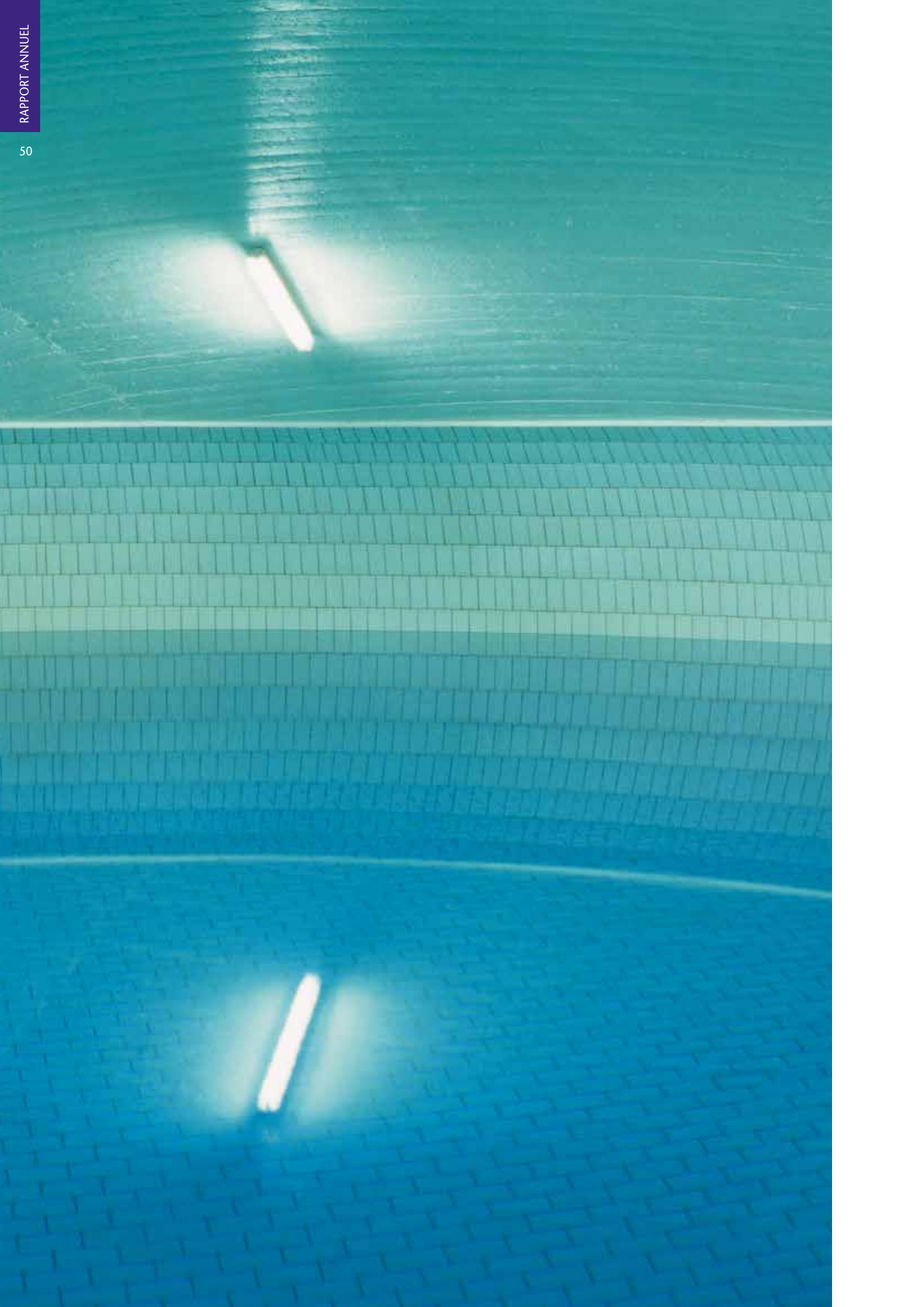
jours, une plateforme de communication permettant une diffusion rapide des contenus est absolument indispensable. Au vu du rôle crucial joué par esisuisse dans le système financier, une communication efficace et rapide s'avère primordiale.



POUR UNE DIFFUSION TOUS AZIMUTS DE L'INFORMATION

Depuis 2012, esisuisse poursuit résolument l'objectif de communiquer en termes univoques et simples avec le public. Nous veillons en particulier à employer un langage compréhensible, sans mots étrangers inutiles ni formulations compliquées. Dans cette optique, notre site www.esisuisse.ch s'attache à répondre de manière simple et claire à toutes les questions ayant trait à de la garantie des dépôts. Les contenus font le tour du sujet et sont faciles à consulter. Tant les clients que les prestataires de services financiers trouvent rapidement et précisément sur ce site les informations qu'ils recherchent. La clarté du visuel met en valeur les contenus structurés. Pour renforcer encore la compréhension et la confiance dans le système de garantie des dépôts et apporter un éclairage supplémentaire sur ces thèmes complexes, esisuisse a publié en 2013 trois films d'animation. Le système est expliqué de manière instructive et sympathique sous les titres «Qu'est-ce que la garantie des dépôts?», «Exemples de garantie des dépôts» et «Comment fonctionne la garantie des dépôts?». Le premier court métrage présente le rôle et le fonctionnement d'esisuisse. Le deuxième montre, à l'aide de trois exemples, comment se déroule le versement des dépôts garantis. Le troisième est consacré au principe de solidarité dans le système financier suisse. Ces vidéos peuvent être visionnées en français, allemand, italien et anglais depuis la page d'accueil d'esisuisse ou directement à la rubrique www.esisuisse.ch/fr/publikationen/filme.htm. On les trouve également sur YouTube.





C'EST EN TEMPS DE CRISE QUE L'ON VOIT LA VÉRITABLE SOLIDITÉ

En Suisse, le secteur financier repose sur un fondement très solide. La place financière suisse jouit d'une excellente réputation au niveau international et représente un havre de sécurité pour les dépôts. Des déposants du monde entier placent leur argent auprès d'un établissement suisse et accordent leur confiance à nos banques et négociants en valeurs mobilières. Près de la moitié des clients des établissements membres d'esisuisse ne vivent pas en Suisse.

Toutefois, comme le montrent les discussions et débats qui se poursuivent depuis le début de la crise financière en 2008, aucune place financière de la planète n'est complètement à l'abri des crises. De multiples idées et propositions ont été émises pour renforcer le système financier et en accroître encore la sécurité. En Suisse aussi, les nouvelles exigences et conditions pour garantir la solidité d'une place financière sont débattues, et parfois déjà mises en œuvre. Ont été par exemple adoptées, dans le cadre de la thématique «too big to fail» (TBTF), de nouvelles règles relatives aux exigences de fonds propres, de liquidité, de diversification du risque et d'organisation pour les banques d'importance systémique. Outre ces nouvelles dispositions, il convient aussi de mentionner Bâle III et l'introduction du volant anticyclique de fonds propres sur le marché hypothécaire. Mais pour instaurer une confiance de nature à persister même en cas de crise, la place financière suisse a surtout besoin d'une chose: un système de garantie solide.

Avec la garantie des dépôts esisuisse, la Suisse bénéficie d'un système unique au monde: un modèle autorégulé et solidaire qui a fait ses preuves à plusieurs reprises depuis 2007.

En situation d'urgence, c'est non seulement la rapidité du remboursement aux déposants qui compte, mais aussi la qualité de la communication. Lorsque les déposants et le public posent par exemple des questions touchant au versement ou à la garantie des dépôts en général, il convient de donner des réponses claires et d'être un interlocuteur fiable.

Préparation de la communication de crise

Une crise est difficile à prévoir. Elle survient à un moment indéterminé, et sa durée et son évolution ne peuvent être pronostiquées avec certitude. Aussi convient-il de préparer et de planifier soigneusement à l'avance les processus nécessaires. La préparation de la communication de crise joue en l'occurrence un rôle essentiel. En cas de crise, esisuisse est à même de transmettre une information immédiate, exhaustive et compréhensible à travers les canaux de communication habituels.

Site web et hotline de crise

En cas de crise, esisuisse recourt à deux principaux canaux de communication spécialement prévus à cet effet: son site web et sa hotline. Il s'agit alors de fournir une information instantanée, ciblée et détaillée de la situation. Deux mesures permettent d'assurer cette information. Tout d'abord, le site habituel d'esisuisse est momentanément remplacé par une nouvelle page d'accueil où sont communiqués l'ensemble des informations et faits disponibles. Cette page d'accueil provisoire est consultable comme d'habitude à l'adresse www.esisuisse.ch. D'autre part, esisuisse va désormais recourir à un autre canal de communication: une hotline spécialement mise en place pour répondre aux questions concernant l'événement. Les personnes qui le souhaitent peuvent ainsi, en cas de crise, adresser directement leur demande à esisuisse. esisuisse est convaincu que la communication constitue aujourd'hui un élément essentiel pour répondre aux besoins des clients et leur prodiguer un service de qualité et que, de surcroît, elle renforce la confiance dans le système de garantie des dépôts et dans la place financière en général.



PREFAZIONE



Gentili signore, egregi signori

Il 2013 è stato caratterizzato da costanti dibattiti sulle lezioni che devono essere apprese dall'attuale crisi finanziaria. Nel corso dell'anno molti progetti di regolamentazione sono andati in porto o hanno comunque fatto registrare progressi decisivi. In tale ambito è stato affrontato anche il tema della garanzia dei depositi in Svizzera: esisuisse, al pari della legislazione in materia di garanzia dei depositi, sono stati infatti oggetto del Financial Sector Assessment Program (FSAP), condotto dal Fondo Monetario Internazionale (FMI).

La fiducia di base nella piazza finanziaria svizzera è concreta e duratura, e a ciò contribuisce in misura determinante anche il sistema di esisuisse. La sua Relazione annuale per l'esercizio 2013 si presenta quindi all'insegna della sicurezza e della sostenibilità. esisuisse funziona infatti come un «serbatoio» a cui è possibile attingere in caso di emergenza. Se nell'eventualità di un fallimento è necessaria della liquidità, attraverso i «canali» allestiti da esisuisse questa può defluire rapidamente e giungere subito ai depositanti. La costituzione di un simile «serbatoio esisuisse» è molto conveniente sotto il profilo economico, e al contempo offre un elevato livello di sicurezza operativa. Qualora sia necessario attingervi, il serbatoio può essere infatti «riempito» entro brevissimo tempo e impiegato in modo ottimale. Del resto, benché il sistema di esisuisse evidenzia una notevole solidità e sostenibilità anche sotto il profilo della struttura, sono tuttavia molte le voci a ritenere che questo approccio non sia abbastanza completo. Operare in modo sostenibile significa tuttavia soddisfare le proprie esigenze senza pregiudicare la possibilità per le generazioni future di fare altrettanto. Anche esisuisse agisce secondo questa massima, in quanto in assenza di episodi di insolvenza la liquidità resta presso i membri affiliati.

La comunicazione di esisuisse è finalizzata all'obiettivo di avvicinare e rendere comprensibile e ben «visibile» il sistema a tutti i clienti delle banche e dei commercianti di valori mobiliari in Svizzera. Anche la veste grafico-visiva della Relazione annuale è funzionale a questo scopo. Per la maggior parte delle persone, la forma e l'estetica dei serbatoi idrici sarà probabilmente del tutto sconosciuta. A un primo sguardo le fotografie non permettono di riconoscere ciò che in realtà mostrano. Invitano quindi a riflettere, e al contempo cercano di presentare al lettore questo mondo nascosto in maniera chiara e con immagini stimolanti.

Auguro a tutti voi una piacevole e interessante lettura di questa Relazione annuale.

A handwritten signature in blue ink, consisting of several fluid, connected strokes.

Dr Patrik Gisel, Presidente

BEN RODATO E INTERCONNESSO A LIVELLO MONDIALE

Al Segretariato, con sede a Basilea, fanno capo tutte le attività di esisuisse: qui vengono gestite tutte le operazioni correnti ed elaborati i casi di applicazione, coordinati i progetti dell'associazione e preparate le riunioni del Consiglio direttivo e delle assemblee dei membri. Le delibere assunte in occasione delle riunioni del Consiglio direttivo sono attuate dal Segretariato, il quale amministra anche il patrimonio dell'associazione. Ai sensi degli Statuti, il Segretariato comunica con i propri membri, le autorità, i clienti bancari e il pubblico generale in Svizzera e all'estero con l'obiettivo di rendere noto il funzionamento della garanzia dei depositi in Svizzera e rafforzare la fiducia nella sicurezza del sistema bancario elvetico. Il Segretariato partecipa inoltre attivamente alla preparazione di atti normativi; un esempio attuale a riguardo è il contributo di esisuisse alla revisione dell'Ordinanza sulle banche (OBCR). Il Segretariato è parimenti coinvolto nell'allestimento di ulteriori atti normativi, ordinanze o leggi. esisuisse collabora inoltre con organizzazioni internazionali (ad es. European

Forum of Deposit Insurers (EFDI), International Association of Deposit Insurers (IADI)) che si occupano di questioni attinenti alla garanzia dei depositi e alla stabilità finanziaria. Il Direttore di esisuisse rappresenta l'Associazione svizzera dei banchieri in due gruppi di lavoro della Federazione bancaria europea (EBF-FBE) e siede sia nel Consiglio direttivo dell'EFDI, sia nell'Executive Committee della IADI. Il Vicedirettore ricopre il ruolo di Examiner nei programmi di verifica del Fondo Monetario Internazionale (FMI) per conto della IADI, mentre la responsabile della comunicazione è membro del gruppo di lavoro per la comunicazione dell'EFDI.

Alla guida del Segretariato di esisuisse si trovano Patrick Loeb in veste di Direttore e Lucas Metzger come Vicedirettore. La responsabilità per la comunicazione compete a Isabelle Rösch, mentre da novembre 2013 le attività di amministrazione del Segretariato sono affidate alla nuova collaboratrice Christine Blumer.



Da s.a.d.: Patrick Loeb, Isabelle Rösch, Christine Blumer e Lucas Metzger

DA TUTTE LE DIREZIONI PER UN OBIETTIVO COMUNE

esisuisse è stata fondata il 24 agosto 2005 come associazione «Garanzia dei depositi delle banche e dei commercianti di valori mobiliari svizzeri», con sede a Basilea. L'associazione, iscritta nel Registro di commercio, ha il compito di farsi carico e, in caso di applicazione, di attuare i provvedimenti di autodisciplina ai sensi dell'art. 37h della Legge sulle banche (LBCR).

esisuisse è quindi investita del mandato legale di garantire la copertura dei patrimoni dei clienti presso gli istituti bancari in Svizzera. Gli organi dell'associazione esisuisse sono l'Assemblea dei membri, il Consiglio direttivo e l'Ufficio di controllo.

Il Consiglio direttivo di esisuisse è costituito dai seguenti membri:



Dr Patrik Gisel
Raiffeisen Svizzera società
cooperativa, Presidente



Barend Fruithof
Credit Suisse AG
Vicepresidente



Dr Hannes Glaus
Associazione svizzera dei
commercianti indipendenti
di valori mobiliari



Heinz Hofer
Cembra Money Bank AG



Heinz Kunz
Banca Cantonale di Zurigo



Lucas Metzger
Associazione svizzera dei
banchieri



Brunello Perucchi
Banca Popolare di Sondrio
(Suisse) SA (fino al 31 dicembre
2013)



Christian Torriani
Cornèr Banca SA
(dal 6 maggio 2013)



Christine Novakovic
UBS AG



Pius C. Schwegler
RBA-Holding AG



Alessandro Seralvo
Cornèr Banca SA
(fino al 30 aprile 2013)



Thomas M. Steinebrunner
Rahn & Bodmer Co.

IL NOSTRO SERBATOIO GARANTISCE SICUREZZA

La Svizzera è annoverata tra le piazze finanziarie più sicure a livello mondiale. Uno dei fattori alla base di questa sicurezza è costituito proprio da esisuisse, la Garanzia dei depositi delle banche e dei commercianti di valori mobiliari svizzeri. La Legge sulle banche del 2005 impone a tutte le succursali svizzere di banche e commercianti di valori mobiliari di attuare una garanzia dei depositi privilegiati attraverso l'Associazione di garanzia dei depositi esisuisse. In caso di insolvenza proclamata da parte di una banca o un commerciante di valori mobiliari in Svizzera, gli altri membri di esisuisse mettono tempestivamente a disposizione i fondi necessari. Questo sistema solidale assicura che i clienti della banca insolvente possano ricevere i loro depositi garantiti entro un mese. Nella fattispecie, la garanzia copre i depositi per un valore complessivo massimo di CHF 100 000 per depositante.

Qualora un istituto divenga insolvente, l'Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari FINMA predispone le opportune misure di protezione e designa un liquidatore fallimentare. Questi verifica quanta liquidità è ancora presente nell'istituto e quanto denaro è dovuto a clienti (risparmiatori e investitori), collaboratori, fornitori e altri.

Come funziona la garanzia da parte di esisuisse?

La garanzia dei depositi funziona in Svizzera come un fondo di copertura. Tutte le banche e i commercianti di valori mobiliari in Svizzera sono affiliati per legge all'associazione esisuisse, e in quanto tali sono obbligati a detenere congiuntamente un importo di CHF 3 miliardi sotto forma di liquidità straordinaria a favore di esisuisse. Il rispetto di questi requisiti è oggetto di controlli periodici da parte della FINMA. Se una banca o un commerciante di valori mobiliari in Svizzera divengono insolventi, gli altri operatori affiliati mettono tempestivamente a disposizione di esisuisse i fondi necessari. Questo sistema di garanzia solidale consente di rifondere rapidamente ai clienti i depositi garantiti detenuti presso una banca insolvente. In seguito, al momento della liquidazione della banca gli istituti finanziari ricevono il rimborso delle quote versate, a

condizione che risultino disponibili mezzi sufficienti per soddisfare i creditori della seconda classe fallimentare. La regola del 125%, le disposizioni in materia di liquidità e numerosi altri requisiti normativi garantiscono quindi una sufficiente riserva di sicurezza. Il rispetto di queste disposizioni è sottoposto a un costante monitoraggio da parte della FINMA.

Classi di creditori

Ogni soggetto a cui spetta del denaro viene denominato «creditore». In occasione della liquidazione di un istituto, queste persone vengono suddivise in tre gruppi, le cosiddette classi di creditori, le quali stabiliscono chi – in sede di liquidazione – deve essere considerato in via prioritaria assoluta, e poi con seconda e con terza priorità. La prima classe di creditori comprende ad esempio i collaboratori dell'istituto che non hanno ancora ricevuto i salari arretrati. La seconda classe include tra l'altro tutti i depositi bancari privilegiati fino a un importo massimo di CHF 100 000 per depositante e per istituto. La parte più cospicua dei crediti rientra di norma nella terza classe di creditori.

C'è deposito e deposito

In linea generale, per «deposito» si intende l'averne che un cliente detiene presso un istituto. Può trattarsi ad esempio di averi di privati, aziende e organizzazioni. Un ruolo particolare è rivestito da due tipologie di depositi: da un lato quelli «privilegiati» sotto il profilo del diritto fallimentare, e dall'altro quelli «privilegiati e garantiti». Per esisuisse risultano determinanti soltanto questi ultimi, e da ciò deriva anche la denominazione «garanzia dei depositi». Nella categoria dei depositi «privilegiati e garantiti» rientrano gli averi depositati su un

- conto privato
- conto di risparmio
- conto investimento
- conto stipendio
- conto cifrato
- conto di deposito, oppure
- conto corrente

Fanno parte di questa categoria anche le obbligazioni di cassa intestate a nome del cliente e depositate presso la banca emittente.

Depositi privilegiati

Come già accennato, i depositi classificati esclusivamente come «privilegiati» non sono garantiti da esisuisse. Si tratta ad esempio di depositi relativi a un conto di libero passaggio o a un conto per la previdenza di vecchiaia del terzo pilastro. In questo caso, la denominazione «privilegiato» indica che la corresponsione in via privilegiata di un importo fino a CHF 100 000 come parte della seconda classe di creditori può essere effettuata soltanto se, dopo la liquidazione dell'istituto insolvente, risultano disponibili mezzi sufficienti per soddisfare questa classe di creditori.

La particolarità della Svizzera

Se in Svizzera un istituto cade in uno stato di insolvenza e l'apertura di una procedura fallimentare risulta imprescindibile, la FINMA impone una misura di protezione e designa un liquidatore. Quest'ultimo stabilisce se l'istituto è in grado di indennizzare autonomamente i depositanti oppure se è necessario l'intervento di esisuisse. A questo punto sono possibili tre scenari:

a) L'istituto insolvente dispone di sufficiente liquidità per coprire i depositi «privilegiati e garantiti». I depositanti titolari di questa tipologia di depositi vengono dunque indennizzati fino a un importo massimo di CHF 100 000. Se ad esempio si ha un deposito garantito di CHF 150 000, si riceveranno subito CHF 100 000, mentre i restanti CHF 50 000 saranno inclusi nella terza classe di creditori. Una volta conclusa la procedura fallimentare, i creditori della terza classe riceveranno una quota di riparto dell'attivo residuo (c.d. «dividendo fallimentare»). In questo scenario esisuisse non deve intervenire.

b) La liquidità dell'istituto insolvente è sufficiente per coprire sia i depositi «privilegiati e garantiti» dei clienti, sia anche quelli soltanto «privilegiati». Questi ultimi saranno tuttavia rimborsati soltanto dopo la conclusione della procedura di liquidazione. Se ad esempio si detengono presso una banca depositi su conti salario e d'investimento e inoltre un conto di previdenza 3a, da un lato si riceverà un importo massimo di CHF 100 000 dai conti salario e d'investimento e dall'altro un importo massimo di CHF 100 000 dal conto di previdenza. Anche in questo scenario esisuisse non deve intervenire.

c) L'istituto insolvente non dispone di liquidità sufficiente per fare fronte al pagamento dei depositi «privilegiati e garantiti». In questo caso esisuisse interviene con un anticipo di liquidità, garantendo che gli investitori ricevano quanto prima questi depositi fino a concorrenza di una somma di CHF 100 000.

La regola del 125%

Una regola fissata nella Legge sulle banche prescrive che tutti i depositi privilegiati debbano essere garantiti mediante attivi detenuti in Svizzera. In questo modo si viene a creare una certa riserva che in caso di fallimento dovrebbe essere sufficiente per fare fronte alle pretese avanzate da tutti i creditori della prima e della seconda classe fallimentare. Ciò implica che, in un caso ordinario, l'intervento del fondo di garanzia di esisuisse non risulta necessario. La regola del 125% fa inoltre sì che i valori patrimoniali di tutti i clienti di un istituto rimangano all'interno della Svizzera.

«UN ARRICCHIMENTO PER IL PANORAMA DELLE GARANZIE DEI DEPOSITI IN EUROPA»

Al colpo d'occhio, il sistema svizzero di garanzia dei depositi appare sorprendente! Si è infatti subito colpiti dalla linearità della struttura sul piano legislativo. Da un lato i principi cardine sono ovviamente codificati nella legislazione, ma dall'altro la parte preponderante del sistema è lasciata all'autodisciplina del settore finanziario. Un simile approccio impressiona per la sua semplicità, in quanto nel resto dell'Europa – UE/SEE, ma anche molti candidati all'adesione UE e Paesi confinanti – i sistemi di garanzia sono regolamentati dall'ormai corposa Direttiva UE relativa ai sistemi di garanzia dei depositi. Mentre la prima direttiva 94/19/CE riconosceva ancora agli Stati membri un notevole margine di manovra nel recepimento a livello nazionale, a partire dal 2015 con la nuova direttiva UE – già approvata a livello politico – sarà creata un'armonizzazione pressoché integrale dei sistemi nazionali. Resta da vedere se questo approccio sarà sempre in grado di favorire l'attuazione di strutture efficienti e di tenere in debita considerazione le peculiarità nazionali. D'altro canto, davanti a un quadro normativo snello come il «modello svizzero», viene da domandarsi se effettivamente queste funzioni in caso di bisogno.

Anticipiamo subito la risposta: sì, funziona, e anche molto bene. Alcuni aspetti si prestano peraltro ad essere implementati in una forma o nell'altra anche all'estero. Le esperienze raccolte in Svizzera ad esempio in materia di corresponsione in via prioritaria dei mezzi liquidi disponibili a favore dei depositanti protetti sono impressionanti, e risparmiano il «passaggio intermedio» del finanziamento attraverso un sistema di garanzia dei depositi. È giusto che per la copertura degli averi

dei clienti siano utilizzati in prima battuta i mezzi dell'istituto insolvente. Grazie a questa norma non solo viene rafforzata l'efficienza della garanzia dei depositi, bensì in molti casi le banche possono essere poste in liquidazione senza l'impiego di capitali dello stesso fondo di garanzia.

Un requisito imprescindibile per questa prerogativa è il privilegio d'insolvenza sancito dal diritto svizzero per i depositi protetti da esisuisse. Un principio che l'UE sta implementando soltanto adesso nel proprio ordinamento giuridico a seguito della lezione appresa con la crisi di Cipro. La prioritizzazione dei depositi privilegiati fa in modo che il sistema solidale della garanzia dei depositi non venga sottoposto a sollecitazioni eccessive, in quanto i depositi sono coperti perlopiù al 100% nell'ambito della procedura di insolvenza. Anche questo aspetto consente una maggiore tutela della liquidità per esisuisse, in quanto i mezzi stanziati rifluiscono con maggiore rapidità senza che al contempo si abbia un aggravio a seguito di inutili perdite d'interessi. Di conseguenza, la garanzia dei depositi può essere ripristinata a pieno regime in tempi più ristretti in vista di eventuali casi di liquidazione futuri. Attraverso l'impiego della liquidità disponibile è inoltre possibile fare fronte senza eccessivi problemi anche a casi di notevole portata.

La regola del 125% sancita dalla legge, secondo cui i depositi protetti devono essere garantiti da attivi depositati in Svizzera in misura pari al 125%, costituisce un ulteriore aspetto interessante di esisuisse. A tale riguardo si può senz'altro parlare di una «lesson learned» nell'ambito della crisi bancaria islandese. Per la Svizzera si tratta sicuramente di un mezzo di comprovata efficacia per avere la certezza che nel Paese sia disponibile una massa di fondi sufficiente con cui fare fronte ai crediti dei depositanti in caso di liquidazione di un istituto. Resta da vedere se, in una delle prossime revisioni della Direttiva UE relativa ai sistemi di garanzia dei depositi, questa idea attecchirà anche a livello comunitario – sempre che la stessa risulti compatibile con il diritto UE.

Alla luce delle disposizioni dei Core Principles sulla garanzia dei depositi fissate dal Comitato di Basilea e dalla IADI, soltanto questi principi di base del sistema svizzero giustificano il mantenimento del finanziamento ex post della garanzia dei depositi. Ma questa forma di finanziamento deve dare prova della propria sostenibilità in una prospettiva di lungo periodo. La tendenza internazionale va invece in direzione di un finanziamento ex ante, nel cui ambito i fondi necessari per eventuali indennizzi sono raccolti attraverso il versamento di contributi annuali da parte delle banche affiliate. La regola del 125%, nonché il privilegio riconosciuto ai depositi nella procedura di insolvenza e il loro rimborso con l'impiego prioritario della liquidità disponibile, si traducono tuttavia in una minimizzazione del rischio di attingere effettivamente alla garanzia dei depositi. La Svizzera prevede inoltre per le banche una liquidità straordinaria chiaramente regolamentata e monitorata. I membri di esisuisse detengono costantemente nella pro-

pria contabilità una riserva di liquidità straordinaria a favore della garanzia dei depositi. In caso di indennizzo, risulta così possibile mettere a disposizione in qualsiasi momento entro brevissimo tempo un importo di CHF 3 miliardi. Forse il legislatore UE aveva in mente questo modello quando nella nuova Direttiva UE ha previsto come parte dei fondi di garanzia dei depositi i cosiddetti «payment commitments» irrevocabili da parte delle banche.

Non tutte le peculiarità del modello svizzero di garanzia dei depositi potranno forse essere replicate in Europa, in quanto molti aspetti di un sistema di garanzia sono soggetti alle fattispecie degli Stati membri e costituiscono il risultato di decisioni politiche (a livello nazionale oppure a Bruxelles). L'approccio di esisuisse – al pari di numerosi altri benchmark della piazza finanziaria svizzera – costituisce peraltro un pungolo sempre benvenuto per esaminare criticamente il proprio sistema e valutare eventuali possibilità di miglioramento. esisuisse e il suo modello non esattamente consueto costituiscono pertanto un arricchimento per il panorama delle garanzie dei depositi in Europa e per il più ampio dibattito su questo importante argomento.



Dirk Cupei

*Responsabile di settore
Stabilità dei mercati finanziari,
Bundesverband deutscher
Banken (Associazione federale
delle banche tedesche)
Direttore, Entschädigungsein-
richtung deutscher Banken
GmbH (Istituto di indennizzo
delle banche tedesche Sagl)*



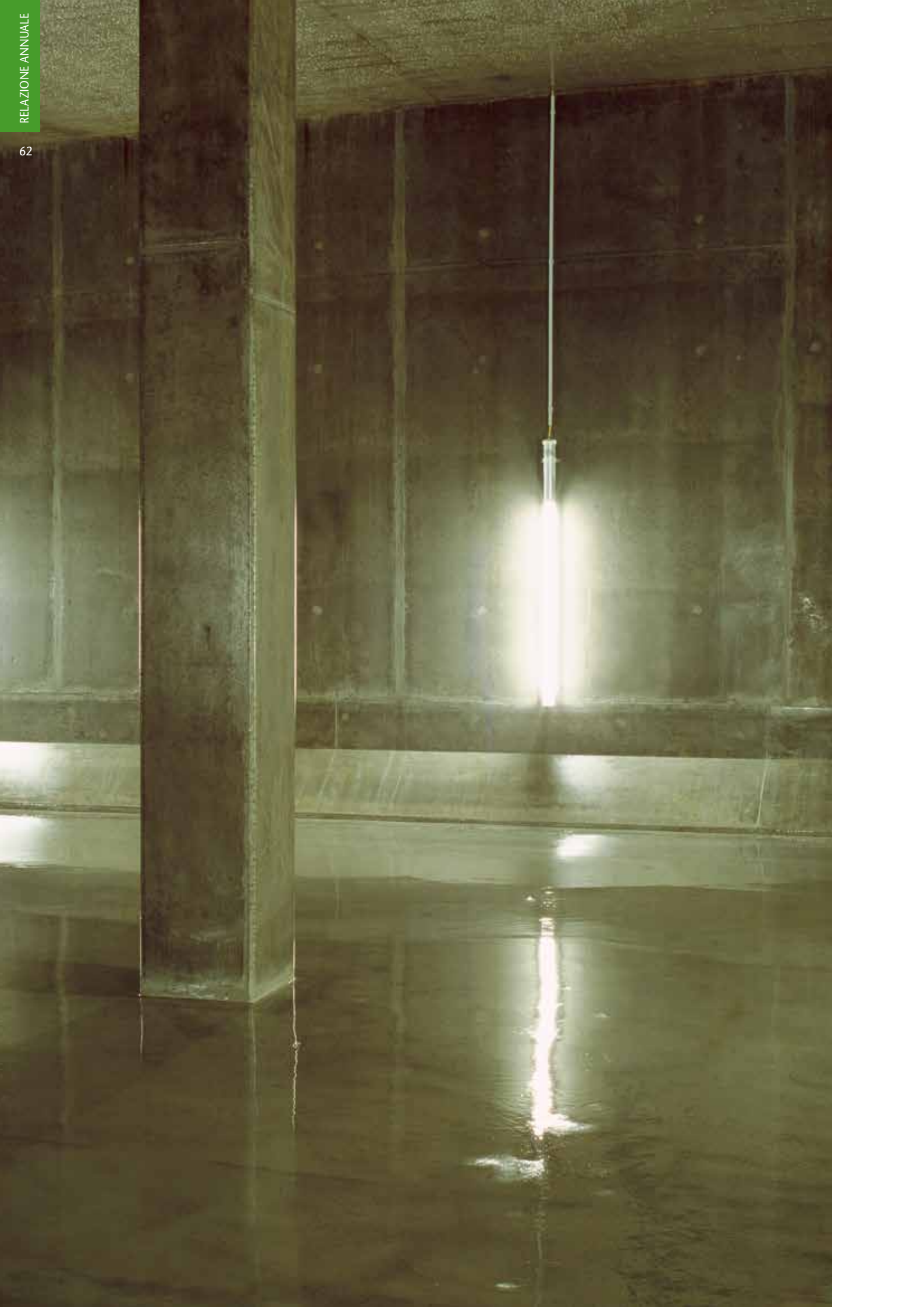
PR DI GRANDE EFFICACIA PER ESISUISSE

Il Segretariato di esisuisse ha organizzato il 27 agosto 2013 un incontro con i media. Patrick Loeb (Direttore di esisuisse) ha informato i rappresentanti dei media circa tutti i principali elementi e le caratteristiche del sistema svizzero di garanzia dei depositi. In particolare, egli ha sottolineato come il modello elvetico sia unico nella sua forma di attuazione e non risulti raffrontabile in maniera speculare con nessun altro sistema estero.

In quanto membri di esisuisse, le banche e i commercianti di valori mobiliari operativi in Svizzera si fanno carico della garanzia dei depositi privilegiati. L'incontro con i rappresentanti dei media ha costituito una buona occasione per illustrare le mansioni e la struttura di esisuisse e per poter confrontarsi con domande concrete. I giornalisti presenti hanno molto apprezzato la possibilità sia di ottenere una spiegazione circostanziata delle differenze rispetto ai sistemi adottati negli altri Paesi europei, sia di intavolare in seguito un dibattito costruttivo. La presentazione è stata imperniata sulla rielaborazione della Direttiva UE in materia di garanzia dei depositi, e un aspetto particolarmente dibattuto è stata la questione del finanziamento ex ante. Patrick Loeb ha spiegato che sia l'UE, sia la Svizzera si basano sostanzialmente su sistemi ibridi. Analogamente a quanto avviene nell'UE, in Svizzera il principio della liquidità straordinaria va in ultima analisi a costituire un fondo, il quale non viene però gestito direttamente dalla Garanzia dei depositi. Ma anche l'UE adotta un elemento ibrido: a seguito di una proposta della Commissione, il fondo può essere costituito non solo con importi in contanti, bensì anche con titoli costituiti in pegno. È presumibile che l'UE fisserà l'ammontare del fondo in misura pari all'1% circa dei depositi garantiti. In considerazione del tetto massimo di copertura definito a CHF 6 miliardi, il valore di raffronto per la Svizzera corrisponde a circa l'1,4%. Patrick Loeb si è mostrato scettico circa il fatto che un fondo direttamente amministrato come quello previsto dall'UE possa funzionare meglio. Nel modello Svizzero, CHF 3 miliardi possono essere mobilitati in brevissimo tempo. L'apposita verifica condotta in tale senso dalla FINMA assicura altresì che le banche possano effettivamente dare seguito a tale richiesta. Un fondo che gestisce direttamente i propri averi è vincolato in ultima analisi alla capacità del mercato di assorbire le vendite dei titoli in portafoglio che si rendono necessarie in brevissimo tempo. Il finanziamento dei fondi da distribuire ai depositari attraverso la costituzio-

ne in pegno di tali titoli a favore di una banca centrale può certo prevenire effetti non auspicati di distorsione del mercato; ma anche questa è già a sua volta una limitazione della «pura dottrina». È stato poi affrontato anche il tema del tetto massimo di sistema fissato a CHF 6 miliardi. Patrick Loeb ha innanzitutto sottolineato come questo importo non sia un parametro fisso e immutabile, in quanto è stato innalzato nel corso degli ultimi due decenni da CHF 1 miliardo prima a CHF 4 miliardi e poi agli attuali CHF 6 miliardi. Secondo Loeb è comunque imprescindibile mantenere il principio di base di un limite massimo ben definito, in quanto questa soglia indica il punto fino al quale gli interventi a favore dei clienti delle singole banche incidono sulla stabilità del mercato nel suo complesso. In sostanza, prosegue Loeb, la garanzia dei depositi non costituisce una sorta di assicurazione per il mercato finanziario, bensì un dispositivo che in caso di fallimento di una banca interviene a fianco dei clienti. Questa argomentazione è stata accolta molto positivamente ed è stata inclusa nella rendicontazione dell'evento. I giornalisti hanno inoltre espresso il desiderio di proseguire il ciclo di incontri con esisuisse. Anche dal punto di vista del Segretariato è auspicabile che in futuro i media si interessino maggiormente alla tematica della garanzia dei depositi.

Il colloquio tra esisuisse e i rappresentanti dei media è stato il primo di questo genere, e la risultante rendicontazione dell'evento ha prodotto un'eco assolutamente positiva in termini di PR. Poiché esisuisse non svolge alcuna attività di marketing attivo – nemmeno attraverso i suoi membri – il dialogo con i media sotto forma di incontri di questo tipo è essenziale. In questo modo vengono infatti fornite importanti informazioni ai consumatori, ovvero ai clienti bancari, e la diffusione delle stesse contribuisce a plasmare direttamente l'immagine di esisuisse.



PROCEDURA DI CONSULTAZIONE PER L'ORDINANZA SULLE BANCHE (OBCR)

L'Ordinanza sulle banche precisa le disposizioni sancite nella Legge sulle banche (LBCR). Costituisce una fonte di diritto autonoma e, per quanto concerne le disposizioni in materia di garanzia dei depositi, ha una notevole rilevanza quando si tratta di definire principi che di per sé non hanno carattere legislativo. Nel 2013 l'OBCR è stata sottoposta a un riordino e a una rielaborazione completa da parte del Dipartimento federale delle finanze (DFF); si tratta quindi di una cosiddetta revisione totale. Nell'ambito di questi lavori, i partiti politici e le istanze direttamente interessate hanno potuto prendere posizione sulle proposte del DFF e apportare anche soluzioni proprie. esisuisse si è avvalsa di questa possibilità, sebbene come di consueto gli input si siano limitati all'ambito della garanzia dei depositi. Sostanzialmente, esisuisse ha presentato due proposte:

1. l'introduzione di un termine di pagamento chiaramente definito e
2. un'inversione dell'onere della prova in presenza di elementi che indicano manipolazioni dei libri contabili nell'ambito di un fallimento bancario.

Il termine di pagamento chiaramente definito costituisce una sollecitazione basata sulle corrispondenti disposizioni internazionali, come ad es. i «Core Principles» (CP) della IADI, riconosciuti da tutte le organizzazioni rilevanti a livello internazionale. Ai sensi del CP 17, è essenziale non solo che il pagamento avvenga in modo rapido, bensì anche che ai depositanti siano comunicati con chiarezza i termini dello stesso. Questa proposta non è stata recepita letteralmente, ma la versione dell'OBCR in vigore dal 1° gennaio 2015 sancisce comunque quanto segue:

Il mandatario paga ai depositanti i depositi garantiti in base al piano di pagamento, non appena il responsabile della garanzia dei depositi gli versa l'importo ai sensi dell'articolo 37i capoverso 2 LBCR. (Art. 44 cpv. 1 OBCR).

Di fatto, ciò si traduce in un termine di pagamento massimo di 21 giorni lavorativi, in quanto ai sensi dell'art. 37h cpv. 3 della Legge sulle banche (LBCR) esisuisse deve versare la somma dei depositi garantiti al mandatario FINMA entro un termine massimo di 20 giorni lavorativi. In questo contesto si rimanda anche alla «Convenzione delle banche e dei commercianti di valori mobiliari svizzeri» (la Convenzione), con la quale i membri aderenti si impegnano a versare i contributi entro un termine di cinque giorni lavorativi bancari (art. 5 cpv. 5 Autodisciplina). Questa tempistica ridotta garantisce che il termine di pagamento fissato dalla legge possa essere effettivamente rispettato. Per quanto nell'OBCR non sia stato fissato alcun termine esplicito, lo stesso risulta pertanto facilmente desumibile.

In relazione alle prestazioni della garanzia dei depositi, finora era possibile rifiutare soltanto i «crediti manifestamente ingiustificati». Dalla prassi operativa appare evidente che questa formulazione rende molto difficoltoso rifiutare un credito, in quanto fin dall'inizio deve essere chiara l'inconsistenza dei crediti riportati nella contabilità. Come è dunque necessario procedere nei casi in cui sussiste soltanto una presunzione motivata che un credito sia parzialmente o integralmente ingiustificato? È pensabile che solo determinati accrediti su una relazione bancaria siano errati, mentre la relazione di per sé è operativa a tutti gli effetti e consente di avanzare un diritto sostanziale alle prestazioni della garanzia dei depositi. Si è inoltre posta la questione se, in caso di sospetto circa atti illeciti in relazione a un fallimento bancario (ad es. frode, falsità in documenti, ecc.) non debba trovare applicazione un'inversione dell'onere della prova, con il conseguente pagamento immediato soltanto delle pretese palesemente giustificate. Questo input da parte di esisuisse è stato accolto, con l'integrazione dell'art. 43 cpv. 3 nell'OBCR. In base a tale norma, in simili casi è possibile richiedere ai depositanti un'attestazione per i crediti vantati. Dal punto di vista di esisuisse, questo elemento costituisce un importante requisito per contrastare efficacemente eventuali abusi.



LA GARANZIA DEI DEPOSITI IN EUROPA

In seno all'UE la rielaborazione della Direttiva sui sistemi di garanzia dei depositi ha compiuto ulteriori progressi. Dopo la conclusione delle consultazioni tecniche, gli Stati membri e gli organi UE (in particolare il Parlamento europeo) hanno cercato e anche raggiunto i necessari compromessi nell'ambito del dibattito politico. Mentre il fatto che l'UE adotti soltanto capitali finanziati ex ante risultava assodato e fuori di ogni discussione, i pareri sono stati divergenti circa l'entità del fondo da accumulare. Alla fine è stato raggiunto un accordo sullo 0,8% dei depositi garantiti. Dal punto di vista svizzero si tratta di aspetto notevole, in quanto questo valore corrisponde all'incirca alla liquidità straordinaria qui necessaria, ovvero appunto il 50% del tetto massimo di sistema di CHF 6 miliardi. La direttiva prevede altresì la possibilità che fino al 30% del fondo possa essere apportato mediante valori mobiliari costituiti in pegno; ciò si traduce quindi in un modello di finanziamento ibrido.

Entro il 2024 la tempistica di versamento a favore dei depositanti dovrà essere ridotta a 7 giorni. Sebbene la Direttiva preveda alcune fasi intermedie prima di questo traguardo, molti Stati membri UE recepiranno tale termine di pagamento fin dall'inizio nel proprio diritto nazionale. In Europa viene quindi fissato un nuovo standard per quanto concerne la tempistica di restituzione dei depositi. Anche l'obbligo di informazione è oggetto di standardizzazione. La direttiva definisce infatti con esattezza quali indicazioni debbano essere riportate sugli estratti bancari e in quale forma al momento dell'apertura di un conto i clienti bancari vadano informati circa la garanzia dei depositi.

Un ulteriore punto oggetto di intense discussioni è stata la possibilità che le garanzie dei depositi UE contemplino un obbligo di assistenza reciproca e strutturata solidalmente. Nel corso delle trattative questa idea non è stata poi portata avanti. In linea di principio, per il futuro sono tuttavia ipotizzabili nuovi passi in direzione di un'ulteriore armonizzazione – fino a un'unica garanzia dei depositi che copra l'intera UE. La Direttiva stabilisce inoltre che la questione venga nuovamente sottoposta a verifica dopo 5 anni dall'entrata in vigore della nuova normativa comunitaria. Tale disposizione si inserisce in particolare nel contesto della prevista unione bancaria per l'area euro.

A differenza di quanto originariamente previsto, l'impiego dei mezzi del fondo per il risanamento degli istituti in difficoltà non è stato più oggetto di discussione. Il legislatore nazionale ha tuttavia facoltà di prevedere questa possibilità. In una simile evenienza è tuttavia necessario attenersi al principio del «least cost»: per il fondo di garanzia il risanamento di una banca deve cioè risultare meno costoso rispetto alla corresponsione dei depositi garantiti.

European Forum of Deposit Insurers (EFDI)

All'interno dell'EFDI è stata istituita una commissione strutturale in cui è rappresentata anche esisuisse. L'obiettivo è quello di conferire all'EFDI una struttura più efficiente, dotata anche di una segreteria professionale. L'EFDI è stato infatti originariamente creato in forma di network, ma oggi si è evoluto e affermato come un partner primario delle istituzioni europee. Questo sviluppo è destinato a proseguire, comportando quindi ulteriori adeguamenti strutturali. A tale riguardo saranno presi in esame tra l'altro la posizione delle garanzie dei depositi UE e quella degli assicuratori di depositi afferenti a Paesi non UE. Devono inoltre essere tenute in considerazione le caratteristiche dei singoli membri dell'EFDI, in quanto si tratta di organizzazioni dalle tipologie più disparate, come ad esempio banche nazionali, dipartimenti ministeriali, nonché istituzioni statali e private.

FINANCIAL SECTOR ASSESSMENT PROGRAM (FSAP)

Nell'autunno 2013 la Svizzera è stata messa sotto la lente d'ingrandimento del cosiddetto Financial Sector Assessment Program (FSAP) del FMI. Nell'ambito di tale programma viene esaminato l'intero settore finanziario di un Paese. Nel caso della Svizzera questa verifica è condotta ogni 5 anni, in quanto la piazza finanziaria elvetica è considerata di rilevanza sistemica. Tra l'altro è stato verificato se la garanzia dei depositi risulta effettivamente in grado di assolvere alla propria funzione. esisuisse è stata pertanto invitata a presentare tutti i documenti rilevanti e a mettersi a disposizione degli auditor per rispondere a eventuali domande. Di conseguenza, il Segretariato è stato interpellato più volte in forma sia scritta che orale.

I colloqui con gli ispettori del FMI sono stati molto indicativi sotto molteplici punti di vista. Tra l'altro gli esperti hanno sottolineato come alcuni elementi del sistema elvetico, come ad esempio la regola del 125%, risultino di difficile comprensione. Ma proprio queste caratteristiche del modello svizzero sono state esaminate con particolare interesse. Numerosi aspetti sono stati indicati dai revisori come di notevole rilevanza, mentre ad essere contestata è stata soltanto la comprensibilità del sistema. Un giudizio positivo è stato invece espresso nei confronti del tentativo di esisuisse di mantenere la massima semplicità in questioni complesse. In particolare sono stati apprezzati la struttura del sito Internet e i filmati di animazione che illustrano il funzionamento del sistema. Al termine della verifica il FMI ha concluso che i modelli di finanziamento ibridi come quello di esisuisse adempiono perfettamente al proprio scopo, ma risultano di difficile comprensione per i consumatori bancari. La pubblicazione del rapporto è prevista per la primavera 2014.



INTERNATIONAL ASSOCIATION OF DEPOSIT INSURERS (IADI)

La IADI è responsabile tra l'altro per la definizione degli standard internazionali nell'ambito della garanzia dei depositi. Gli IADI Core Principles (CP) sono attualmente oggetto di rielaborazione, con la partecipazione attiva di esisuisse. Sussiste infatti l'esigenza di affinare ulteriormente questi principi e di recepire gli sviluppi più recenti nonché le esperienze maturate nell'ambito della crisi finanziaria. A tale riguardo, esisuisse è del parere che vada evitata una regolamentazione eccessiva e che i principi debbano essere formulati in modo tale da lasciare comunque un adeguato margine di manovra in fase di attuazione. esisuisse sostiene inoltre le attività dell'associazione volte a recepire all'interno dei Principi IADI gli apprendimenti tratti dalla crisi finanziaria. I CP sono parte integrante del FSAP, istituito dal FMI e dalla Banca Mondiale (BM). La IADI costituisce oggi sotto ogni punto di vista una componente attiva del sistema di regolamentazione del mercato finanziario internazionale, ed esisuisse partecipa assiduamente ai suoi lavori. Il Vicedirettore di esisuisse è anche uno dei revisori FSAP riconosciuti dal FMI.

esisuisse riceve regolarmente richieste di assistenza da parte di assicuratori di depositi esteri, i quali sono interessati alle peculiarità del sistema svizzero e di esisuisse stessa in quanto istituto di garanzia di un importante mercato finanziario globale. A tali richieste viene dato seguito entro le possibilità di un piccolo segretariato come quello di esisuisse. Il Consiglio direttivo attribuisce tuttavia una notevole importanza anche al fatto che le autorità elvetiche – che su altri livelli costituiscono gli interlocutori di organizzazioni e ministeri esteri per le questioni sulla regolamentazione del mercato finanziario – dispongano comunque di approfondite conoscenze circa la

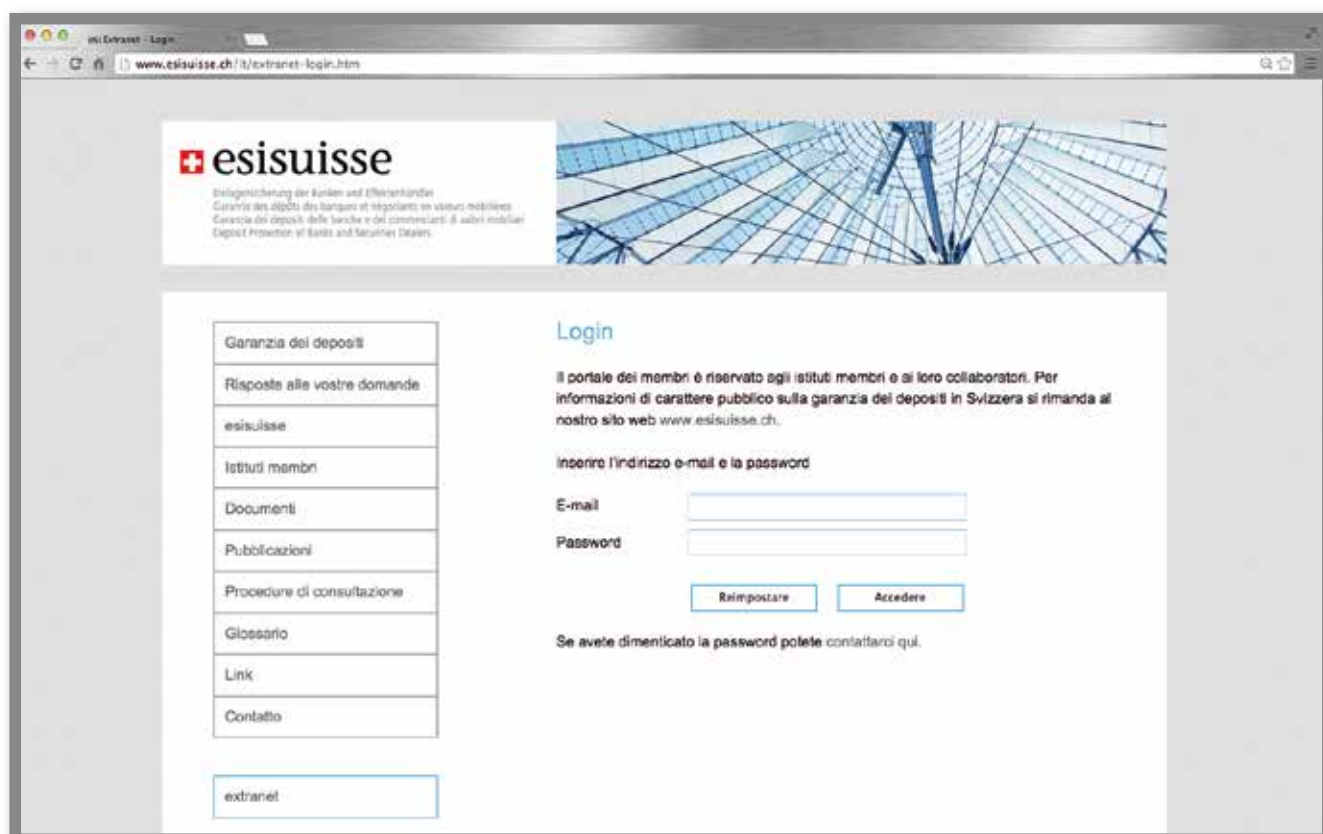


garanzia dei depositi in Svizzera. A tale riguardo, è compito del Consiglio direttivo conferire al Segretariato la dovuta visibilità come interlocutore di riferimento. Il Consiglio direttivo di esisuisse cura pertanto le relazioni con le istanze responsabili, ad esempio presso la Segreteria di Stato per le questioni finanziarie (SFI), il Segretariato di Stato dell'economia (SECO) e la Banca Nazionale Svizzera (BNS). La collaborazione con l'Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari (FINMA) è molto intensa e comprende ovviamente anche cooperazioni sul piano internazionale.

68 L'EXTRANET DI ESISUISSE

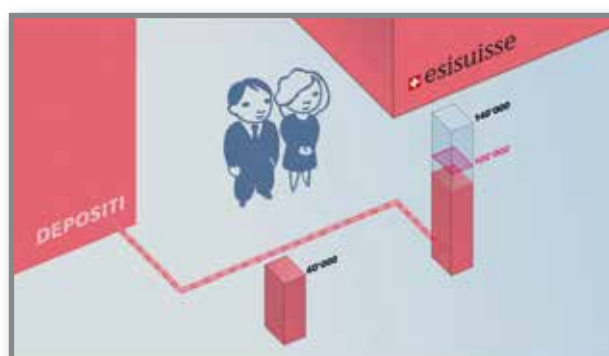
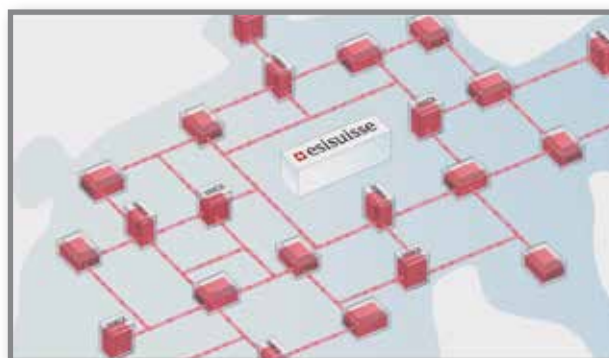
Nel mese di marzo 2013 è stato introdotto l'extranet di esisuisse, il quale ha fornito al Segretariato la possibilità di comunicare con i membri di esisuisse in modo diretto ed efficiente attraverso un portale protetto. Non appena vengono pubblicati nuovi contenuti sul tema della garanzia dei depositi, i membri sono informati a riguardo via e-mail da parte del Segretariato e possono così consultare le informazioni, le co-

municazioni e i documenti in questione in maniera semplice e tempestiva. In una prospettiva odierna, una piattaforma di comunicazione elettronica su cui i contenuti possono essere resi accessibili in tempo reale risulta imprescindibile. Per questo, in considerazione del ruolo determinante svolto da esisuisse nel panorama finanziario svizzero, una comunicazione rapida ed efficiente è assolutamente indispensabile.



IL SITO INTERNET E I BREVI FILMATI DI ESISUISSE

Dal 2012 esisuisse persegue con coerenza l'obiettivo di comunicare verso l'esterno in modo semplice e lineare. A tale riguardo è importante soprattutto l'uso di un linguaggio facilmente comprensibile, senza inutili termini stranieri e formulazioni complesse. Di conseguenza, nella realizzazione del sito Internet www.esisuisse.ch è stata posta una particolare attenzione sulla possibilità di dare risposte semplici a tutte le questioni in materia di garanzia dei depositi. I contenuti sono strutturati in maniera esaustiva e risultano facilmente comprensibili. Sul sito di esisuisse sia i clienti bancari che i fornitori di servizi finanziari possono quindi trovare in modo rapido e puntuale le informazioni ricercate. L'accessibilità ai contenuti strutturati è inoltre supportata da un layout visivo lineare e trasparente. Al fine di favorire ulteriormente la comprensione e la fiducia nel sistema di garanzia dei depositi e illustrare in modo migliore le complesse correlazioni, nel 2013 esisuisse ha inoltre pubblicato tre brevi filmati di animazione. Con i titoli «Che cos'è l'assicurazione dei depositi?», «Esempi di garanzia dei depositi» e «Come funziona la garanzia dei depositi?», il sistema viene illustrato in modo chiaro e simpatico. Il primo filmato presenta i compiti e il funzionamento di esisuisse. Il secondo spiega attraverso tre esempi come viene effettuata la corresponsione dei depositi garantiti. Il terzo è infine incentrato sul sistema solidale all'interno del settore finanziario svizzero. I filmati possono essere visualizzati in italiano, tedesco, francese e inglese attraverso la homepage di esisuisse oppure direttamente nella sottopagina www.esisuisse.ch/it/publikationen/filme. I tre video sono inoltre pubblicati anche su youtube.





LA VERA FORZA SI VEDE NELLE SITUAZIONI DI CRISI

In Svizzera il settore finanziario poggia su fondamenta estremamente solide. La piazza finanziaria elvetica gode di un'eccellente reputazione a livello internazionale ed è universalmente considerata come un luogo sicuro per i depositi. Non a caso, depositanti di tutto il mondo investono il proprio denaro presso un istituto in Svizzera e fanno affidamento su banche e commercianti di valori mobiliari di diritto elvetico. Circa la metà dei clienti degli istituti affiliati a esisuisse non è domiciliata in Svizzera.

Il fatto che nessuna piazza finanziaria al mondo sia immune alle crisi appare tuttavia evidente dagli intensi dibattiti in corso a partire dallo scoppio della crisi finanziaria nel 2008. Le idee e le proposte per strutturare un settore finanziario forte e ancora più sicuro sono molteplici. Anche in Svizzera le nuove condizioni e i nuovi requisiti per una piazza finanziaria forte sono oggetto di accese discussioni, e in parte sono già state anche implementate. Ad esempio, in relazione al tema «too big to fail» (TBTF) sono state introdotte nuove disposizioni normative circa i requisiti in materia di fondi propri, liquidità, ripartizione dei rischi e organizzazione delle banche con rilevanza sistemica. Oltre a queste nuove regolamentazioni vanno altresì nominati Basilea III o l'introduzione del cuscinetto anticiclico di capitale nell'ambito delle attività ipotecarie. Al fine di instaurare un clima di fiducia in grado di resistere anche alle situazioni di crisi conclamata, la piazza finanziaria elvetica necessita tuttavia soprattutto di una cosa: un sistema di garanzia forte.

Con la garanzia dei depositi di esisuisse, la Svizzera vanta un sistema unico al mondo: un modello autoregolamentato e solidale che dal 2007 ha dato ripetutamente dimostrazione della propria efficacia.

Ma in una situazione di emergenza ad essere decisiva non è soltanto la rapidità del pagamento ai depositanti, bensì anche e soprattutto la comunicazione. Se i depositanti e il pubblico hanno ad esempio domande di carattere generale circa le modalità di pagamento o la garanzia dei depositi, è necessario fornire risposte chiare e proporsi come un partner affidabile.

Preparazione della comunicazione in caso di crisi

Una crisi è prevedibile soltanto entro certi limiti: scoppia in un momento indeterminabile e non esistono regole fisse circa la sua durata o la sua evoluzione. È quindi essenziale pianificare e allestire accuratamente e per tempo i processi e gli iter necessari. In tale ambito, anche la preparazione della comunicazione in caso di crisi riveste un ruolo fondamentale. In caso di crisi conclamata, esisuisse è in grado di informare in maniera immediata, completa e comprensibile attraverso i consueti canali di comunicazione.

Sito Internet e Hotline in caso di crisi

Quando è chiamata a intervenire, esisuisse fa ricorso a due canali di comunicazione fondamentali, appositamente costituiti per l'eventualità di una crisi: il sito Internet e la Hotline di esisuisse. In uno scenario di crisi è essenziale informare in modo tempestivo e mirato, mettendo a disposizione informazioni complete e circostanziate sulla situazione. Per poter garantire questi aspetti, in caso di crisi è necessario da un lato dotare l'abituale sito Internet esisuisse di una nuova pagina iniziale, nella quale sono comunicati tutti i fatti e le informazioni disponibili. Tale pagina temporanea è accessibile come d'abitudine all'indirizzo www.esisuisse.ch. Nelle situazioni di crisi future esisuisse punterà inoltre su un ulteriore canale di comunicazione: una Hotline appositamente allestita, in grado di fornire risposte concrete sulle circostanze contingenti. In questo modo gli interessati hanno la possibilità di rivolgersi direttamente a esisuisse con le loro richieste concrete. esisuisse è convinta che la comunicazione sia oggi essenziale per rispondere alle esigenze dei clienti e per uno spiccato orientamento alla clientela, rafforzando al contempo la fiducia nel sistema della garanzia dei depositi nonché nell'intera piazza finanziaria svizzera.



FOREWORD



Dear Readers

The year 2013 was one of discussions about the lessons to be drawn from the current financial crisis. Many regulatory projects were completed or significantly driven forward. Deposit protection in Switzerland was one of the issues considered. The Financial Sector Assessment Program (FSAP) of the International Monetary Fund (IMF) looked at esisuisse and deposit protection legislation.

The Swiss financial centre still enjoys considerable confidence and the esisuisse system contributes to this. The 2013 annual report focuses on security and sustainability. The system works like a reservoir which is only used when things get serious. If liquidity is needed as a result of a bankruptcy, it can be provided quickly to the depositors affected through the esisuisse channels. The esisuisse reservoir is constructed to be both efficient and reliable. If it has to be used, the sluices can be opened very quickly for optimal benefits. The esisuisse system is also built to be sustainable, but for many this is not enough. Sustainable efficiency means meeting our own requirements without putting those of future generations at risk. This is the principle esisuisse runs on; if no crisis occurs, liquidity remains with the members.

The purpose of esisuisse communications is to raise the awareness and profile of the system among all clients of Swiss banks and securities dealers. This also extends to the graphic design of this annual report. The shape and beauty of a water reservoir will be unfamiliar to many. It is not apparent at first glance what the pictures represent. They provide food for thought and are an attempt to reveal this hidden world in poignant images.

I hope you find this report interesting and informative.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Patrik Gisel'. The signature is stylized and fluid, with a prominent vertical stroke on the left side.

Dr. Patrik Gisel, President

SMOOTHLY RUNNING AND GLOBALLY CONNECTED

The office in Basel is where everything comes together: this is where current business cases are handled, projects are coordinated and Board of Directors meetings and the general assembly of members are prepared. Decisions taken by the Board of Directors are implemented by the office, which also manages the assets of the association. In accordance with the Articles of Association, the office communicates with members, authorities, bank clients and the wider public in Switzerland and abroad. The goal of esisuisse is to increase familiarity with how deposit protection works in Switzerland and boost confidence in the security of the Swiss banking system. The office is also actively involved in preparing statutory notices. One current example is the esisuisse submission on the revision of the Banking Ordinance. It also helps prepare other statutory notices, ordinances and laws. In addition, esisuisse is a member of international organisations dealing with deposit protection and financial stability such as the European Forum of Deposit Insurers (EFDI) and the International Association of

Deposit Insurers (IADI). The CEO of esisuisse represents the Swiss Bankers Association in two working groups of the European Banking Federation (EBF) and is a member of the Board of the EFDI and of the Executive Committee of the IADI. The Deputy CEO acts as an inspector for the IMF's Financial Sector Assessment Program and the Head of Communications is a member of the communications working group of the EFDI.

The esisuisse office is run by CEO Patrick Loeb and Deputy CEO Lucas Metzger. Isabelle Rösch handles communications and Christine Blumer joined the office secretariat in November 2013.



F.l.t.r.: Patrick Loeb, Isabelle Rösch, Christine Blumer and Lucas Metzger

COMING TOGETHER WITH A COMMON GOAL

esisuisse was formed in Basel as The Swiss Banks' and Securities Dealers' Depositor Protection Association on 24 August 2005. It is a registered association tasked with exercising and if necessary executing the self-regulation set down in Article 37h of the Banking Act. It has a legal mandate to protect cli-

ent assets held with banks in Switzerland. Its bodies are the general assembly of members, the Board of Directors and the auditor.

The Board of Directors of esisuisse consists of the following members:



Dr. Patrik Gisel
Raiffeisen Schweiz Genossenschaft, Chairman



Barend Fruithof
Credit Suisse AG
Deputy Chairman



Dr. Hannes Glaus
Swiss Association of Independent Securities Dealers



Heinz Hofer
Cembra Money Bank AG



Heinz Kunz
Zürcher Kantonalbank



Lucas Metzger
Swiss Bankers Association



Brunello Perucchi
Banca Popolare di Sondrio
(Suisse) SA (until 31 December 2013)



Christian Torriani
Cornèr Banca SA
(from 6 May 2013)



Christine Novakovic
UBS AG



Pius C. Schwegler
RBA-Holding AG



Alessandro Seralvo
Cornèr Banca SA
(until 30 April 2013)



Thomas M. Steinebrunner
Rahn & Bodmer Co.

OUR RESERVOIR GUARANTEES SECURITY

Switzerland is one of the most secure financial centers in the world. One of the many reasons for this is the existence of esisuisse, the Deposit Protection of Banks and Securities Dealers. The Swiss Banking Act of 2005 stipulates that all Swiss branches of banks and securities dealers must have their preferential deposits protected by the Depositor Protection Association esisuisse. If a bank or securities dealer in Switzerland becomes insolvent, the other members of esisuisse will immediately provide the required funds. This collective scheme ensures that the clients of the insolvent institute have their protected deposits paid out to them within one month. Deposits totaling no more than CHF 100,000 per depositor are protected.

If an institution becomes insolvent, the Swiss Financial Market Supervisory Authority FINMA imposes protective measures. FINMA appoints a bankruptcy liquidator, who looks at how much liquidity the institution still has and how much is owed to saving and investment clients, staff, suppliers and others.

How does the protection through esisuisse work?

Deposit protection in Switzerland works like a protection fund. All banks and securities dealers in Switzerland are required by law to be members of esisuisse. The members of esisuisse have to hold a total of CHF 3 billion available for esisuisse in the form of special liquidity. FINMA checks compliance with this requirement regularly. If a bank or securities dealer in Switzerland becomes insolvent, all other esisuisse banks and securities dealers immediately provide the required funds. This collective protection scheme ensures that the protected deposits of an insolvent bank are paid out quickly to its clients. Financial institutions get the share they have paid in refunded when the insolvent bank is liquidated, provided there are sufficient funds to satisfy the second creditor class. The 125% rule, the liquidity regulations and many other regulatory requirements ensure there is a sufficient safety reserve. FINMA monitors compliance with these provisions.

Creditor classes

Anyone who is owed money is referred to as a creditor. When an institution is liquidated, its creditors are divided into three groups known as creditor classes. These classes define whose claims will be taken into account first in the liquidation, whose second and whose third. The first creditor class includes, for example, employees who have not received their salaries. The second creditor class includes all preferential bank deposits up to a value of CHF 100,000 per depositor and bank. The largest portion of claims is usually allocated to the third creditor class.

Not all deposits are the same

Generally, deposits are taken to be credit balances a client holds at a bank. For example, they might be balances belonging to private individuals, companies or organizations. Two types of deposit have special treatment: bankruptcy law distinguishes between «preferential» deposits and «preferential and protected» deposits. Only the latter concern esisuisse; hence the term «depositor protection». «Preferential and protected» deposits include credit balances held in a

- private account
- savings account
- investment account
- salary account
- numbered account
- deposit account or
- current account.

Medium-term notes in a client's name that are deposited with the issuing bank are also included.

Preferential deposits

As mentioned, deposits which are merely «preferential» are not protected by esisuisse. These include, for instance, balances in a vested benefits account or a pillar 3 retirement savings account. In this context, «preferential» means there will only be a preferred pay out of CHF 100,000 as part of the second creditor class if there are sufficient funds available to satisfy this creditor class when the insolvent institution has been liquidated.

What makes Switzerland different

In Switzerland, if an institution becomes insolvent and bankruptcy proceedings are inevitable, FINMA imposes protective measures and a liquidator is appointed. The liquidator determines whether the institution is able to compensate depositors itself, or whether esisuisse has to step in. Three situations are possible:

a) The insolvent institution has sufficient liquidity to cover «preferential and protected» deposits. Those depositors with «preferential and protected» deposits are compensated. Each such depositor has his or her deposits returned up to a maximum of CHF 100,000. If, for instance, someone has CHF 150,000 in protected deposits, CHF 100,000 is paid out and CHF 50,000 is allocated to the third creditor class. Once the bankruptcy proceedings are completed, third-class creditors receive a bankruptcy dividend. Under this scenario, esisuisse does not have to step in.

b) The liquidity of the insolvent institution is sufficient to cover both «preferential and protected» and merely «preferential» deposits. Deposits which are merely preferential are only paid out once liquidation is complete, however. For example, someone who has both salary and investment accounts and also a 3a retirement savings account receives a maximum of CHF 100,000 from their salary and investment accounts and a maximum of CHF 100,000 from their retirement savings account. Under this scenario too, esisuisse does not have to step in.

c) The insolvent institution has insufficient liquidity to pay out «preferential and protected» deposits. In this case esisuisse steps in and arranges a liquidity injection. It ensures depositors receive these deposits, up to a maximum of CHF 100,000 per depositor, as soon as possible.

The 125% rule

The Swiss Banking Act stipulates that all preferential deposits must be covered by assets held in Switzerland. This creates a certain reserve that is sufficient to cover the claims of all creditors in the first and second creditor classes in the event of bankruptcy. Hence the esisuisse protection fund is not normally needed. The 125% rule also ensures that the assets of all clients of an institution remain in Switzerland.

«AN ENHANCEMENT TO THE DEPOSIT PROTECTION LANDSCAPE IN EUROPE»

A first glance at the Swiss deposit protection scheme reveals some surprises! The simplicity of the legal structure stands out immediately. The central principles are set down in legislation, but most things are left for the financial services industry to regulate itself. Such a straightforward approach is impressive, since in the rest of Europe (the EU/EFTA, and many EU accession countries and neighbouring states) depositor protection systems follow the now voluminous EU Deposit Guarantee Schemes Directive. Whereas the first Directive 94/19/EC allowed member states a great deal of leeway in national implementation, the new EU Directive that has been politically approved and takes effect from 2015 will bring national systems almost fully into line with each other. Whether this promotes efficient structures and takes sufficient account of national circumstances is another matter. However, a system as lean as the «Swiss model» raises the question of whether it can actually work.

To answer that question at once: yes, it works – in fact it works very well. Some aspects even deserve to be implemented in other countries in one form or another. Switzerland's experience of making preferential (priority) payments of available liquid funds to protected depositors, for example, is im-

pressive and «short cuts» the need for financing to go through the deposit protection system. It is right that the funds of an insolvent institution should first be used to cover client credit balances. This rule not only makes deposit protection more efficient, it also means that in many cases banks can be wound up without having to use money from the deposit protection scheme.

This priority is based on the insolvency priority set down in Swiss law for deposits protected by *esisuisse*; a principle that is only now being implemented in the EU legal system as a direct result of the Cyprus crisis. Granting priority to preferential deposits means the collective deposit protection system is not overburdened, as most deposits are 100% honoured in the insolvency proceedings. It also helps the liquidity of *esisuisse*, as funds provided are returned quicker and interest is not foregone unnecessarily. The result is that the deposit protection scheme is restored more quickly to full strength for future challenges. Using available liquidity also means that larger-scale issues can be dealt with smoothly.

An outsider's view

The 125% rule set down in law, whereby protected deposits have to be 125% backed by assets in Switzerland, is another interesting aspect of esisuisse. This can be seen as a lesson learned from the Icelandic banking crisis. For Switzerland this is definitely a proven way of ensuring there are sufficient recoverable assets in the country to service depositor claims should an institution have to be liquidated. It remains to be seen whether this idea will be incorporated in the next revision to the EU Deposit Guarantee Schemes Directive – provided it is compatible with EU law.

Given the core principles on deposit protection promulgated by the Basel Committee and the IADI, it is only these basic principles underlying the Swiss system that make it possible to continue to finance deposit protection on an ex post basis. This form of financing will have to prove its sustainability over the long term. The international trend is to ex ante financing, where funds for compensation are collected annually in advance from member banks in the form of annual contributions. The 125% rule, the preferential treatment of deposits in insolvency proceedings and making repayment of these a priority use of available liquidity does, however, reduce the risk of having to call on the deposit protection scheme. Switzerland also insists that banks maintain special liquidity, which is monitored and subject to clear rules. The members of esisuisse hold special liquidity for deposit protection in their books at all times. As a result, CHF 3 billion is always available at short notice should compensation be needed. Perhaps this is what the EU legislator had in mind when the new Directive called for irrevocable payment commitments from banks as part of deposit protection funds.

Not all features of the Swiss deposit protection scheme will be copied in Europe. Many aspects of such a system reflect national circumstances and are the result of political decisions, either at home or in Brussels. Nevertheless, the esisuisse system – like many other benchmarks in the Swiss financial centre – is always a welcome incentive to cast a critical eye over one's own system and see where improvements might be made. esisuisse and its distinctive system are an enhancement to the deposit protection landscape in Europe and to discussions on how they operate.



Dirk Cupei
Managing Director, Financial
Market Stability, Association of
German Banks, CEO, Entschä-
digungseinrichtung deutscher
Banken GmbH (Compensation
Scheme of German Banks)



PR IS THE BEST PROMOTION FOR ESISUISSE

The esisuisse office organised a meeting with the media in Zurich on 27 August 2013. Patrick Loeb, esisuisse CEO, talked to media representatives about all the key elements and features of the Swiss depositor protection scheme. He pointed out what makes it unique and why it cannot be directly compared to other systems abroad.

Banks and securities dealers operating in Switzerland are members of esisuisse and ensure that preferential deposits are protected. The meeting with the media was a good opportunity to explain what esisuisse does, how it is organised and to answer specific questions. The journalists present were very grateful for the clear explanation and discussion of the differences compared to systems in other European countries. The presentation paid particular attention to the revision of the EU Deposit Guarantee Schemes Directive. There was a lively discussion on ex ante financing. Patrick Loeb declared that both the EU and Switzerland essentially use hybrid systems. The Swiss principle of special liquidity is ultimately a fund, just like in the EU. However, it is not directly managed by the depositor protection scheme. The EU system also has hybrid elements to it. The Commission has proposed that the fund should accept pledged securities as well as cash contributions. The EU is expected to provide for a fund equivalent to around 1% of protected deposits. Given the defined coverage cap of CHF 6 billion, the comparative figure for Switzerland is around 1.4%. Patrick Loeb said he was sceptical on whether a directly managed fund such as the EU is aiming for works better. The Swiss model can call up CHF 3 billion at very short notice. FINMA audits this figure, which ensures that banks are able to meet the demand. Any fund that manages the money itself is ultimately dependent on the market being able to absorb rapid sales of the securities held. Of course, distributions can be financed by pledg-

ing the securities to a central bank, which avoids any undesirable market impact. However, this is already a dilution of «doctrinal purity». The CHF 6 billion cap on the system was also discussed. Patrick Loeb started by pointing out that this figure was not set in stone, but had risen over the last two decades from CHF 1 billion to CHF 4 billion, before reaching the current level of CHF 6 billion. He did feel, however, that the basic idea of a set cap should be retained. This shows the point at which actions to help the clients of individual banks affect the financial stability of the entire market. Finally, he pointed out that deposit protection is not there to prop up the financial market; it is an institution that helps bank clients when a bankruptcy occurs. This argument went down very well and was widely reported. The journalists expressed the desire to have further opportunities to engage in dialogue with esisuisse. The office also welcomes increased media interest in deposit protection in future.

The esisuisse meeting with the media was the first of its kind. The subsequent news coverage was good PR. Since esisuisse does not engage in active marketing, not even through its members, dialogue with the media in the form of meetings is essential, as they are the source of information for consumers, i.e. bank clients, and their reports directly affect the image of esisuisse.



CONSULTATION ON THE BANKING ORDINANCE (BANKV)

The Banking Ordinance (BankV) fleshes out the provisions of the Banking Act. It is an independent source of law and highly relevant to the provisions on deposit protection as far as setting principles that are not actually statutory in nature is concerned. In 2013 the Federal Department of Finance (FDF) completely reordered and reworked the Ordinance as part of a total revision. Political parties and stakeholders had the opportunity to comment on the FDF's proposals and make their own suggestions. esisuisse made use of this; as usual, the submission restricted itself to deposit protection. esisuisse made two main suggestions:

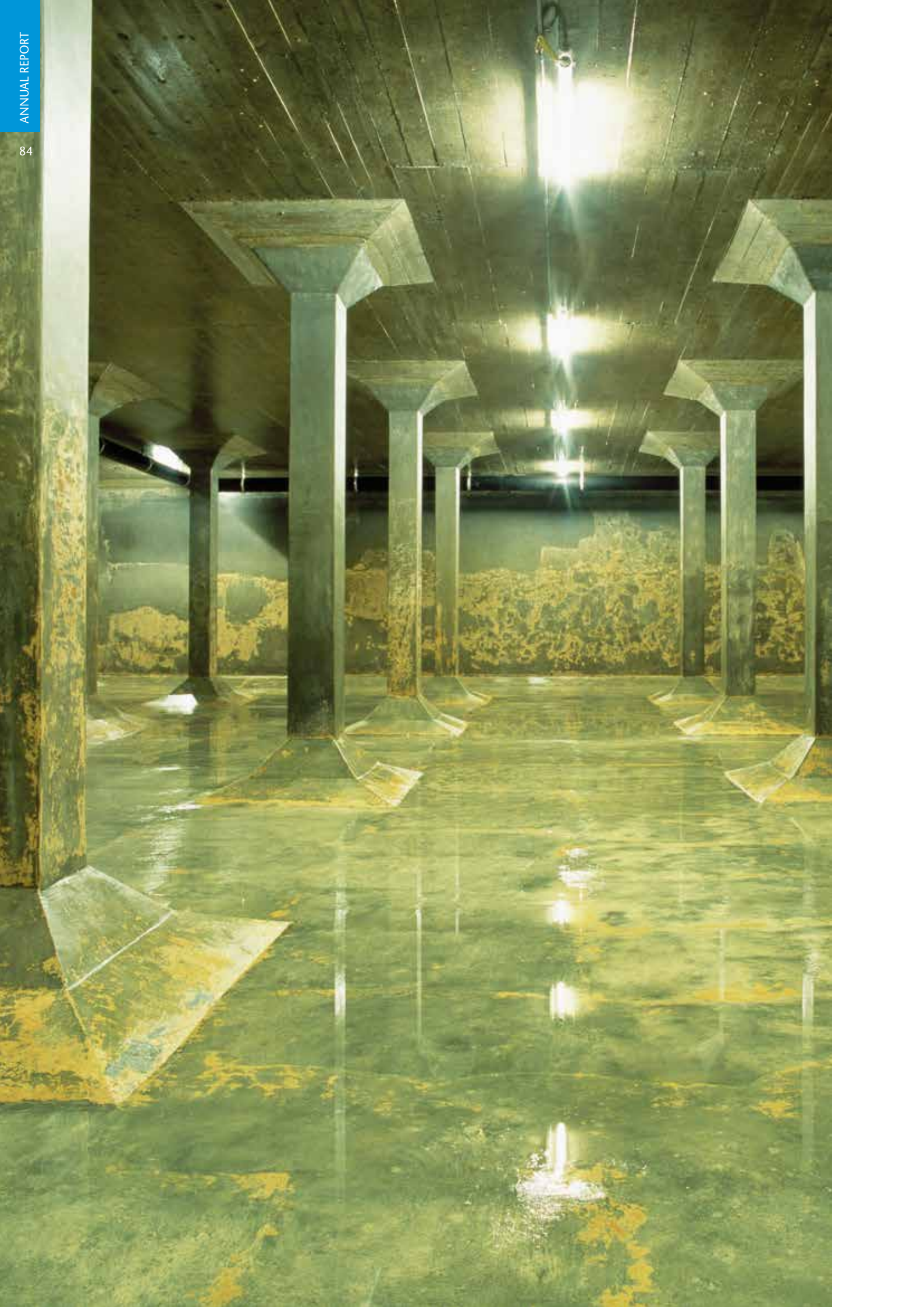
1. To introduce a clearly defined deadline for making payouts; and
2. To reverse the burden of proof where accounting fraud has been involved in a bankruptcy.

The clearly defined deadline for making payouts is an idea based on international rules such as the Core Principles (CP) of the IADI, which are recognised by all relevant international organisations. CP 17 states that it is essential not only that payouts are made rapidly, but also that depositors are clearly informed about the timeframe over which they will take place. This proposal was not adopted verbatim. However, the BankV as amended and in force from 1 January 2015 now runs as follows:

The Appointee shall pay out protected deposits to depositors based on the disbursement plan immediately upon receipt of the amount transferred by the deposit protection scheme operator under Article 37i (2) of the Banking Act (Article 44 (1) BankV).

Since under Article 37h (3) of the Banking Act (BankG) esisuisse is required to pay out the amount of protected deposits to the FINMA Appointee within 20 business days, this is effectively equivalent to a maximum deadline for making payouts of 21 business days. Let's also refer to the Agreement by Swiss Banks and Securities Dealers on Depositor Protection, under which members commit to pay the amounts required within five bank business days (Article 5 (5)). This short deadline ensures the statutory deadline for making payouts can be met. Hence, no explicit deadline has been included in the Banking Ordinance. However, as shown, there is an implicit one.

To date it has only been possible to reject «manifestly unjustified claims» when making deposit protection payments. Experience has shown that this wording makes it very hard to reject a claim, since it has to be clear from the very beginning that claims in the books do not exist. What should be done in cases where there is only a justified suspicion that a claim is wholly or partly unjustified? It is conceivable that only individual credits to a bank account are incorrect, but that the account as such exists and there is a fundamental entitlement to claim from the deposit protection scheme. There is also the question of whether the burden of proof should be reversed in cases where there is suspicion of criminal activity such as fraud or forgery in connection with a bankruptcy, and only manifestly justified claims should be paid out immediately. The esisuisse suggestion was accepted and Article 43 (3) added to the Banking Ordinance. It states that in such cases depositors can be asked to provide evidence backing up their claims. esisuisse sees this as an important way of preventing abuse.



DEPOSIT PROTECTION IN EUROPE

The EU has made further progress on revising the Deposit Guarantee Schemes Directive. After completion of the technical consultations, member states and the EU bodies (especially the European parliament) sought and reached the necessary compromises in political discussions. There was no dispute that the EU should only recognise funds that are financed *ex ante*. The only divergence of opinions was on the size of the funds to be set up. Ultimately, agreement was reached at 0.8% of protected deposits. From a Swiss perspective, this is notable, as the figure is exactly equal to the special liquidity required in Switzerland, or 50% of the CHF 6 billion cap on the system. The Directive also states that up to 30% of a fund can be contributed in the form of pledged securities. This option is equivalent to a hybrid financing model.

The deadline for paying out to depositors has to be cut to seven days by 2014. Although the Directive provides for several intermediate stages before the target is reached, many EU member states will transpose this payment deadline into national law at once. This will mean Europe is setting a new standard in terms of speed of payout. The duty to provide information will also be standardised. The Directive specifies exactly what information must appear on bank statements and in what form bank clients must be advised about deposit protection when opening an account.

There were also intensive discussions about whether EU deposit protection schemes should be structured in such a way as to include mutual joint and several liability. This idea was dropped in the negotiations. However, closer steps towards harmonisation all the way up to a single deposit protection scheme covering the whole EU are fundamentally conceivable. The Directive also states that this issue must be re-examined once it has been in force for 5 years. This has to be seen in the context of banking union in the eurozone.

The originally intended use of funds to restructure a bank was no longer discussed. However, national law can still provide for this. The «least cost» principle must be observed in such a case, however. Restructuring a bank should cost the deposit protection scheme less than paying out protected deposits.

European Forum of Deposit Insurers (EFDI)

The EFDI set up a structure committee on which *esuisse* sits. The aim is to give the EFDI a more efficient structure, possibly including a professional secretariat. The EFDI was originally set up as a network, but is now a key partner to European institutions. This trend will continue, and requires structural adjustments. The status of EU and non-EU deposit protection schemes will be discussed, amongst other things. Consideration also has to be paid to the nature of the EFDI members; these are organisations of widely varying types, including central banks, ministerial departments and private and government institutions.

THE FINANCIAL SECTOR ASSESSMENT PROGRAM (FSAP)

In autumn 2013 the IMF took a close look at Switzerland as part of the Financial Sector Assessment Program (FSAP). This program examines a country's entire financial sector. In the case of Switzerland the assessment takes place every 5 years, since the Swiss financial market is regarded as systematically important. One of the points examined is whether the depositor protection scheme can actually do its job. esisuisse was asked to submit all relevant documents and be available for questioning by the inspectors. The esisuisse management was subsequently questioned several times, both verbally and in writing.

The discussions with the IMF inspectors were very helpful in many respects. For instance, they pointed out that some parts of the Swiss system, such as the 125% rule, were hard to understand. It was precisely such features of the Swiss system that were studied with great interest. The inspectors described many aspects as remarkable. The only aspect that was criticized was the comprehensibility of the system. It was seen positively, however, that esisuisse attempts to present complex situations in a simple manner. Special praise was given to the website design and the explanatory animated films. The IMF came to the conclusion that the hybrid financing model used by esisuisse does indeed serve its purpose, but is hard for bank consumers to understand. The report is expected to appear in early 2014.



THE INTERNATIONAL ASSOCIATION OF DEPOSIT INSURERS (IADI)

The IADI is responsible amongst other things for international standards on deposit protection. The IADI Core Principles (CP) are currently being revised with the active involvement of esisuisse. There is a need to further refine these principles and take account of the latest trends and experience gained in the financial crisis. esisuisse is of the opinion that over-regulation must be avoided and the basic principles drafted in such a way as to leave scope for how things are structured. esisuisse also supports the Association's efforts to reflect the lessons of the financial crisis in the IADI Core Principles. These form an integral part of the FSAP of the IMF and the World Bank (WB). In every respect, the IADI is an active player in international financial market regulation, and esisuisse plays an active part in its work. The Deputy CEO of esisuisse is an IMF-recognised FSAP inspector.

esisuisse is regularly approached by foreign depositor protection schemes seeking support. These tend to be interested in the features of the Swiss system as the depositor protection scheme of a major global financial market. Such requests are dealt with to the extent permitted by the small-scale office. However, the management attaches great importance to the fact that Swiss authorities – being contact partners with foreign organisations and ministries at other levels in matters of financial market regulation – are well informed about deposit protection in Switzerland. It is the job of the management to ensure that the office has a high profile as a suitable point of

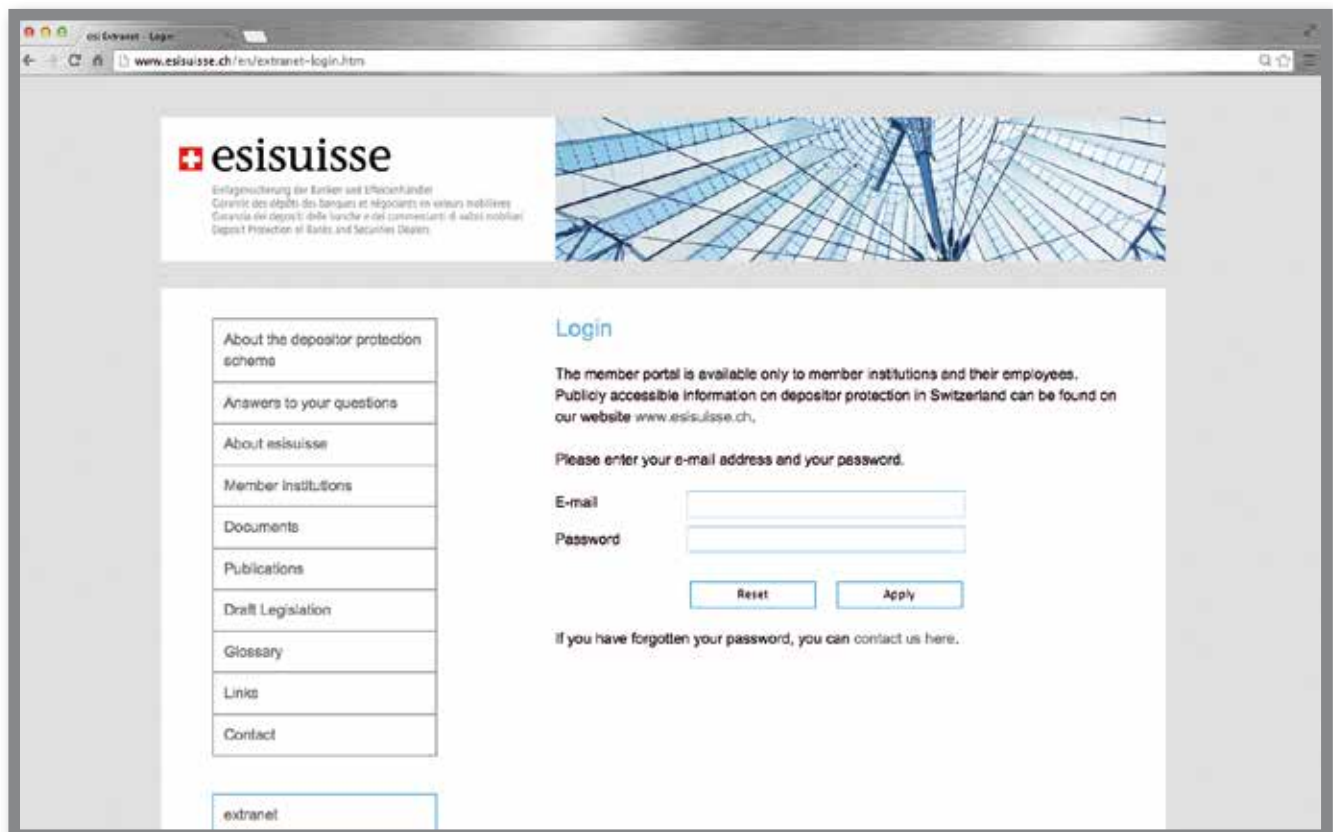


contact. The management of esisuisse is therefore in regular contact with the relevant people at, for example, the State Secretariat for International Financial Matters (SIF), the State Secretariat for Economic Affairs (SECO) and the Swiss National Bank (SNB). The collaboration with the Swiss Financial Market Supervisory Authority (FINMA) is very close and naturally extends to international cooperation.

THE ESISUISSE EXTRANET

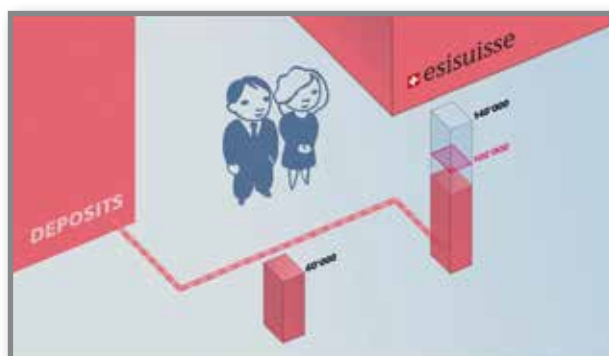
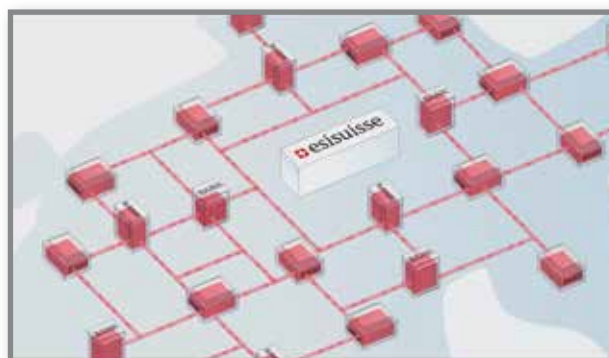
The esisuisse extranet was launched in March 2013. This allows the office to communicate efficiently and directly with members via a protected portal. Whenever new content on deposit protection is made available, members are informed in an e-mail from the office and can access information, an-

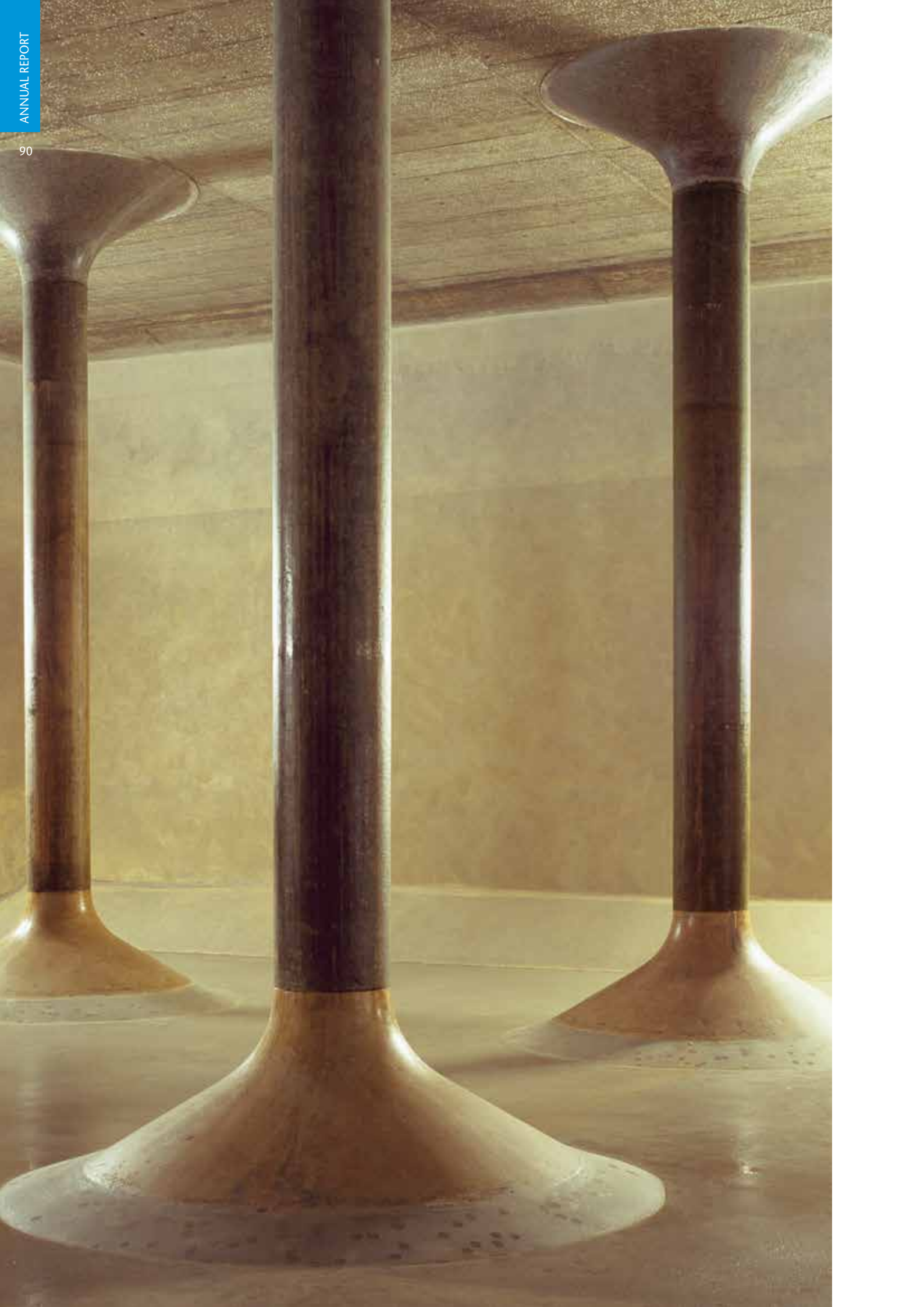
nouncements and documents rapidly and easily. Nowadays such an electronic platform for rapid dissemination of materials is essential. In view of the crucial part esisuisse plays in the Swiss financial system, efficient and rapid communication is a must.



THE ESISUISSE WEBSITE AND SHORT FILMS

Since 2012 esisuisse has been working hard to make communication with the external world simple and straightforward. The emphasis is on using clear language, avoiding unnecessary foreign terms and complicated expressions. In designing the website www.esisuisse.ch, a great effort was made to answer all questions relating to deposit protection in a clear and uncomplicated way. The content is extensive and easily accessible. Both bank clients and financial services firms can find the information they are looking for on the website quickly and easily. The clear design also supports the way the contents are structured. In order to further promote understanding of and confidence in the depositor protection scheme and make it easier to grasp complex concepts, in 2013 esisuisse released three short animated films. Entitled «What is deposit protection?», «Examples of deposit protection» and «How does deposit protection work?». They show the system clearly and in a way that is easy to relate to. The first film shows how esisuisse works and what its tasks are. The second uses three examples to demonstrate how protected deposits are paid out. The third film looks at the system of joint and several liabilities within the Swiss financial sector. The films are available in German, French, Italian and English and can be viewed on the esisuisse website at www.esisuisse.ch/publikationen/filme.htm, or on YouTube.





IT TAKES A CRISIS TO SHOW YOUR REAL STRENGTHS

The Swiss financial sector stands on very solid foundations. The Swiss financial centre enjoys an excellent reputation and is seen as a safe place to deposit money. Depositors from all over the world put their money in a Swiss bank and trust Swiss banks and securities dealers. Around half of all the clients of esisuisse member institutions do not live in Switzerland.

But the discussions and debates that have been under way since the financial crisis erupted in 2008 show that no financial market in the world is immune to crises. There have been numerous ideas and suggestions about what a strong and even more secure financial services industry might look like. Switzerland, too, has been discussing new rules and requirements, some of which have already been implemented. New regulations on capital, liquidity, risk diversification and the organisation of systemically important banks have been brought in to tackle the issue of institutions that are «too big to fail» (TBTF). There has also been Basel III and the introduction of an anticyclical capital buffer for mortgage business. But when it comes to creating trust that does not evaporate in a crisis, the Swiss financial centre needs one thing above all: a strong depositor protection scheme.

The esisuisse depositor protection scheme in Switzerland is unique: a self-regulated model with joint and several liabilities that has proven its ability to work on more than one occasion since 2007.

In emergencies, however, it is not simply a quick payout to depositors that counts; communication is just as important. If depositors or the general public have questions about the payout or about deposit protection in general, what is needed is a reliable contact partner who can give clear answers.

Preparing for crisis communication

It is not always possible to foresee crises. They occur unexpectedly, and their path and duration can vary. That is why it is crucial to prepare and plan processes and procedures carefully in advance. Preparing the crisis communication is key. Should an emergency occur, esisuisse is in a position to provide direct, comprehensive and clear information through all standard communication channels.

Website and hotline in a crisis

If esisuisse has to act, it uses two main communication channels specially set up for this purpose: the esisuisse website and the hotline. What matters in a crisis is communicating promptly with the right people and providing full information on the situation. To ensure this happens, in a crisis the normal esisuisse website is given a new home page. This gives all the facts and information available. The temporary emergency home page will continue to be at www.esisuisse.ch. There will also be another method of communication used in a crisis; a special hotline to answer questions on what has happened. This will allow interested parties to speak directly to esisuisse about their situation. esisuisse is convinced that communication and a clear customer focus are essential nowadays to meet client needs; it also strengthens confidence in the depositor protection scheme and in the whole Swiss financial centre.



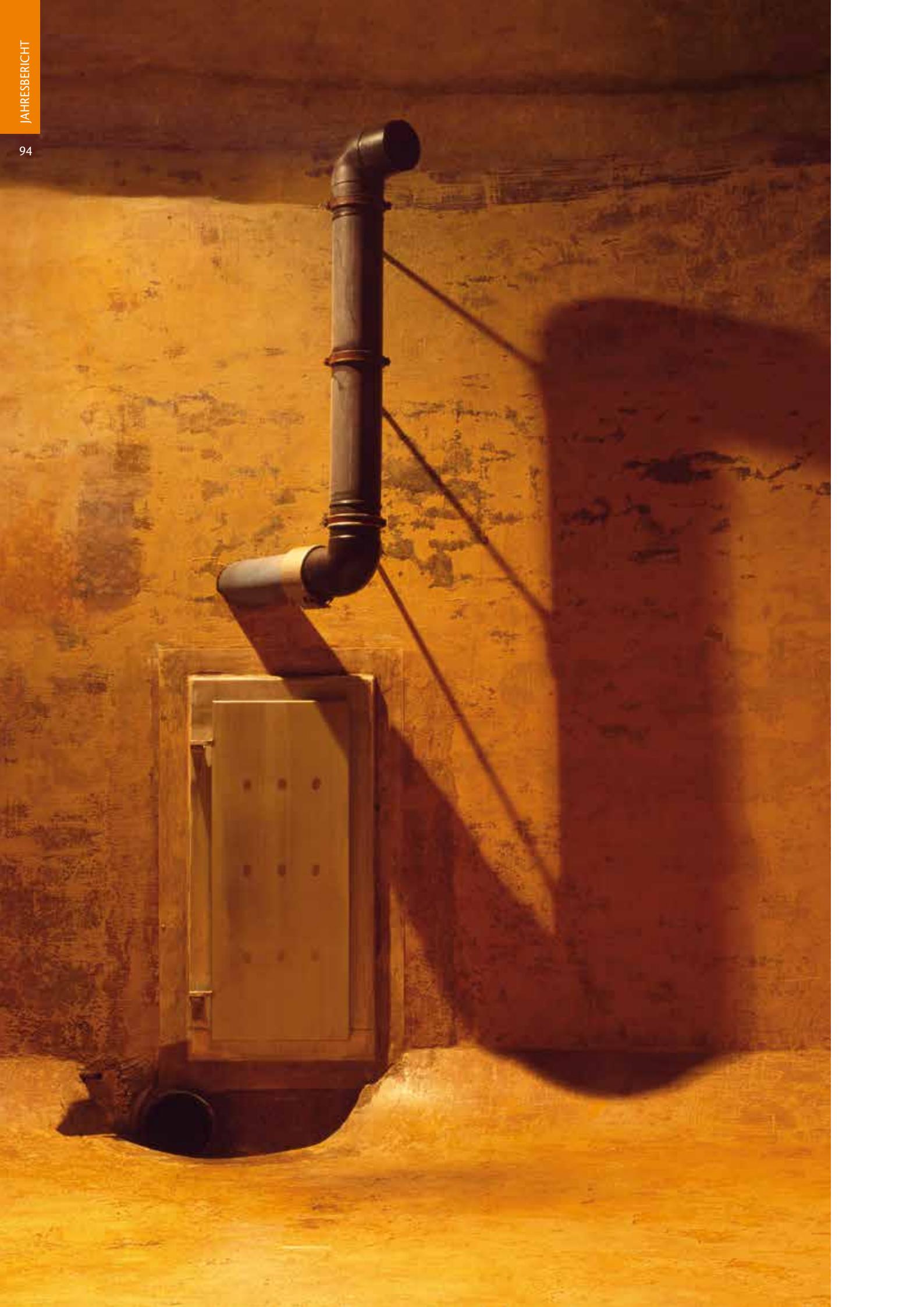
BERICHTE/REPORTS

Disclaimer

Der vorliegende Revisionsbericht zur Jahresrechnung per 31. Dezember 2013 (Seiten 100 bis 101) wurde einzig in deutscher Sprache ausgefertigt. Rechtlich bindend ist ausschliesslich die originale, deutsche Version. Die englische Übersetzung (Seite 103) dient lediglich der Information der fremdsprachigen Leserschaft und ist daher rechtlich nicht bindend.

Disclaimer

The audit report on the financial statement as of 31 December 2013 (pages 100 to 101) was drawn up only in German. Only the original German version is legally binding. The English translation (page 103) serves merely the information of the foreign readership and therefore isn't legally binding.



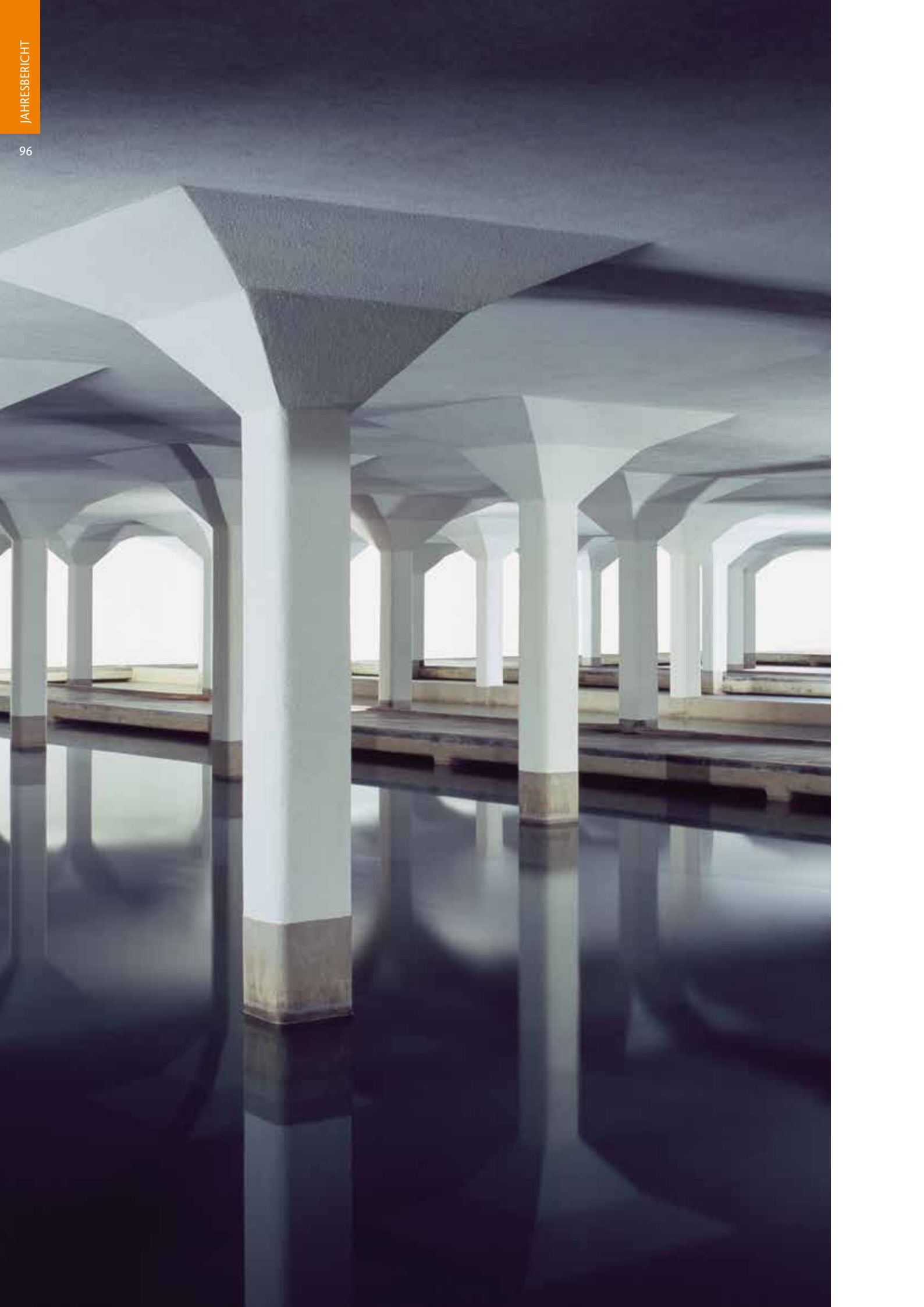
BILANZ

BALANCE SHEET

Einlagensicherung der Schweizer Banken und Effektenhändler – Verein mit Sitz in Basel. Abschluss der Geschäftsjahre per 31. Dezember 2013 (Geschäftsperiode vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013).

Deposit Protection of Swiss Banks and Securities Dealers, Basel. Financial Statements for the Financial Years as at 31 December 2013 (Financial Period from 1 January to 31 December 2013).

| | 31 Dec. 2013 | 31 Dec. 2012 |
|--|-------------------|-------------------|
| | CHF | CHF |
| AKTIVEN / ASSETS | | |
| Liquide Mittel / Cash and cash equivalents | 8'707'005 | 8'969'624 |
| Forderungen (Debitoren) / Accounts receivable | 6'902 | 6'945 |
| Aktive Rechnungsabgrenzungen / Accrued income and prepaid expenses | 0 | 24'537 |
| Forderungen aus Anwendungsfällen / Receivables due to calls | 6'425'785 | 6'192'330 |
| TOTAL AKTIVEN / TOTAL ASSETS | 15'139'692 | 15'193'436 |
| PASSIVEN / LIABILITIES | | |
| Verbindlichkeiten / Liabilities | 2'475 | 16'647 |
| Kreditoren (Kontokorrentschulden SBVg) / Accounts payable (current account payables, SBA) | 161'611 | 142'355 |
| Passive Rechnungsabgrenzungen / Accrued expenses and deferred income | 7'520 | 7'020 |
| Verpflichtungen aus Anwendungsfällen / Liabilities due to calls | 14'643'581 | 14'660'126 |
| Rückstellungen / Provisions | 100'000 | 100'000 |
| Total Fremdkapital / Total liabilities | 14'915'187 | 14'926'148 |
| Vereinskapital / Association capital | 267'288 | 377'498 |
| Periodenergebnis / Surplus/deficit for the period | -42'783 | -110'210 |
| Total Eigenkapital / Total equity capital | 224'505 | 267'288 |
| TOTAL PASSIVEN / TOTAL LIABILITIES | 15'139'692 | 15'193'436 |



BETRIEBSRECHNUNG

INCOME STATEMENT

| | 1 Jan. – 31 Dec. 2013 | 1 Jul. 2011 – 31 Dec. 2012 |
|---|-----------------------|----------------------------|
| ERTRAG / INCOME | CHF | CHF |
| Mitgliederbeiträge / Members' contributions | 973'898 | 901'908 |
| Finanzertrag / Financial income | 5'349 | 14'077 |
| Diverser Ertrag / Income (miscellaneous) | 5'270 | 8'903 |
| Auflösung Rückstellungen / Release of provisions | 0 | 228'124 |
| TOTAL ERTRAG / TOTAL INCOME | 984'517 | 1'153'011 |
| AUFWAND / EXPENSES | | |
| Betriebsaufwand / Operating expenses | 765'307 | 1'085'798 |
| Personalaufwand / Personnel expenditure | 107'510 | 0 |
| Verwaltungsaufwand / Administrative expenses | 137'677 | 177'423 |
| Steuer- und Finanzaufwand / Tax and financial expenses | 0 | 0 |
| Bildung Rückstellungen / Formation of provisions | 16'805 | 0 |
| TOTAL AUFWAND / TOTAL EXPENSES | 1'027'299 | 1'263'221 |
| JAHRESERGEBNIS / ANNUAL RESULT | -42'783 | -110'210 |
| VERWENDUNG DES PERIODENERGEBNISSES / APPROPRIATION OF SURPLUS / DEFICIT FOR THE PERIOD | 31 Dec. 2013 | 31 Dec. 2012 |
| Zuweisung an Vereinskaptal / Allocation to association capital | -42'783 | -110'210 |
| JAHRESERGEBNIS / ANNUAL RESULT | -42'783 | -110'210 |



PENDENTE ANWENDUNGSFÄLLE

PENDING CASES

| | Forderungen Accounts receivable | Verpflichtungen Liabilities |
|---|------------------------------------|--------------------------------|
| | CHF | CHF |
| ACH Securities SA, Genf / Geneva | | |
| Einforderung Bankenbeiträge am 23. Feb. 2009 / Call for payment of banks' contributions on 23 Feb. 2009 | | 6'699'831 |
| Auszahlung vom 5. Jun. 2009 an Liquidator / Payment to liquidator on 5 Jun. 2009 | 2'500'000 | |
| Auszahlung vom 19. Jun. 2009 an Liquidator / Payment to liquidator on 19 Jun. 2009 | 2'701'336 | |
| Auszahlung vom 21. Okt. 2009 an Liquidator / Payment to liquidator on 21 Oct. 2009 | 430'954 | |
| Auszahlung vom 11. Jul. 2011 an Liquidator / Payment to liquidator on 11 Jul. 2011 | 449'219 | |
| Auszahlung vom 2. Aug. 2011 an Liquidator / Payment to liquidator on 2 Aug. 2011 | 75'300 | |
| Auszahlung vom 9. Aug. 2012 an Liquidator (1. Tranche Massakredit) / Payment to liquidator on 9 Aug. 2012 (1st tranche of mass credit) | 75'000 | |
| Offene Abwicklungskosten (Delkredere-Rückstellung) / Outstanding processing costs (provision for doubtful receivables) | -25'557 | -25'557 |
| Total ACH Securities SA, Genf / Geneva | 6'206'252 | 6'674'274 |
| Aston Bank SA, Lugano | | |
| Einforderung Bankenbeiträge am 30. Jan. 2012 / Call for payment of banks' contributions on 30 Jan. 2012 | | 7'999'774 |
| Auszahlung vom 21. März 2013 an FINMA Bern Payment to FINMA Berne on 21 Mar. 2013 | 250'000 | |
| Offene Abwicklungskosten (Delkredere-Rückstellung) / Outstanding processing costs (provision for doubtful receivables) | -30'467 | -30'467 |
| Total Aston Bank SA, Lugano | 219'533 | 7'969'307 |
| TOTAL | 6'425'785 | 14'643'581 |



Ernst & Young AG
Aeschengraben 9
Postfach
CH-4002 Basel

Telefon +41 58 286 86 86
Fax +41 58 286 86 00
www.ey.com/ch

An die Mitgliederversammlung des

Vereins Einlagensicherung der Schweizer Banken und Effekthändler, Basel

Basel, 28. April 2014

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung

Als statutarische Revisionsstelle gemäss Art. 9 der Statuten haben wir die auf den Seiten 95 bis 99 abgebildete Jahresrechnung des Vereins Einlagensicherung der Schweizer Banken und Effekthändler, bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang, für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Vorstandes

Der Vorstand ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (Art. 957 ff. OR) und den Statuten verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Vorstand für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.



Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz (Art. 957 ff. OR) und den Statuten.

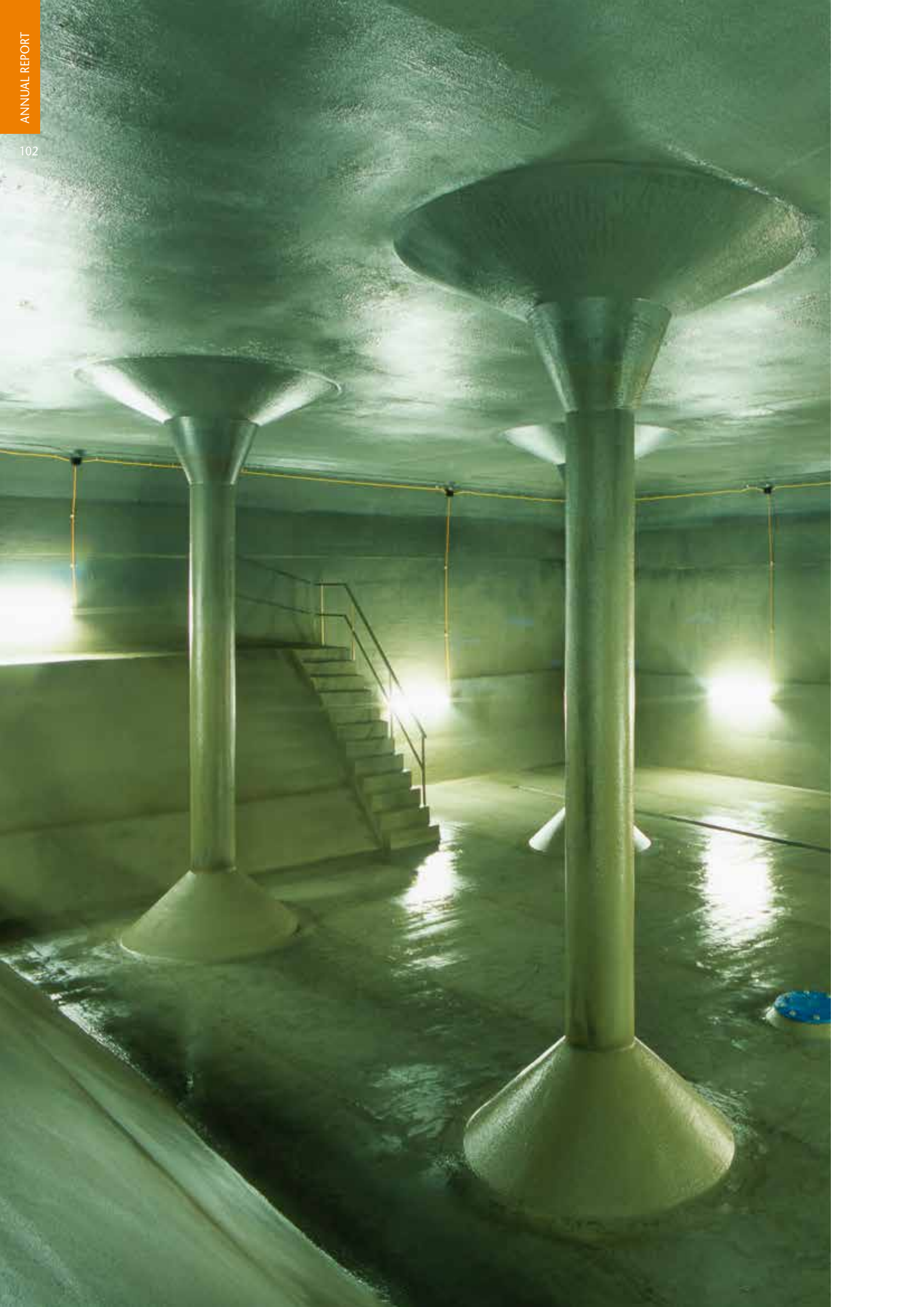
Ernst & Young AG

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'T. Schneider', is positioned above the printed name.

Thomas Schneider
Zugelassener Revisionsexperte
(Leitender Revisor)

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Lutz', is positioned above the printed name.

Stefan Lutz
Zugelassener Revisionsexperte



REPORT OF THE INDEPENDENT AUDITOR

Report of the statutory auditor on the Financial Statements to the General Assembly of the Swiss Banks' and Securities Dealers' Depositor Protection Association

As the statutory auditors in compliance with Art. 9 of the Association's Articles of Incorporation, we have audited the financial statements of the Swiss Banks' and Securities Dealers' Depositor Protection Association, which comprise the balance sheet, income statement and notes (pages 95 to 99), for the year ended 31 December 2013.

Responsibility of the Board

The Board is responsible for the preparation of the financial statements in accordance with the requirements of the Swiss law (Art. 957 ff. of the Swiss Code of Obligations) and the Association's Articles of Incorporation. This responsibility includes designing, implementing and maintaining an internal control system relevant to the preparation of financial statements that are free from material misstatement, whether due to fraud or error. The Board is further responsible for selecting and applying appropriate accounting policies and making accounting estimates that are reasonable in the circumstances.

Auditors' responsibility

Our responsibility is to express an opinion on the financial statements based on our audit. We have conducted our audit in accordance with Swiss law and Swiss audit standards. These standards require that we plan and perform the audit in order to obtain reasonable assurance as to whether the financial statements are free from material misstatement.

An audit involves performing procedures to obtain audit evidence about the amounts and other disclosures in the financial statements. The procedures selected depend on the auditor's judgement, including an assessment of the risks of material misstatement in the financial statements, whether due to fraud or error. In making those risk assessments, the auditor considers the internal control system relevant to the entity's preparation of the financial statements in order to design audit procedures that are appropriate in the circumstances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of the entity's internal control system. An audit also includes an evaluation of the appropriateness of the accounting policies used and the reasonableness of accounting estimates made, as well as an evaluation of the overall presentation of the financial statements. We believe that the audit evidence we have obtained is sufficient and appropriate to provide a basis for our audit opinion.

Opinion

In our opinion, the financial statements for the financial year ended 31 December 2013 comply with Swiss law (Art. 957 ff. of the Swiss Code of Obligations) and the Association's Articles of Incorporation.

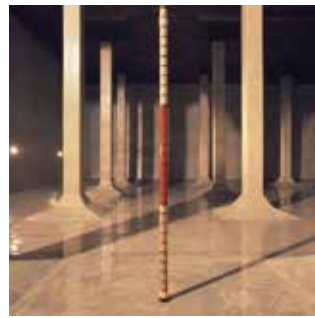
PHOTO INDEX



Cover: Hardhof Lengg
© Luca Zanier



p. 3: Reben
© Silvio Maraini



p. 20: Belvedere
© Silvio Maraini



p. 22: Enggaessli
© Silvio Maraini



p. 24: Munimatt
© Silvio Maraini



p. 26: Brunnen
© Silvio Maraini



p. 27: Lengg 2
© Silvio Maraini



p. 30: Bruderholz
© Silvio Maraini



p. 40: Rippertschwand
© Silvio Maraini



p. 42: Bruderholz 2
© Silvio Maraini



p. 44: Ibruch
© Silvio Maraini



p. 46: Ganzenbuel
© Silvio Maraini



p. 47: Scharten 2
© Silvio Maraini



p. 50: Duerrenberg
© Silvio Maraini



p. 60: Fernstallwald
© Silvio Maraini



p. 62: Horn
© Silvio Maraini



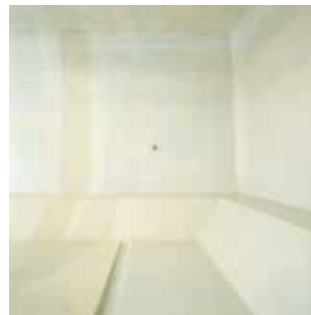
p. 64: Fernstallwald 2
© Silvio Maraini



p. 66: Muehleberg
© Silvio Maraini



p. 67/102: Wabern
© Silvio Maraini



p. 70: Goffersberg
© Silvio Maraini



p. 80: Thalbach
© Silvio Maraini



p. 82: Amtsaeger
© Silvio Maraini



p. 84: Goenhard
© Silvio Maraini



p. 86: Saekkelamtshuesli
© Silvio Maraini



p. 87: Steingruben
© Silvio Maraini



p. 90: Tambel 1
© Silvio Maraini



p. 94: Scharten 1
© Silvio Maraini



p. 96: Lengg
© Silvio Maraini



p. 98: Tambel 2
© Silvio Maraini

Impressum

Herausgeber / Editor

esisuisse

Einlagensicherung der Schweizer Banken und Effektenhändler
Dufourstrasse 49, Postfach 4182, 4002 Basel

Telefon +41 61 295 92 92

info@esisuisse.ch, www.esisuisse.ch

Verantwortung / Responsibility

Patrick Loeb

Projektleitung / Project Management

Isabelle Rösch

Konzept und Gestaltung / Concept and Design

picard&, Vernetzte Kommunikation, Zürich

Layout: Claudia Labhart

Umschlag / Cover: Hardhof Lengg, © 2008 Luca Zanier

Bilder / Pictures: © Silvio Maraini

Druck / Printing

Neidhart + Schön AG, Zürich

Lettershop

Stiftung Züriwerk, Zürich

Papier / Paper

Papyrus Balance Silk

ISSN 2296-5874



